

High



Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#01 66. Jahrgang 4. Januar 2019



5 453000 174663



4,00€

Mangels kritischer Masse

Rentabel war weder City Mov' noch Carloh bisher. Kann Carsharing hierzulande nur als subventionierte öffentliche Dienstleistung funktionieren?

Kurzer Prozess

Mit *Comparutions immédiates* will die Regierung künftig mittellose Kleinkriminelle im Halbstundentakt von den Gerichten wegsperren lassen, Rechte der Verteidigung hin oder her

High Time

Die Regierung will Cannabis für den Freizeitgebrauch legalisieren. Ein Spaziergang wird das nicht

Foto: Jessica Theis

High time



Bisher darf legal nur Cannabis ohne berauschende Wirkung verkauft werden

Ines Kurschat

Als der neue und alte Staatsminister Xavier Bettel (DP) im *RTL*-Neujahrgespräch über Nation Branding sprach, fielen ihm sogleich die positiven Schlagzeilen internationaler Medien ein, die seine Regierung für die Ankündigung, den öffentlichen Transport gratis zu machen, bekommen hatte. Die geplante, ebenso spektakuläre Umkehr in der Drogenpolitik der Dreierkoalition erwähnte er erst auf Nachfrage. Dabei sorgte dieser Passus des Koalitionsvertrags ebenfalls für erhöhte Aufmerksamkeit. „Luxemburg legalisiert Cannabis für privaten Gebrauch“, titelte die Wochenzeitung *Die Zeit*. „Le Grand-duché va légaliser le Cannabis récréatif“, meldete *Le Soir*. Das US-amerikanische Lifestyle-Magazin *Vice* sah Luxemburg gar als „neues Ziel für Kiffer-Touristen“.

Das ist voreilig. Die Regierungsvereinbarung stellt wohl ein Gesetz zum Freizeitgebrauch von Cannabis in Aussicht. Unter staatlicher Kontrolle soll eine Produktions- und Verkaufskette entstehen, die für qualitativ hochwertiges rekreatives Cannabis sorgen soll. Über die Ziele der drogenpolitischen Wende steht dort vage: „Les objectifs principaux en seront de dépenaliser, voire de légaliser sous des conditions à définir, la production sur le territoire national de même que l'achat, la possession et la consommation de cannabis récréatif pour les besoins personnels

Damit die Legalisierung gelingen kann, braucht es erstklassige Berater und Juristinnen, die Fallstricke antizipieren – sowie eine schlüssige Strategie, die sowohl im In- als auch im Ausland überzeugt

des résidents majeurs, d'éloigner les consommateurs du marché illicite, de réduire de façon déterminée les dangers psychiques et physiques y liés et de combattre la criminalité au niveau de l'approvisionnement.“

„Da besteht noch Klärungsbedarf“, gibt Alain Origer, nationaler Drogenbeauftragter im Gesundheitsministerium, zu: Denn Dekriminalisierung und Legalisierung meint nicht dasselbe. Luxemburg hat schon länger begonnen, den Eigenkonsum von Cannabis für Freizeit Zwecke zu dekriminalisieren: Wer mit Marihuana erwischt wird, wird von der Polizei verwarnet und muss im schlimmsten Fall 2 500 Euro Strafe zahlen. Mit Gefängnis wird der Konsum, Kauf und Besitz geringer Mengen nicht mehr bestraft. Wer aber Cannabis mit Minderjährigen konsumiert oder an sie verkauft, dem drohen bis zu 25 000 Euro Geldstrafe sowie bis zu zwei Jahren Gefängnis.

Legalisierung heißt, Herstellung, Verkauf und Konsum von Cannabis unter Auflagen zu erlauben. Uruguay ist weltweit das erste Land, das Cannabis zum Freizeitkonsum freigegeben hat. Dieses Jahr folgte Kanada. Michigan ist der zehnte Bundesstaat in den Vereinigten Staaten, der Kiffen von Gras in der Freizeit erlaubt. Sollte die blau-rot-grüne Mehrheit Cannabis legalisieren, wäre Luxemburg das erste Land in Europa,

das diesen Schritt gehen würde. Bis es so weit ist, werden sich Freundinnen des Krauts allerdings gedulden müssen. Denn der Weg dorthin ist weit und beschwerlich. Bis die Voraussetzungen für eine Legalisierung gegeben sind, wird die Regierung sich nicht nur über Begrifflichkeiten klarer werden müssen, sondern vor allem auch über die rechtlichen, sozialen, gesundheitspolitischen und diplomatischen Folgen. Und die sind nicht ohne.

Obwohl immer mehr Länder Cannabis zu medizinischen Zwecken erlauben und Cannabis laut Europäischer Drogenbeobachtungsstelle seit Jahren die mit Abstand beliebteste illegale Droge in Europa ist, wird es von den Vereinten Nationen als eine hochgefährliche Droge ohne medizinischen Nutzen eingestuft und steht auf einer Stufe mit Heroin. Konsum, Herstellung und Handel sind demnach strafbar.

Experten fordern seit Jahren, die Klassierung von Grund auf zu überdenken. Der britische Pharmakologe David Nutt vom Imperial College in London und andere Forscher legten 2010 eine eigene Rangliste vor, in der sie verschiedene Drogen auf ihre Zerstörungskraft für den Körper und die Gesellschaft analysierten und einstufen. Heroin, Crack und Methamphetamine stellten sich als die tödlichsten Rauschgifte heraus. Doch sobald die Wissenschaftler die sozialen Auswirkungen mit-

berücksichtigten, führte Alkohol die Rangliste der gefährlichsten Drogen an. Cannabis, Ecstasy und LSD schätzen die Forscher dagegen als deutlich weniger zerstörerisch ein.

Auch Alain Origer sieht Bedarf, die UN-Einstufung von Cannabis zu überdenken. Doch dafür gab es – bislang – auf internationalem Parkett keine Mehrheit. „Man muss an einem Treffen des Drogenbüros der Vereinten Nationen teilgenommen haben, um zu verstehen, warum die Mühle in der Drogenpolitik sich so langsam dreht“, sagt er. In der UNODC sitzen nicht nur Länder wie Kanada, sondern auch fervente Prohibitionisten wie China, Iran oder Saudi-Arabien, wo Handel und Besitz von Drogen mit dem Tod bestraft werden. Indonesien, Malaysia und Singapur sehen ebenfalls die Todesstrafe für Drogendelinquenten vor, obschon sie dort seltener vollstreckt wird.

Inzwischen mehren sich Stimmen, die die rigorose Verbotspolitik hinterfragen, nicht zuletzt weil immer mehr Studien den medizinischen Nutzen von Cannabis belegen und weil selbst in den USA, einem der brutalsten Akteure im *War on drugs*, die Null-Toleranz-Drogenpolitik auf immer mehr Ablehnung stößt. Untersuchungen belegen, wie selektiv und ungerecht der Anti-Drogenkrieg ist: Er trifft vor allem Arme, nicht-weiße Konsumenten und kleine Produzenten, während die Mafia und Drogenkartelle mit dem verbotenen Rausch Riesengewinne machen.

2015 versprach der kanadische Premierminister Justin Trudeau seinen Wählern die Legalisierung von Cannabis. Sein Ziel: das Geschäft der Drogenbosse zu vernichten, den Schwarzmarkt, wenn nicht auszutrocknen, jedoch deutlich zu reduzieren und die Gesundheitsvorsorge von Suchtkrankheiten zu verbessern. Bis das Parlament das Gesetz zum Freizeitgebrauch von Cannabis verabschiedete, ließ eine Arbeitsgruppe zwei Jahre lang alle möglichen Fragen rund um das Kraut analysieren, hörte Experten aus unterschiedlichen Bereichen, von Ärztinnen über Suchtberatungen, von Staatsanwälten und Richterinnen bis hin zu Nutzern an. „Kanada ist ein Musterbeispiel von einer durchdachten Vorgehensweise und einem handwerklich erstklassigen Regelwerk“, sagt Origer anerkennend.

Und trotzdem kamen Völkerrechtsexperten zum Schluss, dass das kanadische Cannabisgesetz gegen drei zentrale UN-Konventionen verstößt: die über Betäubungsmittel von 1961, die von 1971 zu psychoaktiven Substanzen sowie gegen die 1988er Konvention gegen den illegalen Handel mit Betäubungsmitteln und psychoaktiven Substanzen. Als am 17. Oktober das Gesetz in Kraft trat, fiel die Antwort des UN-Drogenbüros unmissverständlich aus: „By moving forward with the legalisation of cannabis for non-medical purposes in disregard of its legal obligations and diplomatic commitments, the Government of Canada has contributed to weakening the international legal drug control framework and undermining the rules-based international order.“

Als die Nachricht über den Ticker lief, dass auch Luxemburg die Legalisierung von Cannabis plane, „stand das Telefon nicht mehr still. Es hat von morgens bis abends geklingelt“, berichtet Origer, und man ahnt die Dimensionen, die sich auften, wenn ein kleines Land wie Luxemburg sich drogenpolitisch neu aufstellen sollte. Damit das klappt, braucht es nicht nur erstklassige Berater und Juristinnen, die jeden Fallstrick antizipieren und einen juristisch wasserdichten Text schreiben. Die Legalisierung als Maßnahme anzupreisen, die die Jugend vor Kriminalisierung und vor Gesundheitsrisiken durch den Konsum illegaler unkontrollierter Drogen zu schützen, reicht nicht. Es braucht eine schlüssige Strategie, wie die Regierung die Wende der Bevölkerung vermitteln und sie umsetzen will.

Die Regierung will Cannabis für den Freizeitgebrauch erlauben. Ein Spaziergang werden die Vorbereitungen dazu sicherlich nicht

Dabei gilt es, Vorurteile auszuräumen und Gefahren trotzdem nicht kleinzureden: In der Polizei gibt es Beamte, die Cannabis als Einstiegsdroge zu harten Drogen verteuflern. Obwohl erwiesen ist, dass Cannabis längst nicht so schädlich ist wie Heroin oder Crystal Meth und THC-Überdosen nicht tödlich sind, ist sein Konsum nicht ohne Risiko: Übermäßiger Cannabiskonsum, zumal mit hohen THC-Werten, kann abhängig machen und wahrscheinlich auch Psychosen auslösen.

Bisher ist der genaue Zusammenhang zwischen Cannabis und psychiatrischen Erkrankungen nicht eindeutig geklärt. Forscher gehen davon aus, dass genetische Veranlagungen für Schizophrenie eine Rolle bei Cannabis-induzierten Psychosen spielen, aber im Labor zeigten sogar unvorbelastete Testpersonen beim übermäßigen Konsum von THC erhöhte Anzeichen von Psychosen. Lag früher der THC-Wert eines Joints bei fünf Prozent oder darunter, sind heute THC-Werte von zehn bis 15 Prozent keine Seltenheit.

Suchthilfeorganisationen plädieren daher dafür, Kiffen frühestens ab über 20 Jahren zu erlauben, weil das Gehirn vorher nicht ausgereift ist. Dagegen spricht aber, dass mit höherer Altersgrenze die Gefahr steigt, dass neugierige (und oft finanzkräftige) Jugendliche das Kraut dann auf dem Schwarzmarkt kaufen – mit den damit verbundenen Qualitätsschwankungen und Risiken.

Bisher hielt sich die Neugierde hierzulande in Grenzen: Obwohl Cannabis bei Jugendlichen zwischen zwölf und 18 Jahren die beliebteste illegale Droge ist, nahm der Anteil jugendlicher CannabiskonsumentInnen laut nationalem Drogenbericht von 2017 in den vergangenen Jahren tendenziell ab. Etwa 18 Prozent der 15-Jährigen in Luxemburg gaben in der WHO-Wohlbefindlichkeitsstudie von 2014 an, mindestens einmal Cannabis probiert zu haben. Damit liegt Luxemburg unter dem EU-Durchschnitt. „Es ist wichtig, dass eine Legalisierung nicht zum Konsum anregt und die Konsumrate infolgedessen steigt“, warnt Alain Origer. Der Psychologe verspricht, den Aspekt während der Beratungen „besonders im Blick zu behalten“.



Die gesundheitspolitischen, rechtlichen und sozialen Folgen einer Legalisierung von Cannabis für den Freizeitgebrauch sind vielschichtig



Medizinisches Cannabis

Kein Wundermittel

Ines Kurschat

„Die erste Lieferung von medizinischem Cannabis ist angekommen“, schrieb Alain Origer, nationaler Drogenbeauftragter Luxemburgs, kurz vor Weihnachten auf Facebook. Zum Beweis veröffentlichte er ein Foto mit weiß-grünen Dosen, dicht an dicht gestellt in einem Regalschrank, dessen genauen Aufenthaltsort Origer im *Land*-Gespräch lieber nicht verraten will. „Es muss nicht jeder wissen, wo wir die Medizin aufbewahren.“

In den Dosen befinden sich Cannabisblüten aus Kanada, mit jeweils unterschiedlichen Anteilen von THC und CBD, beides wichtige Inhaltsstoffe in Hanfpflanzen. CBD steht für Cannabidiol und THC steht für Delta-Tetrahydrocannabidiol. CBD interagiert mit den Rezeptoren an den Nervenzellen und fördert die Reaktion des Nervensystems im menschlichen Körper. Es ist ein natürliches Beruhigungsmittel. THC bindet ebenfalls an die Nervenzellrezeptoren an, hat anders als CBD jedoch berauschende Wirkung. Durch die Interaktion von THC mit dem Gehirn wird Dopamin ausgeschüttet. „Nicht jeder Patient braucht die gleiche Zusammensetzung von THC und CBD. Manche benötigen vor allem CBD, andere eher THC. Das muss ein Arzt feststellen“, erklärt Origer. Am 19. Januar beginnt die erste Fortbildung für Mediziner, die Cannabis verschreiben können wollen. Das Interesse ist groß, 150 Ärztinnen haben sich für den ersten Durchgang gemeldet.

Es kann also losgehen mit der Testphase. Ab diesem Jahr startet die zweijährige Versuchsreihe mit medizinischem Cannabis. Das entsprechende Gesetz wurde im Juni einstimmig vom Parlament verabschiedet. Künftig sollen Patienten Cannabis auf Rezept erhalten können, ohne dass sie sich oder die

Ab diesem Jahr können chronische Schmerzpatienten sich testweise medizinisches Cannabis verschreiben lassen. Trotz der Öffnung gibt es Kritik

verschreibende Ärztin strafbar machen. Aber unter strengen Auflagen und auch nicht jeder Schmerzpatient, sondern nur jene, die es beantragt und von ihrem Arzt für eine der zugelassenen Krankheiten verschrieben bekommen haben.

Die Einschränkung habe man bewusst gewählt, sagt Alain Origer. „Wir wollten den Zugang zunächst für die Fälle erlauben, in denen der Nutzen des Medikaments am besten belegt ist.“ Belegt ist die therapeutische Wirkung von Cannabis vor allem bei Symptomen chronischer Schmerzpatienten, bei Spastik bei Multiple Sklerose, Appetitlosigkeit bei HIV/Aids und Übelkeit aufgrund einer Krebs-Chemotherapie. Das heißt, klinische Studien haben nachgewiesen, dass Patienten, die unter diesen Krankheiten und Symptomen leiden, durch Cannabis Linderung erfahren können. „Cannabis heilt keine Multiple Sklerose und auch keinen Krebs“, betont Origer.

Die Vorsicht ist zum Teil verständlich. Die Forschung zum therapeutischen Nutzen von Cannabis steckt noch immer in den Kinderschuhen. Seitdem einige Länder, vor allem Bundesstaaten wie Kalifornien, Nevada oder Colorado in den USA, medizinisches Cannabis zugelassen haben, steigt zwar die Zahl der Cannabis-Patienten und mit ihnen die Zahl der Studien. Wer genauer hinschaut, wird jedoch erkennen, dass längst nicht jede Untersuchung den Goldenen Standard der Wissenschaft erfüllt: Oft sind die Testgruppen zu klein oder es fehlen Kontrollgruppen.

Trotzdem sorgt die restriktiv-vorsichtige Vorgehensweise der Regierung für Kritik: Die Initiative CannaMedica, die 2017 ins Leben gerufen wurde, um für die Legalisierung von medizinischem Hanf einzutreten, bemängelt, dass die Nutzung von Cannabis hierzulande nur testweise zwei Jahre erlaubt sein soll. Bei den für eine Cannabisbehandlung zugelassenen Krankheiten und Symptome sei der therapeutische Nutzen bewiesen. Auch dass die Präparate nur in Krankenhaus-Apotheken erhältlich sind, hält der Verein für übertrieben, seien doch andere Medikamente mit nachweislich höheren Gesundheitsrisiken, wie das Beruhigungsmittel Benzodiazepin, in jeder Apotheke erhältlich. Kritik hatte es zudem am Vorhaben des Gesundheitsministeriums gegeben, die Verschreibung nur durch Fachärzte zuzulassen. Erst auf Intervention des Staatsrats wurde der Kreis der verschreibungsfähigen Mediziner auf Allgemeinmediziner erweitert – vorausgesetzt, sie durchlaufen eine 24-stündige Fortbildung.

„Wir haben uns das deutsche Modell angesehen und können davon lernen“, sagt Origer. In Deutschland ist die testweise Abgabe von medizinischem Canna-

bis seit März 2017 erlaubt. Im dortigen Gesetz wurde darauf verzichtet, einzelne Indikationen aufzuführen. Cannabisblüten und -extrakte können für jede Indikation verordnet werden, wenn „eine allgemein anerkannte, dem medizinischen Standard entsprechende Leistung im Einzelfall nicht zur Verfügung steht“ oder wenn diese Leistung „im Einzelfall nach der begründeten Einschätzung des behandelnden Vertragsarztes unter Abwägung der zu erwartenden Nebenwirkungen und unter Berücksichtigung des Krankheitszustandes der oder des Versicherten nicht zur Anwendung kommen kann“.

Demzufolge kann eine Behandlung mit Cannabis auch dann verschrieben werden, wenn weitere, bisher nicht eingesetzte (zugelassene) Behandlungen zur Verfügung stehen und der Patient noch nicht „austherapiert“ ist. In Deutschland können beispielsweise auch Epilepsie-Patienten medizinisches Cannabis bekommen. Der deutsche Gesetzgeber entschied sich zudem, es den Ärzten selbst zu überlassen, sich fortzubilden. Nicht alle Patienten, die sich für eine Cannabis-Behandlung entschieden, hatten sogleich Zugang. Die Nachfrage nach medizinischem Cannabis stellte sich als deutlich größer heraus als zunächst angenommen: Bald waren die Vorräte leer und es kam zu ernsthaften Lieferengpässen. Um langfristig eine ausreichende Versorgung mit Cannabisarzneimitteln in standardisierter Qualität sicherzustellen, wurde dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte die Aufgabe übertragen, eine Cannabisagentur einzurichten, sodass demnächst ein staatlich überwachter Canna-bisanbau in Deutschland erlaubt sein wird. Allerdings nur zu medizinischen Zwecken und frühestens ab 2020. Eigentlich sollten die

ersten Zuschläge im ersten Quartal diesen Jahres erteilt werden, jetzt will das Institut die Zuschläge ab Sommer 2019 bestimmen.

In Luxemburg rechnet das Ministerium mit etwa 500 bis tausend Patienten, „wobei eine realistische Einschätzung schwierig ist“, gibt Origer zu. Unklar ist beispielsweise, wie viele Grenzgänger, die in Luxemburg arbeiten respektive sozialversichert sind, sich für das Cannabis-Projekt melden. Und wie viel Cannabis eine Patientin benötigt. „Das kann je nach Erkrankung variieren, da müssen wir Erfahrungswerte sammeln“, so Origer. Bisher übernimmt das Ministerium die Kosten der Behandlung, die Verhandlungen mit der Krankenkasse CNS sind im Gange. Die Inhalatoren, um den Dampf mit den Inhaltsstoffen aus den erhitzten Cannabisblüten einzusatmen, bezahlen Patienten in Luxemburg aus eigener Tasche.

Die ersten 20 Kilogramm lieferte die kanadische Firma Aurora Cannabis, die in Nordamerika mehrere staatlich zugelassene und kontrollierte Hanfplantagen besitzt und zu den Marktführern der boomenden Branche zählt. Firmenaktien brachten es 2016 und 2017 zu Höchstständen an der Börse. Die jetzt gekauften Bestände sollen bis April halten, das Gesundheitsministerium wird bald den nächsten Auftrag ausschreiben, dabei gehe es neben Blüten vor allem um Cannabisölextrakte mit unterschiedlichen vorgegebenen THC- und CBD-Werten. Auswahlkriterien seien Preis, Fertigungsqualität und die Liefergeschwindigkeit, sagt Origer. Einige CBD-haltige Produkte sowie Cannabisöle sind bereits in Luxemburg legal erhältlich. Allerdings muss deren THC-Wert unter drei Prozent liegen, damit sie nicht unter das Betäubungsmittelgesetz fallen.



Leitartikel

Separatismus

Romain Hilgert

Alle reden von Nordirland und dem Backstop, Katalonien und Puigdemont, der Ukraine und der Krim. Aber niemand redet von Leudelingen und Kopstal, die ebenfalls eines Morgens aufgewacht waren und sich anscheinend im falschen Körper oder wenigstens im falschen Wahlbezirk wähten. Bei den Gemeindewahlen vor einem Jahr hatte der Kopstaler Gemeinderat ein Referendum mit der Frage „Souhaitez-vous que la commune de Kopstal soit rattachée à la circonscription électorale du centre?“ organisiert. 63 Prozent der so Befragten wollten, dass ihre Gemeinde künftig dem liberalen Zentrumsbezirk angehört, 33 Prozent wollten im linken Süden bleiben. Es sind vor allem in der Hauptstadt beschäftigte Selbstständige, Beamte und leitende Angestellte im Dorf Bridel, die den roten Südbezirk verlassen und bei Landeswahlen DP und Grüne in der liberalen Hochburg Zentrum stärken wollen, während in dem traditionellen Arbeiterdorf Kopstal der Drang ins Zentrum geringer ist.

Kurz vor Weihnachten kündigten nun vier Gemeinderäte von Leudelingen während einer Pressekonferenz an, dass sie zusammen mit den Europawahlen am 26. Mai ein Referendum über die Frage fordern: „Wëllt Dir, datt d’Gemeng Leideleng an de Walbeziirk Zentrum kënn?“ Auch Leudelingen ist eine Schlafgemeinde im Umkreis

der Hauptstadt, aus der sie allerdings mit einer sehr liberalen Politik Firmen in die eigene Gewerbezone lockt. Die Separatisten führen an, dass die Hälfte der Leudelingen Einwohner in der Hauptstadt arbeiteten, an die auch die Verkehrsanbindung direkter sei als an den Süden. Deshalb habe sich der Gemeinderat dem hauptstädtischen Leihfahrradnetz Vel’oh angeschlossen und es vor wenigen Monaten abgelehnt, dem Gemeindesyndikat Pro-Sud beizutreten. Bei einer informellen Umfrage hätten 58 Prozent von 127 Gemeindeeinwohnern in das Zentrum gewollt.

Die vier Leudelingen Kommunalpolitiker sind DP-Mitglieder, die kurz vor den Gemeindewahlen der Bürgermeisterin die Gefolgschaft aufgekündigt und eine eigene Liste in der anscheinend von Parteipolitik freien Majorzgemeinde aufgestellt hatten. Um ihr Anliegen zu unterstützen, war der Kopstaler DP-Bürgermeister Carlo Schmit nach Leudelingen gekommen. Deshalb sah es fast so aus, als wolle die DP eine Separatistenfront aufbauen, um die reichen Schlafgemeinden des Landes aus der babylonische Gefangenschaft der „industrie crépusculaire“ im roten Südbezirk zu befreien und dorthin zu führen, wo sie anscheinend hingehören, ins moderne Dienstleistungsparadies des blauen Zentrumsbezirks.

Über Klassendünkel und parteipolitisches Kalkül hinaus zeigen diese Bestrebungen aber, dass die Wahlbezirke so anachronistisch wie die inzwischen abgeschafften Disktrikte werden. Im Interessenkonflikt zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft waren sie geschaffen und bis heute beibehalten worden, um den Einfluss konservativer Wähler in ländlichen Regionen gegenüber der aufkommenden Arbeiterbewegung zu stärken. Doch der Rückgang der Landwirtschaft, die Ausbreitung des Finanzsektors und der hohe Anteil von Ausländern unter der Arbeiterschaft vermitteln den Eindruck, dass die regionalen Unterschiede verschwinden, die Wählerschaft landesweit homogener wird und geografische Quoten sich also erübrigen.

Rechtlich sind die Wahlbezirke ein Unsinn, da Artikel 50 der Verfassung vorschreibt: „La Chambre des Députés représente le pays. Les députés votent sans en référer à leurs commettants et ne peuvent avoir en vue que les intérêts généraux du Grand-Duché“ – also auch nicht die Interessen eines Wahlbezirks. Statt Bezirke und deshalb Kantone zu ändern, läge somit bei Landeswahlen die Einführung eines einzigen Wahlbezirks wie bei den Europawahlen nahe – wären da nicht die Sorgen vor der Länge der Kandidatenlisten und der Widerstand der im Norden und Osten bevorteilten CSV.

„Dans la mesure du possible“ blieben auf der Alten Brücke über das Petrusstal in der Hauptstadt Rad- und Fußgängerverkehr auch künftig voneinander getrennt. Das gab Mobilitätsminister François Bausch (Grüne) der Lëtzebuurger Vëlos-Initiativ schriftlich. Der LVI war aufgefallen, dass die Pläne zum Ausbau der Brücke keinen separaten Radweg mehr enthalten. Bausch habe erklärt, er halte eine „physische“ Trennung von Fuß- und Radweg aber für nötig, sagte LVI-Präsidentin Monique Goldschmidt dem *Land*. Er habe zugesagt, durch die Straßenbauverwaltung die Machbarkeit prüfen zu lassen. Im Laufe dieses Monats trifft die LVI den Minister, um zu erfahren, was machbar sei. pf

Jessica Theis



blog

Personalien

Personalien

Politik

Politik

Politik

Gesellschaft

Steve Reckel,



Bankangestellter (Mint-Foto links), wurde von der neuen Innenministerin Taina Bofferdin (LSAP) als ebenso neuer Bürgermeister von Mondorf vereidigt. Er war bei den Gemeindewahlen vor einem Jahr Zweiter auf der DP-Liste hinter Bürgermeister Lex Delles gewählt worden, der nunmehr Minister für Mittelstand und Fremdenverkehr ist. Zusammen mit Steve Reckel wurde der Drittgewählte der DP, Claude Schommer (Foto rechts), als neuer Schöffe vereidigt. Mit sechs von elf Mandaten verfügt die DP über die absolute Mehrheit im Gemeinderat des liberalen Kurstädtchens. rh.

Marc Lies,

CSV-Abgeordneter und Bürgermeister von Hesperingen, wirft dem Office luxembourgeois de l'accueil et de l'intégration (Olai) in einer parlamentarischen Anfrage vor, Flüchtlingsheime in seiner Gemeinde ganz oder fast leerstehen zu lassen, sich nicht genügend um den Unterhalt der Gebäude zu kümmern und dass seine Sozialhelfer wochenlang abwesend seien. Familienministerin Coronne Cahen (DP) entgegnet, dass ein Haus nicht mehr dem Olai unterstehe und ein anderes renoviert werden soll, aber die letzte Familie nicht ausziehen wolle. rh.

Anke Müßig, Georges Steffgen,

Wirtschaftsprofessorin beziehungsweise Professor für Psychologie, wurden vom Regierungsrat als Mitglieder im Aufsichtsrat der Universität Luxemburg bestätigt. Sie vertreten dort den Universitätsrat, das Organ aus gewählten Vertretern der Professoren, der Forschungsassistenten, des administrativen und technischen Personals sowie der Studenten. Weil laut Universitätsgesetz nur einer der beiden Delegierten des Universitätsrats im Aufsichtsrat Professor sein muss, wurde das Gewicht der Professorenschaft im wichtigsten Organ der Uni umso größer. Georges Steffgen war 2017 während der Auseinandersetzungen um das neue Universitätsgesetz in Meinungsartikeln unter anderem im *Land* für eine Demokratisierung der Führung der Universität eingetreten. pf

Pascal Thinnès,

Student, wurde vergangene Woche zum neuen Präsidenten der Association des cercles d'étudiants luxembourgeois (Acel) gewählt. Er tritt die Nachfolge von Pol Lutgen an der Spitze des Dachverbands an. rh.

Vicky Reichling,

Studentin, wurde vergangene Woche zur neuen Sprecherin der Union des étudiants (Unel) gewählt. Sie tritt in einer verkleinerten Koordinationsgruppe die Nachfolge von Kelly Kosel an der Spitze des linken Studentenvereins an. rh.

Neue Spitzenposten

Die Regierung greift wieder auf Generaladministratoren in Ministerien zurück. Sechs *Administrateurs généraux* sind in einem großherzoglichen Erlass vom 21. Dezember vorgesehen, der am Donnerstag vergangener Woche im *Memorial* veröffentlicht wurde. Diese politischen Beamtenposten waren 1987 eingeführt und damals mit vier Personen besetzt worden. 1995 wuchs ihre Zahl auf sechs. Die erste DP-LSAP-Grüne-Regierung verzichtete auf diese Ämter. Stattdessen übertrug sie Ersten Regierungsräten die Generalkoordination der Ministerien, zum Teil im Team mit nachgeordneten Beamten. Begründet wurde das mit den drei 2013 geschaffenen Staatssekretärsposten. Die neue Regierung, in der es keine Staatssekretäre mehr gibt, hat neben den sechs Generaladministratoren vergangene Woche auch die anderen drei Gruppen von Regierungsräten deutlich ausgeweitet. Die Zahl der Ersten Regierungsräte wurde mit dem großherzoglichen Erlass von 45 auf 58 erhöht, die der Regierungsräte Erster Klasse von 21 auf 35, die der Regierungsräte von zwölf auf 18 und die der beigeordneten Regierungsräte von vier auf neun. pf



35, 30, 35, und wieder 30



Die Jeunes socialistes luxembourgeoises treffen sich am morgigen Samstag im Gewerkschaftsheim in Esch-Alzette zu ihrem ordentlichen Jahreskongress. Die Nachwuchsorganisation der LSAP war vor zwei Monaten vom Rücktritt ihres Vorsitzenden, Jimmy Skenderovic, überrascht worden, der von dem schlechten Wahlergebnis und den fruchtlosen Erneuerungsdiskussionen enttäuscht schien. Einen Monat später trat der JSL-Bezirksvorstand im Osten zurück, weil seine Vizepräsidentin, Tess Burton (Foto), nicht in die Regierung kam. Neben der Wahl eines neuen Landesvorsitzenden soll der Kongress auch eine Statutenänderung vornehmen, um die Altersgrenze für JSL-Mitglieder von 35 auf 30 Jahre zu senken und in ihren „Ansichten nicht von älteren Generationen beeinträchtigt“ zu werden. Die Altersgrenze war schon einmal 1991 auf 30 Jahre gesenkt und 1999 wieder auf 35 Jahre erhöht worden. Außerdem sollen alle JSL-Mandate auf zwei Amtsperioden beschränkt und die Amtszeit des Nationalbüros von einem auf zwei Jahre erhöht werden. Daneben befas sich der Kongress mit den bevorstehenden Europawahlen, die 2014 für die LSAP in einem Debakel endeten. rh.

Kernspintomografie

Hat Etienne Schneider (LSAP), der neue Gesundheitsminister, schon entschieden, dass Kernspintomografen (MRT oder IRM) auch in den Praxen niedergelassener Radiologen betrieben werden dürfen? Man könnte das meinen. Denn in der Einladung an CNS, Ärzteverband AMMD, Krankenhausverband FHL und die Fachgesellschaft der Radiologen zu einem Treffen am 15. Januar schrieb Schneider, „qu'il envisage de ne plus réserver l'usage de certains équipements d'imagerie médicale au seul secteur hospitalier, et d'autoriser les médecins concernés à en acquérir dans le cadre de l'exercice de leur profession“. Die Beschränkung für MRT-Geräte aufzuheben, verlangt vor allem ein Radiologe, der in Absprache mit dem Immobilienunternehmer Flavio Becca im Ban de Gasperich ein ambulantes Diagnosezentrum für Sportverletzungen einrichten will. Schneiders Vorgängerin Lydia Mutsch (LSAP) hatte das abgelehnt. Der Arzt klagte dagegen vor dem Verwaltungsgesicht, das Urteil steht noch aus. Etienne Schneiders Pressesprecherin Monique Putz erklärte auf Nachfrage, „eine politische Entscheidung ist noch nicht gefallen“. Nachdem die vorige Regierung den vier großen Krankenhausgruppen die Anschaffung von vier weiteren MRT gestattet hatte, sei dem Gesundheitsminister daran gelegen, „gemeinsam mit den betreffenden Partnern weitere adäquate und zeitgemäße Lösungen zur Verbesserung der Situation im Interesse der Patienten zu finden“. Darüber sollten am 15. Januar die Meinungen ausgetauscht werden. pf

Anpassung

Am Dienstag änderten sich verschiedene Grundbeträge des Sozialstaats. Der Mindestlohn wurde durch die gesetzliche Anpassung an die Lohnentwicklung von 2 048,54 auf 2 071,10 Euro erhöht, der qualifizierte Mindestlohn von 2458,22 auf 2458,32 Euro. Die versprochene Erhöhung um insgesamt 100 Euro soll in einigen Monaten rückwirkend folgen. Die Mindestrente stieg am 1. Janiar von 1 824,95 auf 1 841,51 Euro, der Elternurlaub von mindestens 2 048,54 auf 2 071,10 Euro und das garantierte Mindesteinkommen von 1 436,20 Euro auf das Revis von 1 452,00 Euro. rh.

Éditions d'Letzeburger Land

En conformité avec l'article 66 de la loi du 8 juin 2004 sur la liberté d'expression dans les médias, les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l. informent leurs lecteurs de la structure de leur capital et de leur administration.

Actionnariat :
Fondation d'Letzeburger Land (100 pour cent) ;

Conseil d'administration :
Stephan Kinsch, président, Cynthia Kinsch, Bob Kneip, Sam Reckinger, administrateurs ;

Gestion journalistique :
Romain Hilgert, gérant.

Abenteuer Carsharing im Autoland Luxemburg

Mangels kritischer Masse

Peter Feist

Vor zwei Wochen war Schluss mit Carsharing in der *Nordstad*. Die Firma City Mov', Tochter des Energieversorgers Enovos, stellte den Dienst am 21. Dezember ein. Fünf Jahre zuvor war City Mov' der Carsharing-Pionier hierzulande: Ab Dezember 2013 bot er in Ettelbrück, Diekirch, Colmar-Berg, Schieren und Bettendorf kleine Elektroautos zur stundenweisen Ausleihe an. In Ettelbrück und Diekirch gab es zum Start je zwei Stellplätze, in den drei anderen Gemeinden jeweils einen. Zwei Monate später hatte eMovin, so nannte das Angebot sich, in der *Nordstad* 35 Abonnenten. City Mov' und die Gemeindeverantwortlichen fanden, das sei für den Anfang gar nicht schlecht, und freuten sich auf mehr (*d'Land*, 31.01.2014).

Anschließend wuchs das Angebot im ganzen Land. City Mov' baute es in der *Nordstad* aus und expandierte im Oktober 2015 mit vier Elektroautos nach Hesperingen. Kurz darauf ging in Luxemburg-Stadt Carloh in Betrieb. Anfangs wurden an fünf Stellplätzen im Stadtgebiet je zwei Autos bereitgestellt, heute sind es an neun Plätzen je zwei bis drei. Die Aktiengesellschaft Carsharing Luxembourg S.A. hinter Carloh gehört zu 97 Prozent der Hauptstadtgemeinde, zwei Prozent der Anteile hält der Automobilclub ACL, ein Prozent die große deutsche Carsharing-Firma Cambio.

Im Februar 2018 schließlich folgte Flex, das Carsharing der CFL. Die Bahn hatte eigens dafür im März 2017 die Tochterfirma CFL Mobility gegründet. Ihre Flotte umfasst derzeit 80 Fahrzeuge. Landesweit sind sie auf 20 Stationen verteilt, meist sind das Bahnhöfe, aber nicht nur. In Hesperingen zum Beispiel hat Flex im Oktober übernommen, was bis dahin City Mov' anbot. Die Gemeinde habe auch mit Carloh verhandelt, sagt der Hesperinger Bürgermeister Marc Lies (CSV). „Das Angebot von Flex gefiel uns aber besser.“

Das erweckt den Eindruck, die gewisse Carsharing-Gründerzeit sei beendet, der Markt konsolidiere sich und Carloh und Flex könnten miteinander zu konkurrieren beginnen. In Hesperingen werde Flex sein Angebot dieses Jahr auf acht Autos verdoppeln, sagt Marc Lies. In Diekirch, ist aus der Flex-Zentrale zu erfahren, übernehme man ebenfalls von City Mov': Einen Stellplatz am Diekircher Bahnhof unterhält Flex ohnehin schon. Zwei weitere würden im Laufe dieses Jahres hinzukommen; wo, bleibe noch zu klären. Ettelbrück dagegen sei zurzeit nicht an mehr interessiert als an den beiden Flex-Autos am Bahnhof.

Doch mit Markt und Konsolidierung ist das so eine Sache, wenn es um Carsharing in Luxemburg geht, das klein ist, stark zersiedelt und es auf EU-weit die meisten PKW pro Kopf der Bevölkerung bringt. Nicht nur City Mov' war nicht rentabel und häufte bis Ende 2017 Verluste an, die mit 529 000 Euro schon mehr als halb so hoch waren wie die 1,024 Millionen Euro Gesellschaftskapital. Auch die Finanzlage von Carloh sei „nicht gut“, erklärte Mobilitätsschöffe Patrick Goldschmidt (DP), als der *Stater* Gemeinderat am 14. Dezember den kommunalen Haushalt 2019 beschloss: Die 1,5 Millionen Euro Gesellschaftskapital der Carsharing Luxembourg S.A. seien „demnächst aufgebraucht“. Die Frage stelle sich, „ob wir den Stecker ziehen“, sagt Goldschmidt dem *Land*, fügt aber gleich hinzu, der DP-CSV-Schöffenrat wolle das nicht. „Für uns ist Carsharing ein wichtiger Bestandteil der Mobilitätsketten in der Stadt.“

Dass Carloh Probleme hat, ist nicht auf den ersten Blick einsichtig. Im Spätherbst 2016 hatte die damalige Mobilitätsschöffin Sam Tanson (Grüne) 330 Carloh-Abonnenten bilanziert. 13 Monate nach dem Start klang das gut, der Businessplan hatte für diesen Zeitpunkt nur 250 Abos angepeilt (*d'Land*, 25.11.2016). Heute hat Carloh 620 Abonnenten. Doch nur ungefähr 400 würden die Leihfahrzeuge „regelmäßiger“ nutzen, sagt Patrick Goldschmidt, „die anderen oft nur ein bis zwei Mal im Jahr“. Im Schnitt seien die Autos nur zu 15 bis 20 Prozent ausgelastet, genutzt würden sie vor allem an den Wochenenden, unter der Woche viel weniger. Und zu allem Ärger sei das Interesse an den elektrischen Renault Zoé, die Carloh 2016 zusätzlich zu den VW Polo und Opel Meriva in Betrieb nahm und sich die Ladeinfrastruktur einiges kosten ließ, besonders gering.

Alle Carsharing-Angebote, wie Carloh auch das von eMovin früher und das von Flex, tragen sich am besten, je öfter die Autos genutzt werden. Abgerechnet werden die Zeit, in der ein Auto im Einsatz ist, und die gefahrenen Kilometer. Daneben zahlt jeder Carsharing-Abonnent eine monatliche Grundgebühr. Wer davon ausgeht, Carsharing oft zu nutzen, kann bei Carloh wie bei Flex ein monatlich teureres Abo wählen, das jedoch kleinere Minuten- und Kilometerpreise bietet. Allerdings tun das nicht genug Carloh-Nutzer, wenn Patrick Goldschmidt feststellt, „pro Benutzer werden relativ viele Kilometer auf einmal gefahren, aber nicht oft“, und dass man, so gesehen, zu den 620 Abonnenten noch 200 mehr haben müsste.

City Mov' hatte noch ein zusätzliches Problem: die Personalkosten. Sein eMovin beruhte auf dem „Free-float-Prinzip“: Carsharing-Nutzer konnten ihr Auto stehenlassen, wo sie wollten; innerhalb Hesperingens, aber auch in den fünf teilnehmenden *Nordstad*-Gemeinden. Fuhren sie den Wagen nicht zurück an einen ausgewiesenen eMovin-Stellplatz, rückte ein City Mov'-Mitarbeiter aus und chauffierte ihn dahin. So viel Bequemlichkeit bieten Carsharing-Firmen eigentlich nur in Großstädten wie Paris, wo es ziemlich wahrscheinlich ist, dass jedes irgendwo abgestellte Auto neue Nutzer findet. City Mov' beschäftigte konsequenterweise viereinhalb Vollzeiteneinheiten an Mitarbeitern. 2017 fielen auf einen Umsatz von knapp 280 000 Euro nahezu 195 000 Euro Personalkosten an. Carloh dagegen hat nur zwei Angestellte. Carloh-Nutzer müssen ihr Auto nach der Fahrt nicht nur an einen Carloh-Stellplatz zurückbringen, sondern dorthin, wo es entnommen wurde.

Enovos war natürlich klar, dass so viel Service teuer für seine Carsharing-Tochter würde. *Free float* sollte das „Alleinstellungsmerkmal“ von eMovin sein, hatte Jean-Luc Santinelli, der Enovos-Verkaufsdirektor, vor zwei Jahren noch betont (*d'Land*, 25.11.2016). Heute hält Santinelli *free float* „noch immer für äußerst wichtig, wenn es um den Erfolg von Carsharing geht“, weiß aber, dass das „nur in Großstädten funktioniert“. Weil auch Luxemburg-Stadt nicht groß genug ist, ließ die Firma Cambio aus Bremen, die 2011 sondiert hatte, in der Stadt Carsharing anzubieten, das am Ende mangels „kritischer Masse“ bleiben, nahm nur eine Ein-Prozent-Beteiligung an der vorwiegend kommunalen Carsharing-Gesellschaft und stellte Carloh im Gegenzug eine Software für Bestellung, Dispatching und Abrechnung zur Verfügung.



Carloh hat seinen Sitz an Charly's Gare. Die Autos stehen unter anderem am Klänge Knuedler in der Luxemburger Oberstadt

gung. Der Automobilclub, der zweite kleine Aktionär, bedient Carloh in seinem Call Center mit und wartet die Autos. Irgendwie macht das ganze einen improvisierten Eindruck, und es überrascht schon, dass ausgerechnet die DP bereit ist, neues Geld ins *Stater* Carsharing zu pumpen.

Aber das ist eine politische Frage, die der Schöffenrat offenbar schon beantwortet hat. Bestätigen müsste sie der Gemeinderat, anschließend die Innenministerin. Letzten Endes dürfte es um eine Summe gehen, die die Hauptstadt mit ihren hohen Reserven kaum überfordern wird. Auch Enovos hatte die eine Million Euro Startkapital für City Mov' nicht überfordert. Die entscheidende Frage ist, was man will.

Enovos ging es nicht in erster Linie um Carsharing und auch nicht um den Stromverkauf für die Elektroautos seiner Tochterfirma. Der Energieversorger dachte strategisch. 2016 hoffte er noch, City Mov' landesweit zu etablieren und den CFL, die auf Betreiben von Transportminister François Bausch (Grüne) damals schon über Carsharing nachdachten, als Subunternehmer zu empfehlen. Die Idee dahinter war vor allem die, dass in einer vielleicht nicht mehr allzu fernen Zukunft die Stromversorgung dezentraler funktionieren wird und in einem „intelligenten“ Netz batteriegetriebene Elektroautos als Speicher dienen könnten. Würde die Speicherleistung von einer Enovos-Tochter geliefert, ließe sich damit Geld verdienen: Strom, der Nachfragespitzen abdeckt, wird Lieferanten besser bezahlt. Vielleicht ist Enovos dem strategischen Ziel heute näher, obwohl City Mov' sein Angebot eingestellt hat: „Wir kooperie-

Rentabel war weder die Enovos-Tochterfirma City Mov', noch ist es Carloh bisher. Kann Carsharing hierzulande am Ende nur als subventionierte öffentliche Dienstleistung funktionieren?

ren mit den CFL bei der Ladeinfrastruktur für die Elektroautos im Flex-Carsharing und liefern den Strom dafür“, sagt Jean-Luc Santinelli. Flex gemeinsam zu betreiben, habe „aus verschiedenen Gründen nicht geklappt, die CFL wollten es am Ende alleine machen“.

Bei Carsharing Luxembourg wird indessen darüber nachgedacht, das Angebot auf dem Stadtgebiet zu vergrößern. „Carloh muss in allen Stadtteilen präsent sein und insgesamt mindestens 40 Autos anbieten statt 17“, sagt Patrick Goldschmidt. Was sich mit der Frage verbindet, wie hoch die Kapitalspritze an die Betreibergesellschaft ausfallen kann, die bei der derzeitigen Aktionärstruktur vor allem die Gemeindekasse tragen müsste. Und ob der Businessplan neu geschrieben werden muss. Der aktuelle geht davon aus, dass 2023 der *Break-even point* erreicht und Carloh dann kostendeckend arbeiten würde.

Wie ein ausgeweitetes Angebot aussehen und ob es sich besser rechnen könnte, will Goldschmidt noch diesen Monat analysieren lassen. Als François Bausch *Stater* Mobilitätsschöffe war, dachte er groß. Sogar so groß, dass er ankündigte, in jedem Stadtviertel würden zehn bis 20 Autos auf reservierten Plätzen bereitgestellt. 2011 machte der DP-Grüne-Schöffenrat den Bürgern Appetit auf ein Angebot, das so groß wäre, dass jeder Interessent quasi immer ein Auto fände. Prompt gaben in einer Umfrage 45 Prozent der autobesitzenden



Teilnehmer an, bei so einem Carsharing würden sie ihr Auto glatt verkaufen (*d'Land*, 27.01.2012). Wie es heute beschaffen ist, finden Carloh-Kunden in dichtbesiedelten Stadtteilen wie Bonneweg an Wochenenden kaum ein Auto, wenn sie es brauchen, unter der Woche dagegen quasi immer.

Patrick Goldschmidt kommt deshalb auf eine Idee zurück, die schon François Bausch hatte: Teile des kommunalen Fuhrparks fürs Carsharing einzusetzen. Allerdings sei es nicht leicht, die Dienststellen der Stadtverwaltung für diese Idee zu gewinnen, sagt Goldschmidt. Auf jeden Fall müsse Carloh in der Hauptstadt ansässigen Firmen „B2B-Angebote machen“. Das sei bisher versäumt worden, und nun, da Carloh es versuche, sei die Konkurrenz von Flex zu spüren: „Die haben ein B2B-Programm und beginnen, Sharing-Stationen in Gewerbegebieten einzurichten.“

Wie Carsharing bei CFL Mobility gesehen wird, war nicht zu erfahren. Geschäftsführer Jürgen Berg sagte einen Gesprächstermin kurz vor Redaktionsschluss dieses Artikels aus privaten Gründen ab. Leicht hat das Carsharing der CFL es vermutlich ebenfalls nicht. Von den sieben Millionen Euro Startkapital der 2017 gegründeten Tochterfirma der Bahn wurde im ersten Jahr fast eine Million für Investitionen aufgewendet. Die Personalkosten des Unternehmens dürften nicht unbedeutend sein, denn CFL Mobility hat elf Mitarbeiter. Und dass ein Flex-Kunde ein an Station X entnommenes Auto an Station Y abgeben könnte, nannte Marc Hoffmann, der CFL-Direktor für den Personenverkehr, vor zwei Jahren „Teil unserer Philosophie“, als das Carsharing in Planung war, Realität ist es jedoch noch nicht.

Ein großer Unterschied ist aber, dass Flex politisch konzipiert wurde, eines Tages eine öffentliche Dienstleistung zu sein, die subventioniert werden könnte wie Bus, Bahn und Tram. Da scheint es gar nicht ausgeschlossen, dass Carloh und Flex kooperieren könnten. Überwiegend öffentlich finanziert sind beide, und wenn sie noch nicht wirklich miteinander konkurrieren, konkurriert jeder für sich mit den ebenfalls vorwiegend öffentlich finanzierten Bussen, Zügen und Trams. Vielleicht ist Carsharing hierzulande mangels kritischer Masse nur im Paket mit diesen sinnvoll. Ob helfen kann, dass sie 2020 gratis werden sollen, ist eine interessante Frage. Klar scheint, dass es auch Zeit kostet, die Zahl der an Carsharing Interessierten zu steigern, wenn die kritische Masse fehlt. In Saarbrücken brauchte Cambio 15 Jahre, um 0,5 Prozent der 180 000 Einwohner als Abonnenten zu gewinnen.



Die Flex-Fahrzeuge von CFL Mobility sind auf dem Gebiet der Hauptstadt bisher nur im CFL-Parkhaus am Hauptbahnhof zu finden



Combien de liberté de penser (et de déconner) reste-t-il dans une politique culturelle dédiée à l'efficacité ? (ici : dans les salles de répétition du Théâtre des Capucins ce mercredi)

La culture est un sport de combat

josée hansen

„Der Zeit ihre Kunst
Der Kunst ihre Freiheit“
Épithète sur le fronton de la Sécession à Vienne

Citius, altius, fortius Les *spotlights* d'une grande scène, une fête de remise des prix, des discours, du show, de l'attention publique, des remerciements... Les 18 et 19 décembre, la proximité des *Luxembourg Music Awards* et du *Top 100* du *PaperJam* n'était pas que géographique et un hasard du calendrier – les deux événements eurent lieu lors de deux soirées consécutives à la Rockhal à Belval – mais aussi idéologique : aujourd'hui au Luxembourg, la culture est devenue aussi compétitive que l'économie. Les *Luxembourg Music Awards* (LMA) eurent lieu pour la première fois, sur le modèle du *Filmprais* (qui valorise à rythme biennal les meilleures productions cinématographiques du pays) : les LMA, organisés par la Rockhal, avec le soutien de partenaires comme le ministère de la Culture, l'Œuvre nationale de secours grande-duchesse Charlotte, Music:IX ou la *Radio 100,7*, consistent en une douzaine de prix, d'une valeur allant de 750 (meilleure chanson) à 7 500 euros (artiste de l'année). Sans grande surprise, la prolifique Edsun en sortit grand gagnant, comme le « multi-entrepreneur » Norbert Becker le lendemain aux *PaperJam Awards* (septième édition).

De longues procédures avaient précédé les deux remises des prix, avec soumissions de candidatures, présélections et jurys. Les gagnants sont émus, remercient les jurys, les organisateurs, les sponsors et les assistances (nombreuses) dans la salle. Interviews à la sortie de scène, photos de groupe – les similarités furent flagrantes. Ces prix s'inscrivent dans une logique de concurrence venant du sport, comme les coupes du monde, les jeux olympiques, les concours nationaux... Il y a bien des prix du meilleur sportif au Luxembourg, du meilleur chercheur, du meilleur élève en ceci ou cela, et même du journaliste, qu'y aurait-il à redire aux *Lëtzebu-*

ger Danzprais, Filmprais, Literaturprais, Buchprais, Architekturprais... ?

Listes Fin 2018, Jo Kox (en sa qualité de consultant externe du ministère) a publié les volumes quatre et cinq du *Plan de développement culturel* (*Kultur-entwicklungsplang, Kep*) sur le site *kep.lu* : le cinquième est un relevé des fédérations, réseaux et associations et le quatrième dresse, sur une vingtaine de pages, les « concours, récompenses et prix culturels » qui existent au Luxembourg, avec les noms des organismes attributaires (institutions culturelles ou associations), leurs dotations – souvent surtout symboliques – et leurs lauréats depuis le lancement de chaque récompense. Le Fonds culturel national, établissement public dépendant du ministère de la Culture et alimenté par les gains de la Loterie nationale (via l'Œuvre) ainsi que des dons< de quelques mécènes privés, qui est présidé par le même Jo Kox, s'est complètement restructuré, remplaçant les aides récurrentes à des associations notamment, par des bourses et aides ponctuelles qui sont accordées sur dossiers de candidature et décidées par des jurys. Une quinzaine de bourses spécifiques sont promues sur le site, allant de la résidence pour plasticiens à Paris et Montréal ou pour danseurs et écrivains à Berlin, jusqu'à des aides à la production ou à la création pouvant atteindre plusieurs dizaines de milliers d'euros (20 000 pour l'aide au développement de carrière pour musiciens pop-rock, avec la Rockhal, ou 15 000 euros pour la bourse Bert Theis). Une centaine de membres des différents jurys sont énoncés sur le site du Focuna, Kox mobilisant toutes les forces vives du secteur culturel, des collaborateurs des institutions jusqu'aux pairs des artistes en passant par la presse, pour rendre les processus plus transparents et équitables qu'ils ne le furent jusque-là.

Professionnalisation Parce que le modèle classique du financement de la culture, celui qui prédominait à la fin du XX^e siècle, c'était celui du paterna-

lisme bienveillant du ou de la ministre et de ses plus proches collaborateurs, les artistes envoyant une simple demande de soutien par une lettre souvent encore manuscrite et le ministre donnant son accord en inscrivant un « ok » à la main sur le document (comme le prouvent des documents de l'ère Robert Krieps, LSAP, que vient de publier le Centre national de littérature). Ensuite, il suffisait de parler à Guy Dockendorf (responsable du ministère) ou à Paul Reiles (alors président du Focuna) pour avoir un petit coup de pouce pour une exposition ou un voyage à l'étranger à un concert où l'on était invité.

Kox a professionnalisé ces procédures et diversifié les aides, de celle à la mobilité en passant par celle à la production, à la création, à l'édition ou à la diffusion, jusqu'à soutenir la formation continue ou l'invitation à des professionnels étrangers pour venir voir des spectacles. Les critères sont clairs et publics, les montants maxima aussi, les inscriptions et remise de dossiers se font en-ligne et l'administration est extrêmement réactive et efficace. En 2017 (derniers chiffres disponibles), le Focuna a soutenu 241 projets à hauteur globale de 550 000 euros. En parallèle, à l'initiative de l'éphémère ministre Maggy Nagel (DP), les procédures du ministère de la Culture lui-même ont été rendues publiques et transparentes. Selon son rapport annuel 2017, le ministère a attribué cette année-là 296 subsides pour un montant total de 1,5 million d'euros, étalonnés de 400 (pour des artistes individuels) à 100 000 euros (pour l'exposition *Lëtzebuerg an den Éischte Weltkrich* à Käerjeng). On devrait donc se réjouir de cette professionnalisation et démocratisation.

Mais quelque chose cloche. Car qui dit sélection dit dossiers (personne ne demanderait à un comptable de peindre la *Joconde*, mais on demande aux artistes de faire de parfaits tableaux Excel et de promouvoir leurs projets comme des publicitaires) et critères se voulant objectifs. Or, comment évaluer « l'impact sociétal et [la] plus-value pour le Luxembourg » qu'impose de formuler la demande officielle de subside du ministère de la Culture, publié sur *guichet.lu* ?

Don't ask what your country can do for you...

Au lieu de mettre la liberté de penser des artistes au centre de toute la politique culturelle du gouvernement, de leur proposer de réfléchir le monde tel qu'il va sans aucune contrainte, de l'interroger et de subvertir l'idéologie dominante, on leur demande désormais, dans une acception aussi utilitariste que celle que le pays a vis-à-vis de l'université et de la recherche, de servir le grand-duché et son *nation branding* vers l'extérieur. Exemple le plus flagrant : le Focuna a mis à disposition une enveloppe de 350 000 euros pour financer le programme culturel du pavillon luxem-

Au lieu de mettre la liberté de penser des artistes au centre de toute la politique culturelle du gouvernement, de leur proposer de réfléchir le monde tel qu'il va sans aucune contrainte, on leur demande désormais d'être utiles au nation branding

bourgeois à l'Expo 2020 à Dubaï – une exposition mondiale à vocation essentiellement de promotion économique –, et Jo Kox vient d'accompagner le collectif d'artistes à un voyage préparatif aux Émirats arabes unis, dont l'auteur Guy Helming, membre du collectif, se moque gentiment dans un billet diffusé le 28 décembre sur *Radio 100,7*, fustigeant la volonté des organisateurs locaux de convaincre les visiteurs étrangers des qualités démocratiques et économiques du pays. Eux auront pour mission de leur opposer les qualités démocratiques et économiques du grand-duché.

« Les libéraux, mais de gauche ne font jamais du devenir collectif une priorité : les politiques monétaires, le culte de l'argent, le mythe de la réussite individuelle, la soumission aux organisations privées, la frénésie consumériste et le patriotisme béat passent pour la ritournelle de la vie politique que l'on continue de fredonner en se contentant de lui ajouter quelques couplets sur de nouveaux droits particuliers », constate le philosophe Alain Deneault dans son petit livre *Politiques de l'extrême centre* (Lux Editeur, 2016). « Nie war die Freiheit der Kunst eine totale Freiheit », note, pour sa part, l'historien de l'art et auteur de la *Zeit* Hanno Rauterberg dans son essai *Wie frei ist die Kunst ? Der neue Kulturkampf und die Krise des Liberalismus* (Suhrkamp, 2018). Et de continuer : « Ebenso

kennt die Freiheit materielle Grenzen, ein Künstler muss es sich leisten können, seinem freien Schaffen nachzugehen, ungezwungen von finanziellen Nöten. Zudem kommt es vor, dass die Kunst ihre Autonomie freiwillig preisgibt und sich in den Dienst der politischen und ökonomischen Macht stellt. » Ce que les artistes sont désormais forcés de faire au Luxembourg s'ils veulent être soutenus par le ministère, le Focuna, l'Œuvre, la Fondation de Luxembourg ou un des nombreux prix et jurys qui poussent comme des champignons ces dix dernières années. Une participation à la biennale d'arts plastiques ou d'architecture à Venise, au festival *Off d'Avignon* ou aux *Rencontres photographiques d'Arles*, les aides à la production audiovisuelle du Film Fund (33 millions d'euros par an), les commandes dans le cadre du *Kunst am Bau*, l'obtention du statut de l'artiste ou encore les résidences du *Steichen Award* à New York passent tous par des appels à projets avec critères de sélection et jurys (constitués d'une poignée d'élus, toujours les mêmes). La « modernité digitale » (*Digitalmoderne*) que décrit si bien Rauterberg dans son livre, est faite de questions identitaires et d'affects, des groupes d'intérêts se constituant autour de thèmes spécifiques, en communautés, qui font pression sur les grandes idéologies comme celle du progrès social ou de l'*Aufklärung* populaire, menant à un schisme traversant le milieu libéral de gauche.

L4C Si la création d'un Luxembourg Arts Council, une sorte de grand bureau export qui générerait toutes les aides et tous les subsides, mais promouvrait aussi la création artistique des différents domaines artistiques vers l'international, permettant ainsi aux créateurs de se professionnaliser et de se confronter à leurs pairs, fut une des grandes revendications durant le processus d'élaboration du *Kep*, et en constitue donc tout naturellement une des principales recommandations. On en retrouve l'idée dans l'accord de coalition du gouvernement Bettel/Schneider/Braz 2 de décembre 2018. Cela s'appelle L4C pour « Luxembourg for culture », à l'image de Luxembourg for business ou de Luxembourg for finance – et rien que ce vocabulaire ultralibéral choque. Il y est question (page 91) de « stratégies », de « promotion » et d'« instrument performant » – autant de mots devant faire se hérissier les poils de n'importe quel artiste croyant encore en sa liberté d'expression. Vu sous cet angle, il ne fut que normal que Jo Kox, qui affiche sans cesse son enthousiasme et son engagement pour les arts, devienne le Premier conseiller de gouvernement de la nouvelle ministre de la Culture Sam Tanson (Déi Gréng) : sa première mission étant la mise en œuvre du *Kep* et l'introduction de ce L4C, qui regroupera toutes les instances publiques aidées à la culture, aussi le Focuna. On devra observer de près ce que la bureaucratisation fera de l'idée d'utopie.

d'Lëtzebuenger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Lëtzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant, rédacteur en chef** Romain Hilgert (48 57 57-22; rhilgert@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Josée Hansen (48 57 57-26; jhansen@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Michèle Sinner (48 57 57-20; msinner@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (sbecker@land.lu) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32; francis.gasparotto@maisonmoderne.lu) ; **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGULLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELLULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003

Comment l'idéologie néolibérale a transformé les arts en usine à gaz administrative à vocation promotionnelle

Kurzer Prozess

Romain Hilgert

Gesinde An einem Vormittag führen junge Polizeibeamte mit Bärten und Tattoos einige Gleichaltrige mit Bärten und Tattoos im Gerichtssaal vor. Den Unterschied machen nur die Uniformen, eine anders gestellte Weiche im Lebenslauf aus. Eine junge Anwältin kommt hereingeilt, windet sich in ihre schwarze Robe, ein Kollege verschwindet wieder. Ein Beamter meldet, dass er den Übersetzer nicht gefunden hat. Dann wird über einen jungen Mann nach dem anderen verhandelt.

Einige wurden mit Drogen, Geld und einem Handy aufgegriffen, einer gibt kopfnickend zu, in einer Drogerie Rasierzeug gestohlen zu haben. Manche wissen nicht, wie ihnen geschieht, verstehen keine der Landessprachen, haben nie gelernt, sich auszudrücken. Die Leute in den schwarzen Roben und ihre altmodischen Rituale sind eine andere Welt. Der Übersetzer ist inzwischen aufgetaucht, resümiert und interpretiert konfus, was er zu verstehen glaubt. Der Ermittlungsbeamte zählt stolz mit einigen Brocken Polizeideutsch auf, was er herausgefunden hat. Die Pflichtanwältin versteht nur Französisch und appelliert an die Milde des Gerichts.

Der Richter thront hinter dem breiten Holztisch und springt mit den jungen Männern wie mit Dienstboten um. Schließlich kommt *Gesinde* von *Gesinde*. Es bleibt ihm unverständlich, dass jemand eine Haftstrafe für Rasierzeug riskiert, das kaum mehr wert ist als das Trinkgeld, das er im Restaurant zurücklässt.

An der Schuld der jungen Männer zweifelt niemand im Saal, nicht an diesem Morgen und meist auch nicht an all den anderen Morgen. Die *Cité judiciaire* sollte die Justiz als feste Burg verkörpern, sie sieht aus wie ein Märchenschloss. Mit jeder gelangweilten Geste zeigen der Richter, die Beisitzenden, die Staatsanwältin, die Schreiberin, die Ermittlungsbeamten, die Anwälte, wie sie ihre wertvolle Zeit damit verlieren müssen, im Stundentakt Kleinkriminelle wegsperren zu lassen. Als Strafe für diese Zumutung verlangt die Staatsanwältin, die Angeklagten die ganze Wucht des Gesetzes spüren zu lassen.

Vertrauen Damit endlich Schluss mit dieser Zumutung wird, aus dem Stundentakt ein Halbstundentakt wird, heißt es beiläufig im Kapitel *Justiz* des Koalitionsabkommens, das DP, LSAP und Grüne am 4. Dezember unterzeichnet hatten: „Sera également analysée la possibilité d'adapter les procédures pénales afin de permettre l'évacuation plus rapide de certaines affaires de flagrant délit, sans porter préjudice aux droits de la défense.“

Ziel ist es, die Justiz nach den privatwirtschaftlichen Kriterien des *New public management* weiter zu rationalisieren, effizienter und produktiver zu machen. Der grüne Justizminister Félix Braz hatte im Mai ein *Projet de loi sur le renforcement de l'efficacité de la Justice civile et commerciale* eingebracht. Der Entwurf geht laut Motivenbericht davon aus, dass durch die wirtschaftliche und demografische Entwicklung die Zahl der Streitsachen ständig zunehme, so dass es nicht ausreiche, dauernd mehr Richter einzustellen: „Une amélioration substantielle du fonctionnement du pouvoir judiciaire est également obtenue par l'évaluation et l'adaptation du fonctionnement et de l'efficacité des procédures qui sont d'application devant nos juridictions“ (S. 10).

Für die Eilverfahren hatte sich besonders die DP in ihrem Wahlprogramm stark gemacht: „Nachdem bereits eine ‚procédure accélérée‘ eingeführt worden ist, fordert die DP zusätzlich die Möglichkeit der ‚comparution immédiate‘ für Täter, die auf frischer Tat ertappt werden oder gegen die erdrückende Beweise vorliegen, um sie schnellstmöglich vor Gericht zu stellen und somit eine wesentliche Entlastung der Gerichte zu erreichen. Selbstverständlich müssen bei einer ‚comparution immédiate‘ alle üblich geltenden Rechte des Angeklagten respektiert werden.“

Aber auch die LSAP hatte in ihrem Wahlprogramm versprochen: „In der Strafjustiz wird die Einsetzung eines Eilverfahrens bei eindeutiger Sachlage vorgeschlagen.“ Während das grüne Wahlprogramm ganz allgemein „das Straf-, Zivil- und Prozessrecht einer grundlegenden Prüfung

Mit *Comparutions immédiates* sollen mittellose Kleinkriminelle unter Einschränkung der Unschuldsvermutung und des Rechts auf Verteidigung im Halbstundentakt kostengünstig weggesperrt werden

unterziehen, gegebenenfalls modernisieren und prozedurale Vereinfachungen umsetzen“ wollte.

Über die Details hatte sich die DP schon vor fünf Jahren Gedanken in ihrem Wahlprogramm gemacht: „Wir werden die Einführung der ‚comparution immédiate‘ sowie der ‚procédure accélérée‘ und der ‚procédure simplifiée‘ analysieren, was es in bestimmten Fällen und unter klaren Bedingungen erlaubt, einen Täter innerhalb kürzester Zeit vor Gericht zu stellen: So muss der Täter etwa auf frischer Tat ertappt werden oder erdrückende Beweise gegen ihn vorliegen, damit die Prozedur der ‚comparution immédiate‘ bei strafrechtlichen Fällen gewählt werden kann. Auch darf der Straftatbestand ein gewisses Maß nicht überschreiten. Gegen die Entscheidung einer ‚comparution immédiate‘ muss der Angeklagte Einspruch einlegen können, um die Rechte der Verteidigung wahren zu können. Wir erwarten uns hiervon eine Entlastung der Gerichte und größeres Vertrauen der Bürger in die Justiz, indem Täter zügig, aber unter Wahrung ihrer vollen Verteidigungsrechte, verurteilt werden können.“

Telefon Die *Comparution immédiate* gehört in ihrer heutigen Form seit 1983 zur französischen Strafprozessordnung. Ihr Wirkungsbereich wurde seither mehrfach ausgeweitet, im Jahr 2000 wurde sie auch in Belgien eingeführt. Sie erlaubt, kurz zuvor Festgenommene im Anschluss an den Polizeigewahrsam vor Gericht zu stellen, binnen einer halben Stunde abzuurteilen und umgehend ins Gefängnis abzuführen. Sie ist bei fast allen Straftaten zulässig, auf denen zwei Jahre Haft ste-

verschiedene politische und Pressedelikte, aber die Eilverfahren dienen auch dazu, Teilnehmer von Protestkundgebungen ohne viel Federlesens einzusperren und andere einzuschüchtern.

Im Alltag entscheidet die Staatsanwaltschaft nach einem Telefonat mit dem Polizeikommissariat über die Anwendung des Eilverfahrens, ein Sozialarbeiter versucht, sich mit einem Anruf bei einem Familienangehörigen oder dem Arbeitgeber über den Angeklagten zu erkundigen. Ein Pflichtverteidiger lernt seinen inzwischen schon erschöpften Mandanten während eines in der Regel zehnminütigen Gesprächs kennen. Opfer einer Straftaten werden wenige Stunden vor der Verhandlung eingeladen. Das Gericht hört sich im Halbstundentakt einen Fall nach dem anderen an, dann zieht es sich, ebenfalls oft schon

la maison d'arrêt, sont faibles ou discutables. SDF, étrangers en situation irrégulière, jeunes en errance, toxicomanes, alcooliques, malades mentaux en situation précaire, ils n'ont guère d'arguments pour éviter le pire. L'enferment s'inscrit facilement dans ces parcours chaotiques. D'autant plus facilement que cette justice-là ne prend pas le temps de comprendre ou de tenter de comprendre le pourquoi des choses. Elle se limite au comment.“

Laut Observatoire international des prisons (*La comparution immédiate*, Paris, 2018) dauert eine *Comparution immédiate* samt Plädoyers durchschnittlich 29 Minuten, um über Strafmaße bis zu zehn Jahren Gefängnis zu entscheiden. 70 Prozent aller verhängten Strafen sind Haftstrafen. Bei der *Comparution immédiate* werden acht Mal so oft Gefängnisstrafen verhängt wie in traditionellen Verfahren. Die verhängten Haftstrafen bis zu sechs Monate nahmen binnen zwei Jahren um 22 Prozent zu.

„Plusieurs études montrent que les personnes jugées en comparution immédiate sont principalement des hommes, jeunes, peu insérés (sans logement ou sans logement propre, emploi précaire ou sans emploi); la majorité rencontre des problèmes de santé (dépendance, troubles psychiatriques); les personnes SDF ou étrangères sont surreprésentées par rapport à leur représentation dans la population“, so das Observatoire international des prisons. Die Mehrheit der Betroffenen sei bereits vorbestraft, doch „les études faites à Marseille, Nice, Paris et Toulouse montrent qu'entre 28 et 37 % des personnes traduites en comparution immédiate n'avaient pas de casier judiciaire. Les faits poursuivis en CI sont principalement des vols, des infractions à la législation sur les stupéfiants puis, dans une moindre mesure, des violences (très majoritairement sans interruption temporaire de travail) et des infractions routières (selon l'étude marseillaise).“

Produktivität Die Schnellverfahren gehorchen dem in der Justizpolitik eingeführten Produktivitätsideal des *Traitement en temps réel*, das der *Just-in-time*-Produktion der Industrie entspricht. Die Echtzeitbehandlung wird damit gerechtfertigt, dass die Gerichte entlastet, die Rechtssuchenden schneller bedient werden und die Strafen aus erzieherischen Gründen unmittelbar auf die Taten folgen sollen.

Die Ligue des droits de l'homme Toulouse bemängelt: „La parole du prévenu est ramenée à la portion congrue et les droits de la défense, malgré tous les efforts d'avocats bousculés, réduite au service minimum du procès équitable. 'Traitement en temps réel'? En réalité justice d'abattage.“ Das wäre dann das Spiegelbild der so genannten Jahrhundertprozesse, wie desjenigen um die Bombenanschläge der Achtzigerjahre, der 30 Jahre nach der Terrorwelle aufgenommen wurde, anderthalb Jahre dauerte und seither unterbrochen ist, bis der letzte Verdächtige der Altersdemenz verfallen oder mit Orden und Uniform begraben ist.

und das durch die praktischen Umstände eingeschränkte Recht auf Verteidigung sollen endgültig den von den liberalen Regierungsparteien hofierten Mittelschichten und wohlhabenden Klassen vorbehalten werden.

Die Ligue des droits de l'homme Toulouse fasst in ihrer Studie zusammen: „La population de la comparution immédiate est une chair à prison: dans cette justice des pauvres et des sans grade, les ‚garanties de représentation‘, sésame pour éviter

Jessica Thiels

hen, beziehungsweise ein halbes Jahr Haft, wenn die Verdächtigen auf frischer Tat ertappt wurden.

Vom Eilverfahren ausgeschlossen sind „des délits comme ceux touchant la délinquance financière, et de manière plus générale, la délinquance 'en col blanc'“, bemerkte die Ligue des droits de l'homme Toulouse 2012 in ihrer Feldstudie *Comparutions immédiates: quelle justice?* Ausgenommen sind



Syrien

Amerikaner gehen, Türken kommen



Ein US-Soldat demonstriert den Gebrauch einer Panzerfaust in Tanf, Syrien

Cem Sey, Berlin

Wenige Tage vor Weihnachten, am 19. Dezember, kündigte US-Präsident Donald Trump den Rückzug des kleinen US-Militärkontingents in Syrien an. Mit seiner unerwarteten Initiative erschütterte Trump nicht nur die US-Hauptstadt, sondern auch den Mittleren Osten. Denn die US-Truppen in Syrien sind mit den örtlichen Kurden verbündet. Daher ergeben sich berechnete Fragen zur Zukunft der Kurden. Wichtiger Akteur in der Kurdenfrage ist die Türkei. Deshalb wird ebenso laut gefragt: Was macht die dortige Regierung?

Diese Frage ist vor allem für Europa wichtig. Denn mit ihrer tiefgehenden wirtschaftlichen Verflechtung mit Europa, mit Millionen von türkischen Staatsbürgern, die seit Jahrzehnten mehr oder weniger integriert in europäischen Ländern leben, und mit ihrer Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur ist die Türkei schon lange ein kaum trennbarer Teil des alten Kontinents.

So einfach es ist, die Bedeutung des Landes am südöstlichen Rand Europas zu erklären, desto schwieriger ist es, die Frage zu beantworten, wie sich das Land außenpolitisch entwickeln wird. Denn hier spielen viele Faktoren mit. Die türkische Innenpolitik ist dabei nur am Rande wichtig. Mehr Gewicht hat der enorme Migrationsdruck Richtung Europa, der durch den Bürgerkrieg in Syrien entstanden ist und weiter anhält. Vor allem aber sind es die globalen und regionalen geo-strategischen Justierungen, die das Verhalten der Türkei bestimmen, in dem sie dem Land zum Teil ihre Grenzen zeigen

und zum Teil mehr Bewegungsraum gewähren. Die richtige Frage lautet daher: Welchen Handlungsspielraum hat die türkische Regierung überhaupt?

Seit der Rückzugserklärung Trumps rollen türkische Panzer an der türkisch-syrischen Grenze entlang hin und her. Artillerie wird in Position gebracht. Kommandoeinheiten der türkischen Armee bereiten sich auf einen Angriff auf kurdischen Stellungen in Nordsyrien vor. Das alles wird begleitet von verbal aggressiven Auftritten nicht nur des autokratischen Führers in Ankara, dem Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan, sondern von weiteren türkischen Politikern, von denen keiner im Ausland wirklich Notiz nimmt. Das martialische Auftreten hängt mit dem Wahlkampf zusammen: Am 31. März werden alle Bürgermeister des Landes neu gewählt.

Dadurch wird die militärische Vorbereitung nicht ungefährlicher – vor allem für die syrischen Kurden, die seit 2011 nicht nur den syrischen Bürgerkrieg aus ihrem Territorium fernhielten, sondern auch die Angriffe der brutalen Schlächter von IS abwehrten und sie schließlich aus dem Nordosten Syriens größtenteils vertrieben. Denn Ankara betrachtet die kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD), die in Nordsyrien herrscht, als eine Terrororganisation.

Die PYD ist nicht nur Ankara ein Dorn im Auge. Auch vielen westlichen Beobachtern gefällt nicht, was die PYD in den von Kurden besiedelten Gebieten macht. Sie ist links-sozialistisch und versucht in dem von ihr kontrollierten Gebiet eine Art Basisdemokratie einzurichten. Dass die dortigen Kurden seit Jahren in der Hölle des auseinanderbrechenden Nahen Ostens überleben, verdanken sie vor allem ihrer klugen Bündnispolitik: Die PYD hat nicht nur die USA zum Verbündeten, sondern koalitiert mit den größten arabischen Stämmen in den unsäglichen Wüsten Ostsyriens. Sie hält gute Kontakte sowohl zu Israel, als auch zu Russland und den arabischen Staatenblock um Saudi-Arabien. Die Türkei möchte die PYD nun ein für allemal erledigen, weil sie ein erfolgreiches Beispiel für die eigenen Kurden zu werden droht.

Allerdings kann Ankara einen solchen Schritt nicht machen, ohne die regionalen und globalen Bedingungen zu berücksichtigen. Diese haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend als unberechenbar erwiesen. Das zwingt nicht zuletzt die türkischen Machthaber oft zu spontanen Entscheidungen. Als 2011 der Bürgerkrieg im benachbarten Syrien ausbrach, mischte die Türkei kräftig mit. Die Rechnung in Ankara war, grob zusammengefasst, dass der Westen militärisch eingreifen und dann dem Nato-Verbündeten zumindest die politische Kontrolle in der Region überlassen würde. Diese irrierte Annahme kommt von der falschen aber festen Überzeugung im Nahen Osten, dem Westen sei lediglich die Kontrolle des Erdöls wichtig.

Durch die vielen dramatischen Wendungen der Schlacht um die syrische Wüste verlor Ankara zunächst durch die russische Einmischung die militärische Auseinandersetzung, orientierte sich dann neu, durch ihre Teilnahme am russisch initiierten Astana-Prozess zur Befriedung Syriens und erarbeitete sich schließlich einen neuen

Mit ihrer Rückzugserklärung machen die USA deutlich, dass sie damit leben können, wenn die Türkei ihren Einfluss in Nordsyrien ausdehnt – auf Kosten der dort lebenden Kurden

Platz am Tisch, wenn auch mit stark revidierten Ambitionen. Heute verfolgt Ankara in Syrien hauptsächlich drei Ziele: die militärische Beherrschung Nordsyriens, eine politische Führung unter ihrer Kontrolle im gleichen Gebiet und eine möglichst breite Beteiligung der Muslimbrüder an der zukünftigen politischen Architektur Syriens. Die Träume der türkischen Herrscher, ihr Land könne sich in diesem Chaos von globalen Kräften lösen und selbst zum „Global Player“ werden, haben sich vielleicht (noch) nicht verwirklicht. Trotzdem sind sie weit gekommen. Die kurdische Herrschaft in Nordsyrien geht wohl bald zu Ende. Denn die PYD ist nun gezwungen, sich entweder mit dem syrischen Regime zu einigen und ihm die Macht zurückübertragen oder sie wird vernichtet durch einen türkischen Militäreinsatz – oder vielleicht beides.

Die USA machen mit ihrem Rückzugserklärung deutlich, dass sie mit diesen Lösungen leben können. Russland und sein Protegé Baschar Assad sind auch einverstanden, weil sie sehen, dass dadurch auch ihr Einfluss größer wird. Was Deutschland und Frankreich während des Syrien-Gipfels in Istanbul mit den Türken und Russen vereinbarten, ist bis heute nicht bekannt. Doch Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte bereits während ihres Besuches in der Türkei in November 2015 einem türkisch-besetzten Nordsyrien grünes Licht gegeben. Dass alle die Einheit Syriens betonen, kann als ein starkes Zeichen für das Ende der kurdischen Träume gesehen werden.

Wird also die Türkei am Ende des Spiels doch als Sieger aus dem Feld gehen? Das ist sehr fraglich. Denn die regionale Dynamik entwickelte sich in den vergangenen Jahren gegen Ankara. Die meisten arabischen Staaten schufen eine Allianz gegen sie und ihren indirekten Bündnispartner Iran. Außerdem führte das Gedränge zwischen Russland, USA und der EU – das weiterhin einflussreiche Großbritannien nicht zu vergessen – auf der Weltbühne, unter anderem auch im Nahen Osten, längst nicht zu einem neuen Gleichgewicht. Das türkische Regime wird also weiterhin spontan handeln und die Risse zwischen verschiedenen Blöcken ausnutzen müssen.

Deutschland

Dicke Luft

Martin Theobald, Berlin

Ein Selbstversuch: Welche Umweltbilanz bringt der Transfer vom Findel in die deutsch-luxemburgische Grenzregion an einem Sonntagnachmittag im Dezember? Es regnet. Der Bus der Linie 16 fährt pünktlich am Luxemburger Flughafen vor. Das Ticket ist schnell, aber nicht intuitiv zu lösen. Gemessen für luxemburgische Lebenshaltungskosten ist der Einzelfahrschein sehr günstig, im europäischen Vergleich günstig. Der Bus ruckelt durch die Stadt. Knapp eine halbe Stunde ist veranschlagt von A nach B – wobei B den Hauptbahnhof meint. Es hüpft und rauscht der Bus durch die Stadt. Brems. Wird ausgebrems. Kommt voran. 30 Minuten. Am Bahnhof hält der Omnibus irgendwo. Nur nicht in Bahnsteignähe. Tickets nach Deutschland können am Automaten ausschließlich nach Trier gelöst werden. Dann ruckelt der Bus durch das Großherzogtum. Gemächlich. Der Weg ist das Ziel. In Trier strandet man an einem Gleis im Norden, um im Süden weiter reisen zu dürfen. Aber das sind Belange der Deutschen Bahn. Nicht des ÖPNV in der Großregion. Der Wille zur Umweltentlastung ist groß. Das Angebot schmal.

So auch in Stuttgart. In der Stadt gilt seit dem Neujahrstag ein Fahrverbot für Diesel. Dabei wurde

beschlossen und verkündet: Stuttgart führt als erste deutsche Großstadt ein Diesel-Fahrverbot für eine gesamte Umweltzone, das ist in der Regel die Innenstadt, ein. Sie gelten zunächst nur für ältere Diesel, die nicht die Abgasnorm „Euro 5“ schaffen. Für Einwohner gelten die Verbote erst ab dem 1. April. Darüber hinaus gibt es reichlich Ausnahmen, etwa für Handwerker oder Omnibusse. Zudem kündigten Polizei und Stadt an, bei Verstößen zunächst eine Weile ein Auge zuzudrücken. Die baden-württembergische Landeshauptstadt kämpft seit Jahren gegen eine zu hohe Belastung der Luft mit Schadstoffen. Verstärkt durch die topologische Kessellage werden die EU-Grenzwerte immer wieder überschritten. Während die Belastung durch Feinstaub zuletzt besser wurde, liegen die Werte bei Stickstoffdioxid meist noch weit über dem Grenzwert. Quelle für Stickstoffdioxid ist vor allem das Auto.

Nun sollen Fahrverbote für sauberere Luft sorgen. Betroffen vom Stuttgarter Fahrverbot sind alle Kraftfahrzeuge mit Dieselmotoren der Abgasnorm Euro 4 und schlechter. Diesel mit der Abgasnorm ab Euro 5 sind von dem Verbot noch ausgenommen. Von den jetzt geltenden Einschränkungen sind nach Angaben eine Stadtsprecherin rund 72 000 Autos in Stadt und Umland betroffen. Stuttgart ist die bundesweit erste Stadt, in der das Fahrverbot ganzjährig in einer kompletten Umweltzone gilt – also im gesamten Stadtgebiet. Das Fahrverbot gilt ab 1. Januar 2019. Für Einwohner der Stadt gibt es eine Übergangsfrist. Ab April gilt das Verbot dann auch für sie. Doch Ausnahmen gibt es jede Menge. Neben dem Lieferverkehr sind Handwerker und Krankenwagen, Polizei und Katastrophenschutz ausgenommen. Für Wohnmobile, Reisebusse oder Arztbesuche können Ausnahmen beantragt werden. Auch Einpendler und Touristen dürfen von der Ausnahmeregelung profitieren.

Ein Verbot mag gut sein, doch wer genau kontrolliert das Verbot? Eigentlich ist die Polizei für den rollenden Verkehr zuständig. Sie plant aber zunächst keine gezielten Kontrollen. In der Schwabenmetropole Diesel-Sünder sind sozusagen Beifang. In der Umweltzone stehende Fahrzeuge werden von städtischen Mitarbeitern überprüft, aber auch nur dann, wenn durch Diesel-Kennzeichnung am Kofferraum oder äußere Merkmale eine Überprüfung nahe liegt – oder wenn sie durch Falschparken auffallen und ohnehin ein Bußgeldverfahren läuft. Größter Schwachpunkt ist dabei, dass für die Umweltzone deutscher Städte zugelassene Diesel-Kraftfahrzeuge gar nicht gekennzeichnet sind. Zwar hätten Land und Stadt gerne eine blaue Plakette ergänzend zur grünen, gelben und roten gehabt, doch Berlin war dagegen. Die

Idee einer speziellen Stuttgart-Plakette zur besseren Kontrolle der Fahrverbote wurde wegen des enormen Aufwands verworfen. Bleibt das Problem: Rein äußerlich ist die Euronorm nicht zu erkennen.

Wer erwischt wird, muss zahlen: Verstöße gegen das Verbot werden mit einem Bußgeld von 80 Euro geahndet. Rechtsgrundlage ist das Bundesemissionschutzgesetz. Zusätzlich Gebühren und Auslagen erwartet den Sünder eine Rechnung in Höhe von 108,50 Euro. Wichtiger für den deutschen Autofahrer ist jedoch: Es gibt keinen Punkteintrag im Fahrerlaubnisregister.

Pendler werden in Stuttgart vom 1. Januar an, Einwohner mit Fahrzeugen mit S-Kennzeichen



Plus de recul

Découvrez le Lëtzebuerges Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

.....

192

ticker

.....

Abtzee vs Gramegna



« Les agents de la BCEE bénéficient d'un statut qui est proche, mais non identique à celui des fonctionnaires et employés de l'État ». Dans leur réponse à une question parlementaire posée par le député David Wagner (Déi Lénk), le ministre de la Fonction publique, Marc Hansen (DP), et le ministre des Finances, Pierre Gramegna (DP), expliquent pourquoi les agents de la Spuerkeess ne pourraient prétendre à voir s'appliquer intégralement l'accord salarial de la fonction publique signé en 2015. Les ministres citent la loi de 1989 sur la BCEE qui stipule que « les conditions générales du statut [peuvent] exceptionnellement et dans l'intérêt du bon fonctionnement des services bancaires de l'établissement, déroger par rapport au statut général des employés de l'État ». Fin novembre, l'APBCEE (prononcez « abtzee », pour « Association du personnel de la Banque et Caisse d'Épargne de l'État Luxembourg »), une organisation qui dépend de la CGFP, avait mobilisé quelque 250 personnes pour un piquet de protestation, place de Metz (photos : sb). Une telle manifestation devant la banque d'État était une première

historique. Pour la CGFP, il s'agit d'une question de principe ; le président du syndicat de la fonction publique, Romain Wolff, craignant une « porte ouverte à l'arbitraire dans tous les établissements publics ». Les négociations entre la CGFP et les responsables de la Spuerkeess (le ministère des Finances et la direction de la banque) sont arrivées au point mort, les procédures de conciliation et de médiation n'ayant pas débloqué la situation. Le syndicat veut maintenant procéder à un sondage sur les propositions du médiateur auprès des agents de la BCEE. Les ministres et la direction assurent qu'ils « restent ouverts au dialogue ». bt

Knauf à Illange

Le 21 décembre, le préfet de la Moselle a signé l'arrêté autorisant la société Knauf Insulation à exploiter une fabrique produisant des isolants en laine de roche dans la « méga-zone » d'Illange (initialement destinée à des investisseurs chinois qui ne se sont jamais matérialisés). Dans cette commune bordant Thionville, une initiative citoyenne s'est formée sous le nom « Stop Knauf Illange » (SKI) pour mobiliser contre l'établissement de la firme allemande. Le 23 décembre, vêtus de gilets verts, une petite centaine de militants de SKI s'étaient ainsi installés en face du chantier brandissant des livres rouges : des éditions du Code civil français.



Les « gilets verts » espèrent se faire soutenir par le gouvernement luxembourgeois et plus précisément par

Carole Dieschbourg, la ministre verte de l'Environnement (photo :sb). SKI vient de lui adresser une lettre dans laquelle l'association loue ses « efforts [qui] avaient réussi à éviter [l'installation de Knauf] aux communes de Sanem et de Differdange, et à votre pays ». « Nous n'ignorons pas qu'il n'est pas d'usage qu'un gouvernement se mêle des affaires intérieures d'un autre pays, y compris dans l'UE, poursuit SKI. Néanmoins, compte tenu de la proximité géographique de cette source de nuisances dont vos concitoyens auront peu ou prou à pâtir également, il nous semble souhaitable que par votre voix les autorités luxembourgeoises expriment leur réaction ». bt

Kussbus,



la start-up luxembourgeoise de mobilité, se retire discrètement du marché français après à peine trois mois de présence. Lancée fin septembre, la flotte de minibus faisait huit fois par jour la navette entre Thionville (Metzervisse) et le plateau du Kirchberg. Depuis hier, 3 janvier, les bus ne circulent plus. Les usagers lorrains ont été informés de cette suppression avant les fêtes de fin d'année. En collaboration avec la société Voyages Emile Weber, Kussbus leur avait promis un taxi collectif desservant une série d'arrêts (dont l'emplacement est calculé par algorithme) ; le tout au prix de cinq euros le trajet. Le service de porte-à-porte avait fait couler beaucoup d'encre, notamment dans la presse lorraine. Le maire de Hettange-Grande avait même prié les jeunes dirigeants de la start-up de prévoir un arrêt dans sa ville. Contactée par le *Land*, la responsable communication de Kussbus explique l'abandon de la ligne française par un choix « tactique » de concentrer les ressources de la start-up (douze salariés, en majorité des développeurs informatiques) sur un « appel d'offres européen ». La ligne belge, qui relie Habay-Arlon au Kirchberg, sera maintenue. bt

Confiserie Namur SA

Namur, la vieille dame de la pâtisserie luxembourgeoise, a connu un moment de répit. D'après le bilan pour l'année 2017, déposé le 24 décembre au Registre de commerce et des sociétés, la confiserie n'aura fait que 4 500 euros de pertes. Elle semble donc s'éloigner de la crise qu'avait déclenchée son déménagement dans la zone industrielle de Hamm et qui s'était soldée par 1,3 million d'euros de pertes en 2007, 1,5 million en 2008, 562 000 en 2009, 590 000 en 2010 et 260 000 en 2011. Entre 2012 et 2014, Namur était sorti du rouge (18 000 euros de bénéfice en 2012, 48 000 en 2013 et 65 000 en 2014). En 2015 et 2016, l'entreprise y replongeait, quoique pas profondément, affichant des pertes de 184 000, respectivement 12 000 euros. Dans son bilan 2017, la firme note sous la rubrique « going concern » : « Sur base des projections d'activités pour les exercices 2018, 2019 et 2020 faites par le management de la société [...] tenant compte d'un maintien des marges, d'une augmentation constante du chiffre d'affaire, de la stabilité des frais du personnel hormis l'indexation légale, tenant compte de la disponibilité de lignes de crédit pour un montant de 1,36 million d'euros jusqu'au 31 décembre 2018, le management estime que la société est tout à fait à même de faire face à ses engagements financiers jusqu'au 31 décembre 2018. Le management est confiant d'atteindre ses buts et a pour intention d'obtenir la prorogation de lignes de crédit suffisantes à assurer la pérennité de son financement au-delà du 31 décembre 2020. » (photo :pg) bt



ce sont, exprimés en millions d'euros, les recettes et dividendes générés en 2018 par les participations directes de l'État dans des sociétés commerciales. Un montant qui est en recul par rapport aux dernières années (201 millions d'euros en 2015 ; 205 en 2016 ; 224 en 2017). Voilà ce qui ressort d'une réponse du ministre des Finances, Pierre Gramegna (DP), à une question parlementaire posée par le député CSV Serge Wilmes. D'après le *Recueil des participations* établi par la Trésorerie, l'État détient des actions dans Arcelor-Mittal (1,27 pour cent), BNP Paribas (1,03), BGL (34), BIL (9,99), SES (11,57), Cargolux (8,3) ou encore Luxair (39). Exacerbé suite à la crise bancaire de 2008, ce capitalisme d'État reflète le manque chronique de capitaux privés luxembourgeois. L'interventionnisme économique était né de la crise sidérurgique lorsque, via la souscription d'obligations et d'actions, l'État était devenu, à son corps défendant, le principal actionnaire de l'Arbed, détenant à un moment 42,9 pour cent de cette entreprise systémique. bt

.....

Dans le livre célébrant le centenaire de la Fedil, l'historien Charles Barthel fait l'éloge de l'autoritarisme patronal

Les patrons contre « la plèbe »

Bernard Thomas

Pour clôturer son centième anniversaire, la Fédération des industriels luxembourgeois (Fedil) vient de publier une monographie (*Tous les défis du monde*, Maison moderne, 160 pages) dont le ton réactionnaire frise le comique. La Fedil avait passé commande à l'historien Charles Barthel, lui donnant carte blanche. Celui-ci a choisi de se concentrer sur l'émergence du lobby patronal, c'est-à-dire les années 1917 à 1921, la période des crises politiques, diplomatiques, dynastiques et sociales. L'antagoniste de son récit, ce sont les syndicats : « Krier et compagnie », « Krier et consorts ». Le livre se lit comme un long dérapage syndicalophobe. Sous la plume de Barthel, le syndicaliste socialiste Pierre Krier se transforme en grand manipulateur de l'histoire sociale, un « agitateur socialiste », épaulé de « têtes brûlées » et d'« une poignée d'illuminés communistes ».

À l'écoute de ses discours, les ouvriers sont « ensorcelés » et se transforment en « caïds locaux ». En 1920, les « bonzes » syndicaux deviennent de plus en plus « effrontés », estime Barthel. Le péril rouge menace : les comités d'entreprise sont exposés à « l'intoxication, dirigée en arrière-plan par l'entremise des démagogues de la centrale syndicale ». D'un côté « les outrances des leaders syndicalistes à la Pierre Krier, Adolphe Krieps ou Pierre Kappweiler », de l'autre la Fedil « une organisation de combat contre la déraison prolétarienne ». Cette approche *top-down*, escamotant la base syndicale, dominait déjà *100 Joer fräi Gewerkschaften* (2016) : Ouvrage collectif publié par l'OGBL résumait largement l'histoire syndicale à l'histoire de son bureau exécutif.

Emporté par ses propres formules et formulations, Charles Barthel a fini par pondre une apologie de l'autoritarisme patronal. C'est donc un livre de combat que publie la Fedil à l'occasion de son centenaire. Et ceci à un moment où l'organisation patronale tente de se profiler comme « smart » et « positive ». « Nous ne sommes pas un club de vétérans, mais l'avenir », clamait ainsi son président Nicolas Buck au début 2018. La nouvelle Fedil chercherait une « relation moins conflictuelle avec le pouvoir », évitant les sujets qui fâchent (index ou salaire social minimum), et communiquant sur la recherche de talents et les défis de « l'hyper-industrie ». Barthel n'a cure de cette bienséance post-moderne. Il écrit ce que ce que de nombreux entrepreneurs se disent entre eux, loin des micros.

Charles Barthel adopte exclusivement la perspective patronale au point de se confondre avec elle. Du coup, sa fable sonne comme un acte de ventriloquie. Début décembre, lors de la présentation du livre, Nicolas Buck pensait féliciter Barthel : « Ce qui est intéressant, c'est qu'il va se mettre à la place des protagonistes. Il va presque penser pour eux et interpréter leur stratégie. » Mais pour l'historien, interpréter le silence des morts (ou parler à leur place) est un exercice périlleux. Surtout si l'état des sources est, comme le concède Barthel, « lacunaire ». Son histoire, avertit-il le lecteur dès l'introduction, risquerait de « demeurer fragmentaire ». Au niveau des sources, le livre de Barthel est même en recul par rapport à des publications antérieures. La plaquette commémorative parue en 1993, à l'occasion du 75^e anniversaire de la Fedil, citait ainsi les procès-verbaux des premières assemblées du lobby industriel qui sont « introuvables dans l'intervalle ». Du coup, on bute sur beaucoup de conjectures et d'hypothèses.

Avec son livre sur la Fedil, Barthel s'avance pour la première fois sur le terrain de l'histoire sociale. D'entrée, il dénonce les « au-

Charles Barthel joue au ventriloque des patrons du début du siècle. Sa haine des syndicats n'a d'égale que sa vénération des « grands hommes »

teurs de la gauche » qui adopteraient « la seule perspective des classes laborieuses en faisant preuve d'une remarquable indulgence à l'égard des excès commis par celles-ci » et traiteraient les patrons comme « têtes de turc dont les exactions sont vilipendées sans pardon ». Barthel veut « apporter des nuances ». Et de prévenir que ce révisionnisme ne sera « pas forcément du goût de tout le monde ». Il est frappant que Barthel ne cite à aucun moment les publications des historiens du mouvement ouvrier Ben Fayot, Jacques Maas, Frédéric Krier ou Denis Scuto. Le seul historien luxembourgeois qui se retrouve dans les notes de bas de page, c'est Gilbert Trausch, son mentor.

Barthel a fait carrière sous Trausch, dont il hérite en 2001 de la direction du Centre d'études et de recherches européennes Robert Schuman. En juin 2015, il est convoqué pour sept heures du matin au ministère de l'Enseignement supérieur et de la recherche. Le ministre Marc Hansen (DP) lui annonce sèchement que son institut sera dissous dans l'Uni.lu. Refusant de déménager à Belval, Barthel trouvera refuge aux Archives nationales. Il se réinventera en tant que polémiste, et ceci sur un sujet sur lequel il n'avait jamais fait de recherches : l'Occupation. (Alors qu'il a traité de l'industrie sidérurgique sous tous les angles, Barthel avait toujours manqué d'aborder la question de la collaboration économique.) En octobre 2015, il s'attaque violemment au « rapport Artuso », en s'en prenant à son auteur. Il tentait moins de convaincre le collègue que d'écarter l'ennemi, dont il affubla les recherches d'adjectifs comme « tollkühn », « abstrus », « ungeheuerlich » ou « schlicht surreal ». L'ancien délégué CGFP pensait défendre l'honneur de l'État luxembourgeois et de ses fonctionnaires accusés d'avoir collaboré à la persécution des Juifs.

Son empathie pour le monde ouvrier et sa sensibilité pour la question sociale tendent vers zéro. Sa haine des syndicats n'a d'égale que sa vénération des « grands hommes ». Ce réflexe était déjà perceptible dans ses articles anti-Artuso, où Barthel défendait bec et ongles Albert Wehrer, le chef de la Commission administrative entre mai et octobre 1940, et dans son livre jubilaire sur la Croix Rouge de 2014, où il censurait la grande dame Aline Mayrisch. Dans son histoire du monde patronal de l'entre-deux-guerres, le héros est Paul Wurth, le seul qui « semble garder son sang froid », alors que l'ancien monde s'abîme. Par moments, Barthel se met à

écrire l'histoire à la première personne du pluriel : Quelle chance, écrit-il, que Paul Wurth, « un des nôtres », ait participé à la élaboration de la convention exécutoire de l'Armistice.

Émile Mayrisch apparaît, lui, comme totalement dépassé par les événements, « faisant l'autruche » : « D'un homme sûr de son jugement, Mayrisch s'est métamorphosé en un pessimiste désappointé qui a l'air de ne plus savoir à quel saint se vouer ». Décidément, l'homme fort de l'Arbed n'a pas les faveurs de Barthel. « Mayrisch maîtrise à la perfection l'art de déléguer à autrui les besognes ingrates », note-t-il. En présidant à la formation du bloc de gauche (socialiste-libéral), il aurait commis une « erreur historique du point de vue patronal ». Mayrisch aurait « consommé l'énergie et les talents à se livrer à des prises de bec avec les cléricaux, au lieu d'entamer des réformes vraiment utiles ».

En 1918 tout est à réinventer. L'introduction du suffrage universel fait sauter le système des notables, alors que la défaite du Reich rend caducs les réseaux économiques avec l'Allemagne. Les libéraux perdent leur hégémonie politique au profit du parti catholique. (Un cycle qui se refermera exactement un siècle plus tard, lorsqu'à l'issue des législatives du 14 octobre 2018, le CSV finit par se rendre à l'évidence qu'il a bel et bien perdu la main-mise sur l'État.) La démocratisation, note Barthel avec un certain mépris social, aurait conduit la classe politique à céder au « chantage de la plèbe » et à « fayeroter pour se faire la coqueluche des quartiers populaires ». La « fraction de l'Arbed », qui occupait un cinquième des mandats à la Chambre des députés, fond comme neige au soleil.

Ne contrôlant plus le jeu politique, les patrons doivent se reformer en lobby. Le choc initial sera l'introduction de la journée de huit heures à salaire égal. Barthel évoque « une prise de conscience collective chez les chefs d'entreprises qu'ils sont les victimes d'une classe ouvrière qui s'est [et ici l'historien reprend un long passage issu d'un rapport de la Chambre de commerce de 1920] 'plongée avec délices dans l'oisiveté, les plaisirs immédiats et les jouissances faciles' ». Barthel cite cette tirade moralisatrice sans la problématiser ; pas un mot sur la condition ouvrière, les injustices sociales, l'expérience de la faim durant la Grande Guerre.

Charles Barthel est dans son élément quand il quitte le terrain des luttes sociales pour entrer dans les salons feutrés des barons du fer. Il relate les savantes combines et doubles-jeux intriqués déployés par Mayrisch et Wurth pour s'accaparer les complexes industriels allemands dans le canton d'Esch. Les sidérurgistes luxembourgeois jouent la carte française pour se prémunir d'une mise à sac par les maîtres de forges wallons. Afin d'avancer leurs intérêts, ils n'hésitent pas à « manipuler » l'opinion publique en faveur d'un rattachement douanier à la France ; quitte à retarder une union économique avec la Belgique qu'ils savent inévitable.

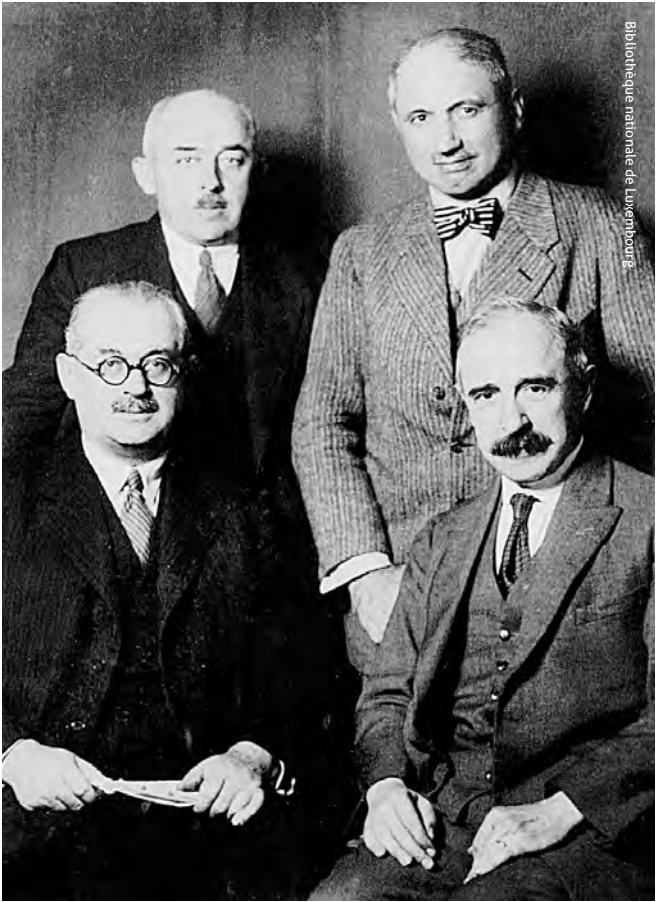
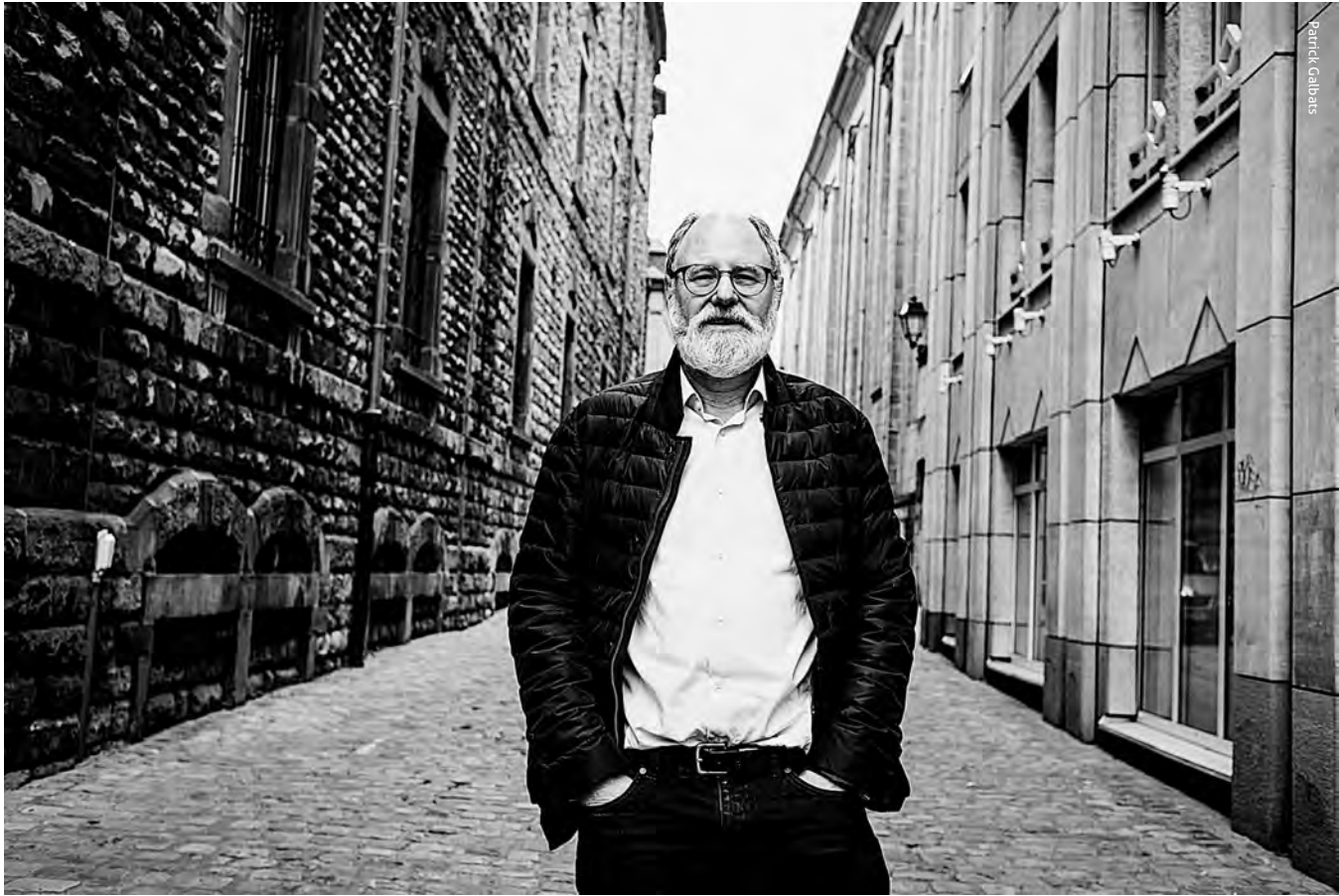
Le livre donne également un aperçu des divisions internes du microcosme patronal. Barthel s'étonne de ce que les grands chefs de la sidérurgie n'aient pas été conviés à la première assemblée du nouveau lobby. Paul Wurth y expliquera qu'on voulait éviter la venue des industriels allemands dont on tente justement de se distancier aux yeux des Alliés. Mais, estime Barthel, les petits patrons se seraient fièrement méfiés des barons du fer et de leur omnipotence. « On sait qu'ils sont des toulousiens à tout au penchant er-

goteur, toujours empressés de faire prévaloir leur autorité. » Afin de ne pas rendre trop évidente la suprématie de l'Arbed, la Fedil veillera toujours à se doter d'un président non-issu de la sidérurgie. À l'opposé de la Chambre de commerce qui, d'Édouard Metz à Michel Wurth, en passant par Aloyse Meyer, Tony Neuman et Joseph Kinsch, reste dominée jusqu'à aujourd'hui par les cadres de la sidérurgie. Après la Seconde Guerre mondiale, les patrons de la sidérurgie renoncent définitivement à une représentation directe au Parlement. « Alors que l'Arbed étend son emprise sur l'économie, elle comprend quelle doit se désengager sur le plan politique », notait Gilbert Trausch dans la monographie publiée en 1993 par la Fedil.

Barthel nuance son discours antisyndical lorsqu'il évoque l'écrasement brutal de la grève de 1921 par les troupes d'occupation françaises, une « action peu glorieuse » selon lui. Or, il fait tout pour dédouaner les patrons luxembourgeois. Il « médite » la question – « sous réserve des conclusions d'une recherche méticuleuse qui reste à mener » – si la responsabilité de la répression ne serait pas « imputable à la harangue de résidents étrangers plutôt que de sujets autochtones ». Et de pointer – sans donner de preuves – en direction du directeur général de la Hadir, l'ancien chef militaire Gabriel Maugas, un Français. Cette interrogation l'amène à construire l'« hypothèse » d'une dichotomie entre patrons luxembourgeois et « hard liners » étrangers, « peu sensibles aux us et coutumes de leur pays d'accueil ».

Dans sa conclusion, Barthel finit par se réaligner sur le *mainstream* historiographique : Après 1921 vient le temps d'une « Fedil assagie », réorientée vers « une culture du consensus » et « l'élaboration pragmatique de compromis ». En 1993, Paul Margue, qui incarne l'historiographie chrétienne-sociale, avait le premier raconté l'histoire de l'organisation patronale sous le titre « la Fedil au service de la nation », adoptant une téléologie aboutissant au partenariat social. La « connivence sociale » aurait « maintenu le prestige du dirigeant d'entreprise sans verser dans l'ostentation du luxe », écrit Margue en bon catholique. S'il évoque les confrontations sociales des années 1917-1921, c'est comme égarements d'« esprits hardis et irréfléchis ». Après la défaite de 1921, tout rentre dans les voies ordonnées. « Les syndicats faisaient l'apprentissage de la modération, de l'opportunisme et de la revendication latente ». En 1936, les « esprits réalistes » parmi les patrons comprenaient qu'un rapprochement avec les syndicats valait mieux qu'une confrontation. Quinze ans après la cuisante défaite syndicale, Pierre Krier apparaîtra au patronat comme un interlocuteur « suffisamment accommodant ».

À lire Barthel, on ne penserait jamais que Pierre Krier, ce *cattivo maestro* de la période révolutionnaire de 1917-1921, deviendra le *spiritus rector* du « modèle tripartite », cette « clé de voûte conceptuelle d'une idéologie étatique nationale » (dixit l'historien Claude Wey). 1936 marque l'année où le monde ouvrier est intégré dans la nation luxembourgeoise. L'année suivante, Krier est nommé ministre du Travail. Il est l'un des architectes de l'alliance Parti de la droite (CSV)/Parti ouvrier (LSAP) qui structurera le paysage politique pour les décennies à venir. En 1944, à son retour d'exil, il sera l'un des principaux garants de la Restauration politique et sociale. Dans l'histoire contemporaine, Pierre Krier apparaît donc comme une des grandes figures *staatterhaltend*.



Paul Wurth (à gauche), le premier président de la Fedil, est le grand héros du récit de l'historien Charles Barthel (milieu). Photo de droite : Les managers de l'Arbed Aloyse Meyer et Albert Calmes (assis) devant le directeur de la Fedil, Emile Etienne, et Arthur Kipgen

Des services de paiement à une offre bancaire complète

Les néobanques attaquent



Les seules fintechs qui tirent leur épingle du jeu sont celles qui répondent à des besoins exprimés par un large public, comme les services de paiement

Georges Canto

Devenir l'Amazon des services financiers, rien de moins. Telle est l'ambition affichée par la société britannique Revolut : déjà active en tant qu'établissement de paiement, elle est allée chercher en Lituanie un agrément en tant que banque, ce qui, par le jeu du « passeport européen » lui permettra d'exercer comme telle dans l'ensemble des pays de l'UE.

Dans la « forêt de bonsaïs » des fintechs (voir le *Land* du 7 décembre), les seules qui tirent leur épingle du jeu sont celles qui répondent à des besoins exprimés par un large public, comme précisément les services de paiement. C'est le créneau désormais occupé par les « néobanques », au nombre d'environ quarante en Europe, mais le décompte est imprécis du fait de l'arrivée constante de nouveaux acteurs, dont la moitié sont apparus depuis moins de deux ans.

Leur progression est spectaculaire : en France au premier semestre 2018, selon une étude publiée en novembre par KPMG, elles ont représenté 34 pour cent des ouvertures de comptes courants avec un rythme de 23 000 nouveaux comptes par semaine. Si ce rythme a été tenu au second semestre, le nombre de comptes actifs aura dépassé les deux millions à la fin de l'année écoulée.

Le PDG d'Orange, Stéphane Richard, déclarait en novembre 2017, au moment du lancement de sa banque mobile, vouloir « faire la révolution numérique que les banques n'ont pas faite ». De fait, les néobanques ont l'ambition affichée de transformer radicalement l'expérience des clients des banques, grâce en premier lieu des processus d'entrée en relation simples et rapides (quelques minutes suffisent pour ouvrir un compte). Leur offre est pour l'instant très basique, se réduisant le plus souvent à la réception et l'émission de virements et à une carte bancaire généralement prépayée permettant d'effectuer des paiements et retraits localement et à l'étranger.

Mais l'offre est performante (paiement par mobile, transferts en devises, informations en temps réel) et accessible à des publics délaissés ou « mal traités » par les établissements traditionnels. Les néobanques proposent aussi des modèles de tarification clairs et transparents, même si elles ne sont pas forcément les moins chères comme le montrent les comparatifs publiés par les associations de consommateurs ou les sites spécialisés. Par rapport aux banques en ligne, apparues il y a une vingtaine d'années grâce à Internet, l'accent est davantage mis sur les apports de la technologie, la simplicité et la qualité du service. Le point commun est la relation à distance.

Cependant selon une étude publiée en octobre par l'ACPR, homologue française de la CSSF, il existe au sein des néobanques deux modèles d'affaires distincts. Le premier, très présent en France par exemple, concilie relation à distance et réseau physique. C'est le cas du Compte Nickel, lancé en 2013 sur la base d'un partenariat avec les bureaux de tabac. Autre exemple, le compte C-Zam de Carrefour (2017) que l'on ouvre

Les néobanques intéressent surtout les personnes aux revenus modestes et les « millennials » en quête d'autonomie et de praticité

après avoir acheté dans un des 3 000 points de vente de l'enseigne, au prix de cinq euros, un coffret contenant une carte Mastercard inactive et les instructions. Orange Bank (2017) s'appuie principalement sur les boutiques de téléphonie Orange, où sont recrutés soixante pour cent des clients. C'est également le modèle prévu par la Banque Postale qui lancera cette année Ma French Bank, où l'entrée en relation pourra se faire dans les bureaux de poste.

Tout en permettant l'accès à un vaste gisement de clients potentiels, « l'appui sur un réseau préexistant permet généralement de réduire les coûts d'acquisition de la clientèle. Pour les groupes Orange et Carrefour, c'est également une façon de fidéliser leurs clients, d'établir une nouvelle source de revenus et de mieux rentabiliser leur réseau de distribution », écrit l'ACPR.

Le second modèle d'affaires est celui des sociétés proposant des offres exclusivement mobiles centrées depuis l'origine sur les services de paiement. C'est le plus répandu, avec en *pole position* dans pratiquement tous les pays où ils sont présents, Revolut, à l'origine établissement de monnaie électronique britannique et N26, établissement de crédit allemand. Il s'agit d'acteurs puissants commercialement (ils totalisent six millions de clients dans le monde) et financièrement : début 2018, N26 a levé 160 millions de dollars de capital, apportés notamment par Allianz et Tencent ; et Revolut en a collecté 250 auprès de gros fonds de capital-risque. Misant beaucoup sur le « marketing viral » (bouche-à-oreille, réseaux sociaux, médias) ils s'appuient sur leur expérience domestique pour pénétrer les marchés étrangers.

C'est d'ailleurs une des particularités de cette activité : alors que dans la banque traditionnelle, et même dans la banque en ligne, les acteurs étrangers sont très minoritaires quel que soit le pays concerné, ils ont occupé d'entrée une place éminente dans le monde des néobanques.

Le paysage européen présente d'autres caractéristiques originales. Il est fortement concentré, avec dans chaque pays deux ou trois acteurs dominants, souvent adossés à des groupes importants, mais qui ne sont pas forcément issus du monde financier (distribution, télécom). En France par exemple, sur une

quinzaine d'entités, seul Compte Nickel appartient à une banque (BNP Paribas).

Mis à part Revolut, qui propose une « formule business », la clientèle des néobanques est presque exclusivement composée de particuliers. Selon KPMG, elle se divise en trois catégories : les personnes aux revenus modestes ou confrontées à des difficultés financières, celles qui souhaitent des services bancaires innovants sans renoncer à leur banque traditionnelle et les « millennials » en quête d'autonomie, de rapidité, de praticité et d'indépendance. Elle exprime souvent des besoins spécifiques ou temporaires (voyages ou séjours à l'étranger, comptes pour le commerce électronique, cagnottes etc.).

Les jeunes restent majoritaires (la moyenne d'âge est inférieure à trente ans) car ce sont à la fois les publics les plus à l'aise avec les *smartphones*, les plus mobiles et les moins fortunés. Mais la structure du fonds de commerce semble évoluer rapidement avec un profil de clientèle de plus en plus comparable aux autres banques, et davantage à la recherche d'une relation moins ponctuelle.

Pour autant, si elles se différencient des autres fintechs par la taille de leur marché potentiel, la plupart des néobanques partagent malheureusement avec elles une caractéristique fâcheuse : une faible rentabilité. Malgré la forte progression des ouvertures de compte, elles peinent à atteindre une masse critique de clients, d'autant qu'elles sont prises dans un effet de ciseaux.

D'un côté, leurs revenus restent modestes, compte tenu à la fois de la pénétration encore limitée du concept (en France, deux millions de comptes courants sur un total d'environ 80 millions, soit 2,5 pour cent) et de leur positionnement *low cost*. Leur politique tarifaire est agressive et fait une large place aux primes de bienvenue ou de parrainage, qui, si elles sont efficaces commercialement, plombent le chiffre d'affaires. Les revenus sont en très large majorité (80 à 90 pour cent) issus d'une minorité de clients (vingt pour cent environ) et fortement dépendants de la marge d'intérêt sur les dépôts, forcément très comprimée en période de taux bas.

D'autre part les néobanques doivent faire face à de lourds investissements dans différents domaines. Pour compenser l'absence d'un réseau physique et le déficit de notoriété, des dépenses significatives en marketing doivent parfois être consenties. Le coût du risque opérationnel est également un souci : fraude externe (sur les documents et les moyens de paiement) et problèmes liés à l'externalisation, compte tenu du nombre élevé de prestataires technologiques. Comme l'entrée en relation se fait à distance, elles doivent aussi faire preuve d'une vigilance particulière en matière de lutte anti-blanchiment.

Pour relever le défi de la rentabilité, la principale stratégie, portée notamment par les leaders Revolut et

N26, consiste à élargir l'offre actuelle de produits et de services. Pour Exton Consulting, les néobanques ont clairement « la volonté de construire une offre bancaire complète (découverts, crédits, *trading* actions), en concurrence frontale à terme avec les acteurs traditionnels » en utilisant le compte de paiement comme base de départ et en misant toujours sur le couple technologie-innovation. Cette stratégie permet à la fois d'approfondir la relation avec les clients existants et d'en conquérir de nouveaux, ce qui reste indispensable pour atteindre la taille critique nécessaire pour amortir la « base de coûts ».

La stratégie d'enrichissement de l'offre, avec éventuellement une montée en gamme (comme on le voit du côté des cartes de paiement) présente d'évidents avantages en termes de revenus et de « verrouillage » des clients. L'inconvénient majeur est le risque de dénaturer le concept d'origine. Les néobanques ressembleraient alors de plus en plus aux banques en ligne comme Boursorama ou ING Direct. Selon les autorités de tutelle, il devient d'ailleurs difficile de

faire la différence entre ces deux catégories d'acteurs. De plus, le risque de réaction n'est pas négligeable. Attaqués frontalement, les acteurs installés ont conçu des offres, souvent ciblées sur des publics précis (étudiants, retraités, personnes sans emploi) destinées à contrer les néobanques. Ils s'appuient sur leurs réseaux, leur notoriété, leur puissance commerciale et leur vaste gisement de clientèle.

De quoi faire planer une incertitude sur les perspectives de développement des néobanques. Pour s'affirmer, et assurer leur pérennité, elles doivent prouver leur capacité de tenir sur la durée leur promesse de fournir un service soigné et sûr, en se montrant irréprochables en termes d'expérience client. C'est le seul moyen d'accroître leur notoriété et surtout leur « capital confiance » auprès des clients et des prospects, ce qui permettra en retour d'augmenter le « panier moyen » dans les services de paiement, toujours au cœur du modèle (les transactions portent encore sur des petits montants) et de proposer des offres à plus forte valeur ajoutée.

Chronique Internet

Alerte anti-suicide

Jean Lasar

Dans quelle mesure les réseaux sociaux peuvent-ils, ou doivent-ils, participer à la prévention des suicides ? En 2014, l'organisation britannique Samaritans avait lancé une application dénommée Radar pour repérer sur Twitter les phrases comme « j'ai besoin d'aide » ou « j'en ai assez d'être seul » qui précèdent souvent des passages à l'acte et envoyer à leurs auteurs un email offrant de l'aide, mais avait dû renoncer à son initiative en raison des protestations du public. Dans un courrier révélé l'année suivante à la faveur d'une initiative faisant appel au « Freedom of Information Act », l'Information Commissioner's Office (ICO), l'organisme britannique de protection des données, avait estimé que le dispositif n'aurait sans doute pas été compatible avec les règles relatives aux données personnelles.

Aujourd'hui, c'est un effort entrepris non par une association, mais par Facebook qui pose question. En 2017, après des suicides diffusés en direct sur Facebook Live, Facebook avait mis en place un dispositif faisant appel à l'intelligence artificielle et aux alertes d'utilisateurs pour repérer les candidats au suicide. Mais à la différence du projet avorté des Samaritans, celui-ci consiste, après avoir identifié le lieu d'où émane l'appel à l'aide supposé, à alerter la police. Dans un premier temps, il l'avait déployé aux États-Unis, avant de l'étendre au reste du monde – mais en excluant l'Union européenne, « trop sensible » selon la firme de Mark Zuckerberg aux considérations de protection de la sphère privée.

En mai 2018, un représentant de Facebook avait ainsi appelé un officier de police en Caroline du Sud pour l'aider à localiser un homme en train de « streamer » en direct sur Facebook Live sa tentative de suicide, décrivant l'endroit visible sur le *stream* et transmettant au policier sa latitude et sa longitude. Lorsque la police était arrivée sur les lieux, l'homme avait tenté de s'enfuir mais avait été rattrapé et emmené à l'hôpital. Dans un autre cas rapporté par le *New York Times*, une femme résidant dans l'Ohio avait publié un post sur Facebook indiquant qu'elle se rendait chez elle à pied et avait l'intention de se tuer une fois arrivée. Ce post avait été signalé à la police locale, qui avait rapidement pu localiser cette femme. Celle-ci avait toutefois nié songer à se suicider. Craignant qu'elle ne passe à l'acte, le policier lui avait néanmoins demandé de se rendre à l'hôpital volontairement, menaçant de l'y contraindre en cas de refus. Il avait fini par l'amener à un centre psychiatrique pour un diagnostic de santé mentale.

Dans une enquête publiée la semaine dernière, une journaliste *New York Times* se dit sceptique à l'égard de ce programme de prévention, estimant qu'en devenant ainsi « arbitre global de détresse mentale », Facebook se retrouve dans une situation délicate alors qu'il est dans le collimateur des autorités américaines, canadiennes et européenne pour son attitude négligente en matière de protection des données, sans parler de son comportement douteux lors de campagnes électorales et face à des campagnes de haine ethnique. Le suicide est la deuxième cause de décès dans le monde chez les 15-29 ans selon l'Organisation mondiale de la santé, rappelle le journal, et Facebook devrait donc a priori pouvoir avec ce programme de se montrer sous un jour meilleur si ces efforts contribuent effectivement à préserver de jeunes vies.

« L'an dernier, dans le monde, nous avons aidé les premiers secours à trouver 3 500 personnes ayant besoin d'aide », a ainsi expliqué en novembre dernier Mark Zuckerberg. Mais le *New York Times* cite des experts en santé mentale qui estiment que ces appels de Facebook à la police peuvent aussi précipiter les passages à l'acte, contraindre des gens sans tendances suicidaires à se soumettre à des évaluations psychiatriques ou encore déboucher sur des arrestations ou des fusillades. En l'absence de suivi des résultats de ses interventions anti-suicide, Facebook assume le rôle d'une agence publique de santé tout en protégeant les procédures correspondantes comme s'il s'agissait d'un secret commercial, ce qui empêche de vérifier si son approche est « adéquate, efficace ou sûre », estime le quotidien.

Facebook, arbitre global de la santé mentale ?

La révolution blockchain (2)

Bitcoin, ombres et lumières

Mirel Bran

Faut-il jeter le bébé avec l’eau du bain ? C’est la question que l’on peut se poser à propos du *bitcoin*. Maudite par les uns au point d’en faire l’ennemi public numéro un, adorée par les autres au point d’en faire la nouvelle religion qui va sauver le monde, cette monnaie digitale ne cesse de déchainer les passions. Sa naissance est entourée de mystère. En 2008 un certain Satoshi Nakamoto publiait un livre blanc sur la nouvelle monnaie numérique. En février 2009, Nakamoto diffuse la première version de son logiciel sur le site P2P Foundation et crée les premiers *bitcoins* sur son ordinateur. En 2010, il supprime tout contact avec la communauté virtuelle née autour de la nouvelle monnaie et disparaît du paysage. Qui est Satoshi Nakamoto ? Personne ne le connaissait, ce peut être un individu ou un groupe d’individus. La CIA, le FSB, le Mossad et une panoplie de services de renseignements de par le monde ont cherché à mettre la main dessus, mais pour l’instant Satoshi Nakamoto reste aussi virtuel que la monnaie qu’il a créée.

Le *bitcoin* a sa part d’ombres et de lumières. La technologie de la *blockchain* qui a généré cette crypto-monnaie est aujourd’hui à la base de centaines d’applications qui pourraient répondre aux nouveaux besoins du monde digital. La *blockchain* est la part lumineuse du *bitcoin*. Il s’agit d’un protocole informatique qui inscrit les transactions dans un registre virtuel appelé *blockchain*, c’est-à-dire une chaîne de blocs. Cette technologie basée sur la décentralisation et la connexion en réseau a attiré une pléthore de programmeurs qui sont en train d’écrire des milliers d’applications censées changer notre vie quotidienne. Ce métier est actuellement le plus recherché au monde et, selon la plateforme américaine *Computerworld*, le mieux payé avec un salaire moyen d’environ 12 500 dollars par mois. De plus en plus de jeunes s’orientent vers ce métier d’avenir.

Mais le *bitcoin* n’est pas seulement synonyme de technologie et d’innovation. Il a sa part d’ombre, et sa faiblesse est son caractère spéculatif. Si cette monnaie digitale n’a attiré à ses débuts qu’une poignée de rebelles, elle a fini par séduire de plus en plus d’aventuriers à la recherche de gains rapides. Le 22 mai 2008, Laszlo Hanyecz, basé en Floride, passait cette petite annonce sur le forum *Bitcointalk* : « Je paie 10 000 *bitcoins* pour deux grandes pizzas. » Un Britannique a aussitôt saisi l’opportunité, commandé les deux pizzas pour l’Américain extravagant et empoché le montant de *bitcoins* évalué à l’époque à 41 dollars. Ce n’était pas une mauvaise affaire : aujourd’hui ces deux pizzas lui ont rapporté une fortune évaluée à 30 millions de dollars.

Tout au long de son histoire le *bitcoin* a attiré ceux qui cherchent des gains rapides. Mais souvent l’argent court plus vite que ceux qui lui courent après. Depuis sa création le *bitcoin* a connu quatre bulles spéculatives qui ont fait beaucoup de dégâts. En juin 2011 il a perdu 93 pour cent de sa valeur, mais il a rebondi à 11 120 pour cent en avril 2013, puis il s’est effondré à nouveau jusqu’à trente pour cent de sa valeur. Un problème ? Pas vraiment, parce qu’en l’espace de neuf mois il a refait un saut de 16 150 pour cent avant de chuter de 84 pour cent en décembre 2013. La quatrième bulle est en place depuis décembre 2017 lorsque le *bitcoin* s’échangeait à 20 000 dollars, pour replonger à 3 200 dollars en décembre 2018.

Ces chiffres donnent le vertige. C’est comme si on montait sur l’Himalaya en deux temps trois mouvements pour retomber aussi vite. Le *bitcoin* est un sport extrême. En outre, le caractère anonyme des transactions lui a valu d’autres critiques. Il est accusé d’être utilisé par les mafieux, les terroristes et tous ceux qui veulent échapper aux taxes et aux impôts, car, pour l’instant, les gains obtenus par la spéculation ne sont pas réglementés. Le gendarme de la bourse américaine, la Securities and Exchange Commission (SEC), s’apprête à réglementer le *bitcoin* et les monnaies digitales qui l’ont suivi. Le dilemme du SEC est le suivant : d’une part les autorités américaines veulent diminuer le côté spéculatif et manipulateur du *bitcoin*, d’autre part elles veulent encourager l’avance technologique engendrée par la *blockchain*.

En janvier 2018, le président Donald Trump a nommé au sein du SEC une certaine Madame Hester Peirce qui a aussitôt fait preuve d’ouverture pour la nouvelle technologie. « Je ne sais pas si le *bitcoin* sera un succès ou un échec, a-t-elle affirmé après sa nomination. Mais je suis contente de voir qu’il y a des gens qui, grâce à la *blockchain*, pensent à une autre manière de faire les choses. » En janvier 2018, la Commission européenne s’est ouverte, elle aussi, à la technologie de la *blockchain*. « Cette technologie pourraient avoir un impact sur les services numériques et transformer les modèles économiques dans quantité de domaines tels la santé, l’assurance, les finances, l’énergie, la logistique, la gestion des droits de propriété intellectuelle ou les services administratifs », affirme le communiqué de la Commission. Quant à la Chine, elle a fait de la *blockchain* une politique d’État qui lui donne une bonne longueur d’avance sur les États-Unis et l’UE.

Le dilemme des autorités : d’une part diminuer le côté spéculatif et manipulateur du bitcoin, d’autre part encourager l’avance technologique engendrée par la blockchain

Die kleine Zeitzeugin

Michèle Thoma

Es ist hart, es ist kalt, und manch eine fühlt sich gar alt. Angesichts eines unverschämten neuen Jahres, schon wieder eins, Profi gähnt, weist sich aber gleich zurecht: Sei froh, dass du eins kriegst, besser als keins! Es ist halt Routine, knurrt sie in ihren Bart, die Glückssternchen, die am Himmel verglühn, schön schön, während sie einfach nur der Waschmaschine zuschauen will, wie sie ihre friedlichen Runden dreht. Muss ich heute Party machen? Neinnein, selbstverständlich nicht, niemand muss die Pappnase in den Crémant tunken. Niemand muss aus dem Reihenhäuschen sein, nur weil es zwölf schlägt.

Nur kein Stress, nur kein Glücksstress, warnen die Expert_innen, nur was einem guttut, das ist das Allerwichtigste. Gut tut? Glücksverweigererin haut sich vor die Glotze und sieht Menschen, die aufgekratzt auf einen Zeiger starren, bis alles explodiert. Sie fallen einander um die Hälse und in die Dekolletees, *now or never*, grapschgrunz, sind die Schweinchenmasken noch in? Dann sieht sie Glückssterne in den Augen, die kollektive Freude hat ja auch was Positives, wieviel positive Energie wird da freigesetzt, es muss nicht immer Weltkrieg sein, grübelt sie. Und wie die Sektflöten musizieren, in Brudersphären Wettgesang!

Warum ist sie aber auch so ein Feiertroll, Spielerderberin hieß das früher? Nicht mal ihre Bude hat sie ausgeräuchert, die ganzen negativen Energien ballen sich in den Zimmerecken, während sie Houellebecq liest, beinahe fertig, drei Jahre hat sie gebraucht, und jetzt kommt schon der neue, ein noch depressiverer. Und Lars von Trier ist auch nicht gerade erbaulich.

Vielleicht doch auf Gesichtsverlierbuch schauen, obwohl, was kann dabei herauskommen? Was schon, sie hat es gehäht. Die Freund_innen, die sie größtenteils nicht kennt, setzen den Hunden Hüte auf, extra coole, sie winken aus Südafrika, sie machen Faxen in Australien oder auf Eilanden, nicht ohne zu bemerken, dass sie schon waren, schon hatten. Silvester.

Sie zeigen Videos vom schönen Arsch der Welt. Die unter Glücksbeschuss tanzenden Menschen sehen allerdings auch nicht viel anders aus als hier, es ist überall hier. Viele Gesichtsverlierbuchfreund_innen zeigen sich aber auch von der besinnlichen Seite, sie sind philosophisch, großzügig, menschenfreundlich. Human. Wohl gesonnen. Sie wünschen allen

Zu Gast

Ali Ruckert

Wieder haben wir die Schwelle zu einem neuen Jahr überschritten, und im Rückblick wird deutlich, dass die Welt im Jahr des 200. Geburtstags von Karl Marx nicht gerechter wurde, dass Kriege nicht weniger wurden und Ausbeutung nicht geringer. Die Krise des Kapitalismus nahm vielerorts schärfere Formen an, die innerkapitalistischen Widersprüche wurden größer, die Konkurrenz zwischen Kapitalgruppen wurde härter, und die Provokationen der imperialistischen Hauptmacht, der USA, gegen China haben die Form eines Handelskriegs angenommen.

Auch die Europäische Union, ein Überbau, der dazu dient, die Interessen der Banken und Konzerne aus einem Teil des europäischen Kontinents durchzusetzen, gerät – nicht nur durch den Brexit – zunehmend aus den Fugen. Ein Teil der politischen und wirtschaftlichen Eliten liebäugelt inzwischen ganz offen mit einer härteren Gangart und bedient sich ideologischer Peitschen, die vom Mithaufen des Faschismus stammen. Parallel dazu führt die Politik der EU-Kommission und der Regierungen der einzelnen EU-Länder, die eine Umverteilung zugunsten der Banken und der Großkonzerne betreiben, dazu, dass unerhörter Reichtum und bittere Armut immer krassere Formen annehmen.

Ali Ruckert ist Präsident der Kommunistischen Partei Luxemburgs

Es ist schön auf Gesichtsverlierbuch in dieser Nacht. Alle wünschen allen alles Gute

alles Gute. Beinahe wie Jesus. Oder mindestens wie der Dalai Lama. So götig, so binsenweise. Sie drohen nicht mal, jemand rauszuschmeißen, weil er oder sie ein Nazi ist. Alle sind inkludiert.

Es ist schön auf Gesichtsverlierbuch in dieser Nacht. Sogar der eine oder die andere, die ihre Glückwunschblockade geoutet hatten, reihen sich jetzt friedlich freudig ein. Sollten doch all die Feiernuffel mal rein schauen, aber die Fundis, die sich was auf ihr Feiernuffeltum einbilden, sind natürlich auch Gesichtsverlierbuch-Feiernuffel. Und dann die, die mit all dem nichts anfangen können, weil sie fertig sind, mit sich, mit der Welt, sie haben weder Geld noch Welt, vom Verschwörungstheoretisieren sind sie erschöpft, jetzt muss endlich Praxis her. Die

schauen vermutlich auch nicht rein, bevor sie sich aufhängen oder ihr Auto in eine Menschenmenge mit den Falschen lenken. Oder vielleicht hat ihre *Peer Group* nicht so viele Herzen auf Lager und nicht so poetische Durchhalteparolen?

Die, die so verwöhnt sind, von weichgespülten Wellness-Sprüchen umschmeichelt, sollten es zu schätzen wissen. Draußen droht der *Haartmount*. Wenn Freund_innen, die man größtenteils nicht kennt, einen von Yachten anlächeln und nur das Beste wünschen, während man selber im Schneeregen an einer Bushaltestelle steht, ist natürlich eine gewisse übermenschliche Größe erforderlich. Aber dennoch, Friede, Freude, Gesundheit, für die Familie ebenfalls, alles Gute auch Hund, Katz, dem Erdball, allem, was da fleucht und krecht, euch allen, das kann doch nicht schaden.

Danke. Dir auch. Dir auch. Gleichfalls. Ebenfalls.

Ein bisschen mühsam, okay. Nachtschicht droht.

Vielleicht besser gleich selber so was schicken, Liebe, Frieden. Einen Segen spenden.

Fühlt sich echt gut an.



Als noch niemand an Facebook dachte: Neujahrskuss auf einer Baustelle in Ostberlin 1967

... doch es gibt Widerstand

Ali Ruckert

Doch es gibt Widerstand gegen Ausbeutung und soziale Unterdrückung, auch wenn diese Entwicklung in ihrer Ausrichtung und ihrem Ausmaß sehr widersprüchlich ist.

Nehmen wir zum Beispiel Frankreich, wo es dem Finanzkapital zwar gelang, seinen Interessenvertreter auf den Präsidentenstuhl zu setzen, es dann aber durch dessen zugunsten des Kapitals und zu Lasten der Schaffenden sowie den sozialen Aufstand der „Gilets jaunes“ zu Erschütterungen kam, die dem tiefen Bedürfnis der Schaffenden nach sozialer Gerechtigkeit und einem guten Leben entsprechen und vielleicht nur Vorbeben für größere gesellschaftliche Umwälzungen sind. Und das trifft nicht nur auf Frankreich zu.

Für Luxemburg gilt, dass die Regierenden noch mehr Spielraum haben als das in anderen Ländern der Fall ist, da noch immer Geld vorhanden und die Verschuldung im Vergleich zu den Nachbarländern klein ist. Sie können sich es daher noch immer leisten, auf rabiate Maßnahmen und Methoden zu verzichten, und sogar noch kleine Zugeständnisse an die Lohnabhängigen und ihre Organisationen machen, um die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse zu verschleiern und aufrechtzuerhalten.

Aber der Spielraum wird kleiner, auch durch die zunehmende Abhängigkeit von Entscheidungen auf EU-Ebene und die internationalen Auswir-

kungen der Krise des Kapitalismus und seiner neoliberalen Spielart.

Denn auch hierzulande bröckelt die Fassade. Die Armut nimmt zu, die wirtschaftlichen Probleme eines Teils der Bevölkerung werden größer, die Bildungsmisere bei Teilen der Jugend ist nicht mehr zu übersehen, und es gibt Anzeichen dafür, dass ein Teil der Gewerkschaftsbewegung in der Sozialpartnerschaft längst nicht mehr das Allheilmittel für die Lösung der wichtigsten Probleme der Schaffenden sieht.

Bis die Lohnabhängigen erkennen werden, dass sie nicht nur zahlenmäßig stark sind, sondern auch eine gesellschaftliche Kraft, die über alle Widerstände hinweg soziale Verbesserungen durchsetzen kann, aber auch eine Welt ohne kapitalistische Ausbeutung schaffen kann, wenn sie an einem Strang ziehen, wird wohl noch dauern. Was auch daran abzusehen ist, dass die Lohnabhängigen, die das Wahlrecht haben, zu den Kammerwahlen mit erdrückender Mehrheit Parteien und Abgeordnete gewählt haben, die den Kapitalismus als Ende der Geschichte propagieren oder sich zumindest mit ihm arrangiert haben und grundlegende gesellschaftliche Veränderungen ablehnen.

Für die KPL sind das schwierige Bedingungen. Was sie allerdings nicht davon abhalten wird, ihre Arbeit mit historischem Optimismus und revolutionärer Geduld fortzusetzen.



Marcel Reding en 1978



Edouard Kinnen en 1974

Deux abbés marxologues au « siècle des extrêmes »

Claude Wey

« Die Väter des Marxismus haben sich gerne mit Problemen der Religion befasst. So sei es dem Theologen gestattet, sich mit Problemen des Marxismus zu beschäftigen »

Marcel Reding, 1967. *Die Glaubensfreiheit im Marxismus*

« Tout marxiste véritable met toujours sa pensée au service de l'action. Il ne s'agit point d'interpréter le monde, mais de le transformer, principe que les chrétiens ont trop souvent oublié »

Edouard Kinnen, 1971. *Lénine, génie de la révolution*

En décembre 1952, à une époque où la guerre froide atteint son paroxysme, un prêtre-théologien nommé professeur à l'université de Graz consacre sa leçon inaugurale à Thomas d'Aquin et à Karl Marx. Un exposé à l'allure thématique innovatrice, puisqu'il s'agit de relever et d'analyser « die bei aller Verschiedenheit bestehende ideengeschichtliche und systematische Nähe beider Denker » (Reding 1953 : 5). L'orateur n'est autre que l'ecclésiastique d'origine luxembourgeoise Marcel Reding (1914-1993) qui va désormais privilégier dans ses recherches théologiques la prise en considération de la philosophie marxiste.

En décembre 1971, à une époque où le Chili est gouverné par l'« Unidad Popular » du Président Salvador Allende (1908-1973), un certain Eduardo Kinnen publie un ouvrage portant sur l'œuvre de Louis Althusser (1918-1990), un des penseurs marxistes les plus en vue durant les années 60 et 70. Intitulée *El marxismo : ¿humanismo o antihumanismo?* Portant la signature d'un auteur au prénom hispanisant, l'étude sort de la plume d'un théologien originaire du Luxembourg : Edouard Kinnen (1918-1975). Titulaire d'une chaire de philosophie sociale à l'université catholique de Santiago de Chile depuis 1959, l'abbé Kinnen centre ses recherches sur l'œuvre de Karl Marx (1818-1883) tout en se présentant comme un critique intransigeant du marxisme-léninisme et un véhément adversaire du gouvernement Allende.

Comme Marcel Reding, Edouard Kinnen fait donc partie de ces intellectuels qu'il convient de nommer les marxologues. Étudiant et analysant les

L'intérêt de Marcel Reding pour la philosophie marxiste ne saurait se résumer ni au seul questionnement philosophique relevant de la recherche universitaire, ni au combat anti-marxiste purement idéologique

écrits de Marx dans une perspective non-marxiste, les marxologues s'opposent ainsi aux marxistes durant ce siècle des extrêmes que fut le XX^e siècle. Ce qui amène le politologue Nicos Poulantzas (1936-1979) à affirmer que depuis la parution de l'œuvre de Karl Marx, chaque théorie politique constitue soit un dialogue avec le marxisme, soit une critique ouverte de la pensée marxiste. Une affirmation acceptée bien au-delà des clivages idéologiques majeurs, puisque Oswald von Nell-Breuning (1890-1991), le « Nestor der katholischen Soziallehre », déclare que « wir stehen alle auf den Schultern von Karl Marx » (Arnold 2010 : 235).

Ces états de fait énoncés par un marxiste français d'origine grecque et par un jésuite allemand d'origine mosellane constituent à eux seuls une raison pour décrire dans un contexte global les parcours intellectuels et les « vies » des deux marxologues de renom international, à commencer par Marcel Reding.*

Marcel Reding : de Mecher à Tübingen (1914-1952)

Né en 1914 à Mecher, un petit village situé dans le canton de Wiltz, Marcel Reding entre dans la

vie alors que le monde bascule dans la Première Guerre mondiale pour la quitter en 1993 tout juste après l'effondrement de l'URSS et du bloc communiste. L'existence de Reding coïncide avec la périodisation que les historiens nomment le « siècle des extrêmes », à savoir la guerre de Trente Ans du XX^e siècle (Grande Guerre, entre-deux-guerres et Seconde Guerre mondiale) ainsi que l'ère de la guerre froide. Précisons que la première phase de ce siècle correspond grosso modo aux années d'enfance, d'adolescence et aux années de formation intellectuelle de Marcel Reding, tandis que la deuxième phase couvre sa longue carrière académique.

« Wer kann sich schon in Luxemburg zum Ziel setzen, hier in Berlin Professor zu werden? [...] Damals konnte man sich solche Ziele nicht setzen. ». Tels furent les propos tenus par un Marcel Reding arrivé à la fin de sa carrière professorale dans un reportage paru dans l'hebdomadaire luxembourgeois *Revue* en mars 1978. À la question posée par les journalistes de présenter et d'expliquer son parcours académique, il a donc répondu d'une façon quelque peu enjouée par une réflexion qui en dit long sur sa trajectoire professionnelle. En effet, celle-ci ne fut guère prévisible et envisageable dans la mesure que Marcel Reding a passé les premières trente années de sa vie au Luxembourg, pays dénué à l'époque de toute structure universitaire digne de ce nom.

Jusqu'à la fin des années 1960, les jeunes Luxembourgeois fréquentent les universités à l'étranger tout en étant obligés de passer leurs examens au Luxembourg devant une commission d'examinateurs nommés par le gouvernement luxembourgeois. Ce système dénommé « collation des grades » permet aux étudiants de décrocher à la fin de leurs cursus universitaires le « doctorat luxembourgeois », diplôme qui leur permet d'exercer au Grand-Duché une profession libérale nécessitant une qualification universitaire ou bien d'envisager une carrière comme professeur de lycée, magistrat ou haut fonctionnaire au sein des institutions publiques. Aux jeunes gens ambitieux comme Marcel Reding d'en tenir compte !

Marcel Reding est fils d'enseignants. Son père, Jean-Pierre Reding est instituteur, d'abord à Mecher, puis à Hagen près de Steinfort, tandis que sa mère, Marguerite, née Kauthen, est également institutrice et membre influente de l'association des instituteurs et institutrices catholiques. Quand il a quinze ans,

le jeune Marcel perd son père qui meurt en 1929 à l'âge de quarante ans. Ce sera désormais sa maman qui veillera, ensemble avec son oncle, curé, à son éducation. C'est également chez son oncle qu'il passe ses vacances avant de reprendre ses études au Gymnase d'Echternach. En 1934, il obtient son diplôme de fin d'études secondaires pour fréquenter ensuite les « Cours supérieurs », ce régime d'enseignement supérieur à la luxembourgeoise qui tient lieu de première année d'études universitaires dans le cadre de la « collation des grades ».

À l'opposé de la plupart des étudiants luxembourgeois, le parcours de formation de Marcel Reding va s'avérer à la fois bien plus long et bien plus complexe, dans la mesure où il réussit à décrocher entre 1934 et 1947 un total de quatre qualifications universitaires et ecclésiastiques. Ainsi entre-t-il en 1935 au Grand Séminaire de Luxembourg pour recevoir l'ordination presbytérale en 1940. Puis, durant la Seconde Guerre mondiale, quand le Luxembourg vit sous le régime nazi, l'abbé Reding entame des études de philosophie et de théologie à Fribourg-en-Brisgau où il suit les cours de Martin Honecker (1888-1941) et de Martin Heidegger (1889-1976).

Pourtant, comme ce fut le cas pour tous les étudiants luxembourgeois inscrits à la Albert-Ludwigs-Universität, Reding fut forcé d'interrompre ses études en terre badoise. C'est lors de son entretien avec les journalistes de la *Revue* qu'il revient sur ses démêlés avec la « nationalsozialistischen Studentenführung » : « Sie drängte uns, in die Kameradschaft einzutreten. Dabei wandten sie sich an mich, denn ich war der Älteste. Ich sagte ihnen, sie sollten die Studenten in Ruhe lassen. [...] Daraufhin wurden wir vom Studentenfürher zu einer Versammlung gerufen: Er kam jedoch nicht zu seiner Rede, denn der Krach, den wir verursachten, war unbeschreiblich. Das führte dazu, daß sich der Gauleiter in Luxemburg um die Sache kümmerte. Wir mußten in das Schulungslager Stahleck bei Bacharach. 1940 wurde dann das Studium in Freiburg für die Luxemburger verboten ». En 1942, quand le « CdZ » (Chef der Zivilverwaltung) autorise de nouveau les étudiants luxembourgeois à entamer des études universitaires, Reding – entretemps nommé vicaire à la paroisse Saint-Henri d'Esch-sur-Alzette – décide de s'inscrire à nouveau dans une université allemande.

Fut-ce réellement opportun pour un prêtre luxembourgeois, qui de surcroît n'avait point de sympathie pour le régime nazi, de reprendre un cursus universitaire dans le « Altreich » à un moment où la société luxembourgeoise subit la politique totalitaire nazie et les mesures de répression du « CdZ » ? Nous ne savons pas si les journalistes de la *Revue* ont posé cette question à Marcel Reding. En revanche, ils citent les propos de leur interlocuteur quant à son choix de se réinscrire dans une faculté allemande : « Ich machte mir keine großen Hoffnungen, da ich schon einmal rausgefliegen war ». Suivant les conseils d'un proche, il s'adresse au « Gauleiter » – « indem ich 'Heil Hitler' weglaß und 'Mit vorzüglicher Hochachtung' schloß ». Reding poursuivra désormais sa formation en théologie à l'université de Tübingen où il présentera en 1943 sa dissertation intitulée « Das Wesen des Menschen nach der Lehre der griechischen Philosophie ».

Après la libération du Grand-Duché par l'armée américaine en 1944, Reding décide de se présenter aux examens de la « collation des grades » que le gouvernement luxembourgeois vient de relancer. Afin de préparer les examens luxembourgeois, Reding poursuit des études de lettres classiques à Paris, entre autres à la Sorbonne, à l'Institut catholique et au Collège de France. C'est en 1947 qu'il termine avec succès le cursus de la « collation des grades » en décrochant son « doctorat luxembourgeois ». Reding pourrait dorénavant prétendre à un parcours très honorable au sein du clergé diocésain.

Or, la même année où il décroche son diplôme luxembourgeois, il obtient la « Venia Legendi » à la faculté de théologie de l'université de Tübingen après avoir présenté sa thèse d'habilitation « Metaphysik der sittlichen Werte ». Doté de la plus prestigieuse qualification qu'une université allemande puisse décerner pour entamer une carrière académique au plus haut niveau, Reding a la chance de pouvoir compter en plus sur le soutien efficace de son directeur de recherche. Celui-ci n'est autre que le très réputé philosophe et théologien allemand Theodor Steinbüchel (1888-1949) dont l'œuvre doit beaucoup à Wilhelm Hohoff (1848-1923), que l'on considère comme étant l'un des précurseurs de la théologie politique mo-

(Suite en page.14)

Marcel Reding (1914-1993) et Edouard Kinnen (1918-1975)

(Suite de la page.13)

derne et l'un des coryphées de la marxologie non marxiste en Allemagne.

Dès le début de sa carrière académique, l'abbé Steinbüchel, dont la pensée est très marquée par la question sociale, consacre une partie de ses recherches à l'étude du socialisme allemand et aux écrits philosophiques de Karl Marx – du moins jusqu'à l'arrivée au pouvoir des nazis en 1933. Citons à cet égard *Der Sozialismus als sittliche Idee*, sa publication doctorale de 1921, et son recueil d'articles *Sozialismus* qui ne fut publié qu'après sa mort en 1949. Steinbüchel ne fut pas seulement un théologien-philosophe de renom international, mais il fut également apprécié pour ses qualités de formateur. Vont sortir de ses séminaires des futurs professeurs d'université comme Bernhard Häring (1912-1998), Alfons Auer (1915-2005) et Marcel Reding.

Marcel Reding n'est d'ailleurs pas le premier ecclésiastique luxembourgeois à emprunter une telle carrière académique en Allemagne. L'historien Camille Wampach (1884-1958) fut « Dozent », puis « Honorarprofessor » à l'université de Bonn entre 1931 et 1941, année où il fut révoqué par les nazis pour ne reprendre ses services qu'au lendemain de la chute du « Troisième Reich ». Retenons également dans ce contexte le nom de l'historien de l'Église Joseph Lortz (1887-1975). Partisan du régime nazi, pour s'en distancer après 1938, Lortz fut le détenteur de chaires professorales, d'abord à l'académie de Braunsberg en Prusse orientale (1929-1935) et à l'université de Münster en Westphalie (1935-1950), puis à l'université de Mayence (1950-1956).

En 1947, Marcel Reding est engagé comme enseignant-chercheur à l'université de Tübingen avant d'y être chargé de la chaire de théologie morale après la mort de son mentor Steinbüchel en 1949. C'est à partir de ce moment que la carrière académique de l'abbé luxembourgeois est lancée pour de bon, comme en témoignent ses deux premières publications. Après avoir assuré l'impression de sa thèse d'habilitation en 1949, la maison d'édition L. Schwann de Düsseldorf sort la même année son étude *Die Existenzphilosophie. Heidegger, Sartre, Gabriel Marcel und Jaspers in kritisch-systematischer Sicht*.

Cet ouvrage nous révèle à bien des égards l'approche méthodologique et les positionnements analytiques de l'abbé Marcel Reding. C'est à travers le prisme de la théologie catholique que ce spécialiste de la philosophie de l'antiquité grecque et de la philosophie médiévale propose des analyses critiques portant sur les courants philosophiques contemporains. Démarches scientifiques que le théologien luxembourgeois cultivera tout au long de sa carrière professorale. Une trajectoire qui s'étend sur plus de trois décennies au sein d'un monde académique germanophone qui le conduira du Bade-Wurtemberg à Berlin-Ouest en passant par Graz en Styrie.

Graz (1952-1956)

C'est à la Karl-Franzens-Universität de Graz que Marcel Reding côtoie notamment son compatriote Rudolf/Rodolphe Palgen (1895-1975). Malgré leur

différence d'âge, les deux érudits arrivent à cultiver un esprit de collégialité et de sympathie comme en témoignent leurs promenades communes en pays styrien. Quelle aubaine pour un professeur fraîchement nommé comme Marcel Reding que de pouvoir recourir en tant que nouveau-venu étranger aux conseils d'un confrère et compatriote parfaitement familiarisé avec les spécificités académiques locales, puisque détenteur de la chaire de philologie romane depuis 1943 !

Comme tout professeur des universités en début de carrière, le théologien Reding est amené à délimiter son champ de recherche au niveau thématique. De nouveau, nous retrouvons ici l'empreinte de son maître Steinbüchel qui lui avait conseillé de centrer ses recherches sur Aristote (384-322 av. J.-C.) et Thomas d'Aquin (1224/25-1274). Dorénavant, ce sont les systèmes philosophiques des deux penseurs qui se trouveront au centre des préoccupations de recherche de Reding. C'est bien à partir de ces deux philosophes qu'il tente d'appréhender l'œuvre philosophique de Marx. Une démarche de prime abord osée, mais qui s'inscrit une fois de plus dans le sillage conceptuel et méthodologique de son mentor. Encore qu'il serait erroné de limiter l'intérêt de Reding pour la philosophie de Karl Marx aux seules recommandations scientifiques de son « Habilitationsvater ».

Touché probablement par la question sociale lors de son vicariat dans la ville industrielle d'Esch-sur-Alzette, Reding demeurera sensible durant toute sa vie au sort des milieux ouvriers, et des salariés en général. Par conséquent, son intérêt pour la philosophie marxiste ne saurait se résumer ni au seul questionnement philosophique relevant de la recherche universitaire, ni au combat anti-marxiste purement idéologique. En effet, Marcel Reding essaie de proposer des terrains de discussion au-delà des divergences philosophiques qui existent entre la théologie catholique, marquée par les philosophies aristotélicienne et thomiste, et la pensée de Marx. Après sa nomination comme professeur de théologie morale à l'université de Graz, il énonce le 5 décembre 1952 dans sa leçon inaugurale intitulée « Thomas von Aquin und Karl Marx » quelques lignes conductrices qu'il poursuivra et développera durant toute sa vie de théologien-philosophe.

À Reding d'entamer sa conférence en soulignant que « Beide, Thomas von Aquin und Karl Marx waren geniale und originelle Aristoteliker » tout en concluant que « Aristoteles anerkennt den Wert einer theoretischen, philosophischen Existenz als Höchstform des Lebens. Thomas nimmt die personalen Bezüge in seine Synthese hinein. Marx entwertet oder leugnet die aristotelischen und thomistischen Zusätze und kommt so zu einer verkürzten Anschauung auch des politischen und ökonomischen Daseins, da der Bereich des Personal-Ethischen ihm entswindet. Dass es freilich außerhalb seiner streng wissenschaftlichen Ausführungen auch genug der ethischen Momente bei Marx gibt, soll damit nicht geleugnet werden. » (Reding 1953 : 5 et 12).

Retenons dans ce contexte la réflexion analytique de l'historien de l'Église Victor Conzemius (1929-2017) : « Im Kern enthielt dieser Vortrag die These [...] dass der Atheismus nicht zwangsläufig zum Marxismus

En 1955, Reding est invité à Moscou par le « Conseil pour les affaires des cultes religieux » et l'« Académie des Sciences de l'URSS ». Une invitation que le théologien luxembourgeois ne saurait honorer sans l'agrément du Saint-Siège.

gehört, sondern sich aus der neuzeitlichen Religionskritik und dem Sozialkampf entwickelt hat. Was immer von Geschichtsgesetz, von Basis und Überbau zu halten ist, müsse nicht grundsätzlich atheistisch interpretiert werden. Verliert aber die politisch praktizierte Religionsfeindlichkeit ihre Legitimation, dann wäre ein neues Verhältnis von Christentum und Marxismus denkbar » (Conzemius 2008: 135).

Selon Victor Conzemius, le constat conclusif de Reding consisterait donc à soutenir de façon sous-jacente la possibilité d'un dialogue entre chrétiens et marxistes. À défaut de compatibilités philosophiques et en dépit de différences idéologiques et politiques fondamentales et irréductibles, Reding propose à travers sa démarche philosophique une plateforme de débat, sinon d'échange d'idées afin d'amorcer un dégel intellectuel entre les mondes chrétien et communiste. Lorsque Reding assurait sa leçon inaugurale à l'université de Graz, personne ne pouvait s'attendre à ce que son discours eût une répercussion d'envergure internationale. Car Marcel Reding fut jusque-là un jeune professeur de province dont la notoriété intellectuelle se limita aux réseaux académiques propres aux élites ecclésiastiques du « Mitteleuropa ». Ce qui définit l'importance philosophique et idéologique du discours professoral de Reding, ce fut son inscription dans les relations internationales du moment, dont l'allure fut régulée par les aléas de la guerre froide.

En 1952, la confrontation entre le bloc occidental mené par la puissance étasunienne et le monde socialiste dominé par l'Union soviétique bat son plein. Proposer en ces temps une ouverture de dialogue entre le christianisme catholique et le communisme stalinien relève d'un défi intellectuel certain. La prise de position du théologien luxembourgeois serait d'ailleurs tombée bien vite aux oubliettes si le régime soviétique n'avait pas inauguré une politique de coexistence pacifique avec le monde occidental après la mort de Staline en mars 1953. Trois

ans après avoir prononcé sa leçon inaugurale, le professeur de théologie Marcel Reding sera l'invité du « Conseil pour les affaires des cultes religieux » auprès du « Conseil des ministres de l'URSS ».

« Opération Moscou » – le pari du dialogue (1953-1955)

L'on peut d'ailleurs se demander par quelle voie d'information les autorités soviétiques furent mises au courant des positionnements philosophiques d'un intellectuel inconnu, qui de surcroît fut prêtre catholique. Or, si tout un faisceau d'éléments explicatifs nous permet d'appréhender l'invitation du théologien luxembourgeois en URSS, il importe d'en mentionner en premier lieu l'initiative personnelle de Marcel Reding. Pour preuve, celui-ci n'a pas tardé à envoyer à René Blum (1889-1967), ministre plénipotentiaire du Grand-Duché pour l'URSS, la version imprimée de sa leçon inaugurale. À l'ambassadeur de répondre à Marcel Reding dans sa lettre du 22 janvier 1954 : « Permettez-moi de joindre à mes remerciements pour votre aimable attention mes chaleureuses félicitations pour votre si savante exploration d'une 'terra incognita' – début d'une activité scientifique que je souhaite bien fertile à un compatriote, qui fait tant d'honneur à sa patrie ». Et d'ajouter à la fin : « Votre tout dévoué, René Blum. N. B. Pourrais-je avoir un exempl[laire] suppl[émentaire] pour l'Institut Marx-Engels' à Moscou ? Merci d'avance » (Document n°2, Conzemius 2008 : 146).

Anodine et banale à première vue, la lettre mérite pourtant une analyse approfondie. En transmettant son étude « Thomas von Aquin und Karl Marx » au représentant luxembourgeois en poste à Moscou, Marcel Reding n'est pas sans savoir qu'il s'adresse à un personnage connu pour ses positionnements idéologiques et politiques bien tranchés. En effet, celui qui répond au prêtre théologien avec une déférence formelle n'est autre que l'une des figures marquantes de la social-démocratie au Luxembourg. Président du parti socialiste de 1928 à 1940, ministre de la justice entre 1937 et avril 1940 avant de représenter le Luxembourg à Moscou à partir de 1944, René Blum est connu pour ses prises de position qui divergent des directives en matière de politique extérieure défendues par le parti socialiste et les gouvernements grand-ducaux. Comme en témoigne d'ailleurs son fervent engagement pour renforcer les relations amicales avec l'URSS en pleine guerre froide.

Pour preuve, retenons entre autres sa note au sujet de la « Réception au Conseil pour les Affaires de l'Église orthodoxe près du Conseil des Ministres – URSS ». Paru dans le quotidien soviétique *Iswestija* du 4 février 1955, Blum soumet au ministère des Affaires étrangères du Luxembourg une « traduction littérale pour permettre de se rendre compte : 1) de l'organisation officielle des Cultes en URSS ; 2) de l'importance donnée à des faits ecclésiastiques et de l'esprit de tolérance, sans cependant de trace de prosélytisme ». Tout en concluant : « Il est fort regrettable que notre presse lux. soit si peu au courant des faits religieux en URSS et se borne à reproduire les insanités des agences de presse USA etc. Tous les Luxembourgeois que j'ai eu le bonheur de recevoir à Moscou, ont pu se convaincre de l'état réel des choses » (Dossier AE-04361/1 ; ANLux).

En envoyant sa publication à un diplomate luxembourgeois aux convictions bien trempées, tout porte à croire que Marcel Reding ne le fait pas sans arrière-pensées. Mais que peut-il attendre des démarches de son compatriote-diplomate ? Une invitation de la part des autorités soviétiques ? À vrai dire, il y a lieu de relativiser la portée de l'engagement de René Blum, comme le démontre d'ailleurs Victor Conzemius dans son article intitulé « Kurier des Papstes ? » (Conzemius 2008 : 137). Selon l'historien de l'Église luxembourgeois, le voyage moscovite de son confrère théologien est la résultante de tentatives, d'engagements, de promesses et de décisions d'envergure transnationale qui se conjuguèrent depuis 1954, mais surtout pendant l'été 1955.

Ainsi, à côté des renseignements reçus par l'ambassadeur René Blum, les services soviétiques concernés sont au courant des thèses philosophiques de Marcel Reding pour en avoir été avisés par leurs diplomates en poste à Vienne. C'est à travers la presse autrichienne que ces derniers sont informés des thèses philosophiques exposées par le professeur de l'université de Graz. Et Marcel Reding réussit de son côté à faire connaître ses travaux à des intellectuels soviétiques lors de l'un des très renommés colloques de Florence. En effet, à la demande et à la grande satisfaction du ministre luxembourgeois des « Arts et Sciences » Pierre Frieden (1892-1959), Reding ne manque pas de participer à l'une des conférences organisées par le charismatique maire de Florence, Giorgio La Pira (1904-1977).

Laïc dominicain, antifasciste et l'un des membres fondateurs de la « Democrazia Cristiana », La Pira réussit à réunir entre 1952 et 1956 des congrès annuels « pour la Paix et la Civilisation chrétienne » auxquels participent des représentants tant de pays



René Blum, ambassadeur à Moscou

du camp occidental que du bloc communiste, ainsi que des pays du Proche-Orient et des pays du Tiers Monde émergent. Congrès emblématiques dont le bien-fondé idéologique se rapproche à bien des égards des positionnements idéologiques d'un Marcel Reding, voire même d'un Pierre Frieden. Ce dernier se réjouit d'avoir pu y envoyer l'un des « coming men » de la théologie catholique en « Mitteleuropa ». À Pierre Frieden de manifester sa gratitude dans sa lettre en date du 3 juin 1955 : « Cher Marcel, Suis heureux que tu aies accepté d'aller à Florence » (Document n°4, Conzemius 2008 : 147).

Au séjour florentin succédera quelques mois plus tard un voyage autrement plus important et décisif pour Marcel Reding. C'est probablement au début de l'été 1955 que l'ambassade de l'URSS à Vienne transmet une invitation de la part du « Conseil pour les affaires des cultes religieux » et de l'« Académie des Sciences de l'URSS ». Une invitation que le théologien luxembourgeois ne saurait honorer sans l'agrément des plus hautes instances de l'Église catholique en Autriche, voire du Saint-Siège. S'ensuit un ballet diplomatique dont les principaux acteurs furent le père jésuite Robert Leiber (1887-1967), secrétaire particulier et proche de Pie XII, le Baron Joseph von Kripp (1896-1980), ambassadeur d'Autriche auprès du Saint-Siège, ainsi que l'évêque de Graz-Seckau, Josef Schoiswohl (1901-1991).

Insistons sur les deux points forts de ces échanges diplomatiques. Le 5 juillet 1955, l'ambassadeur Kripp s'adresse à Marcel Reding pour l'informer « daß ich soeben eine telefonische Verständigung mit Staatssekretariat erhalten habe, Ihr Plan sei bis zur höchsten Stelle hinauf gemeldet worden und die Weisung laute nun: Die Reise des Professor R. nach Osteuropa ist keinesfalls ohne die Erlaubnis des zuständigen Bischofs von Graz zu unternehmen » (Document n°6, Conzemius 2008 : 149). En d'autres termes, le Saint-Siège ne s'oppose pas à un éventuel voyage du « Professor R. » en URSS tout en laissant l'ultime décision à l'évêque Schoiswohl, le supérieur hiérarchique de Marcel Reding. Attitude diplomatique s'il en est, puisqu'elle permet de déléguer la responsabilité entière et à l'évêque autrichien et au professeur luxembourgeois.

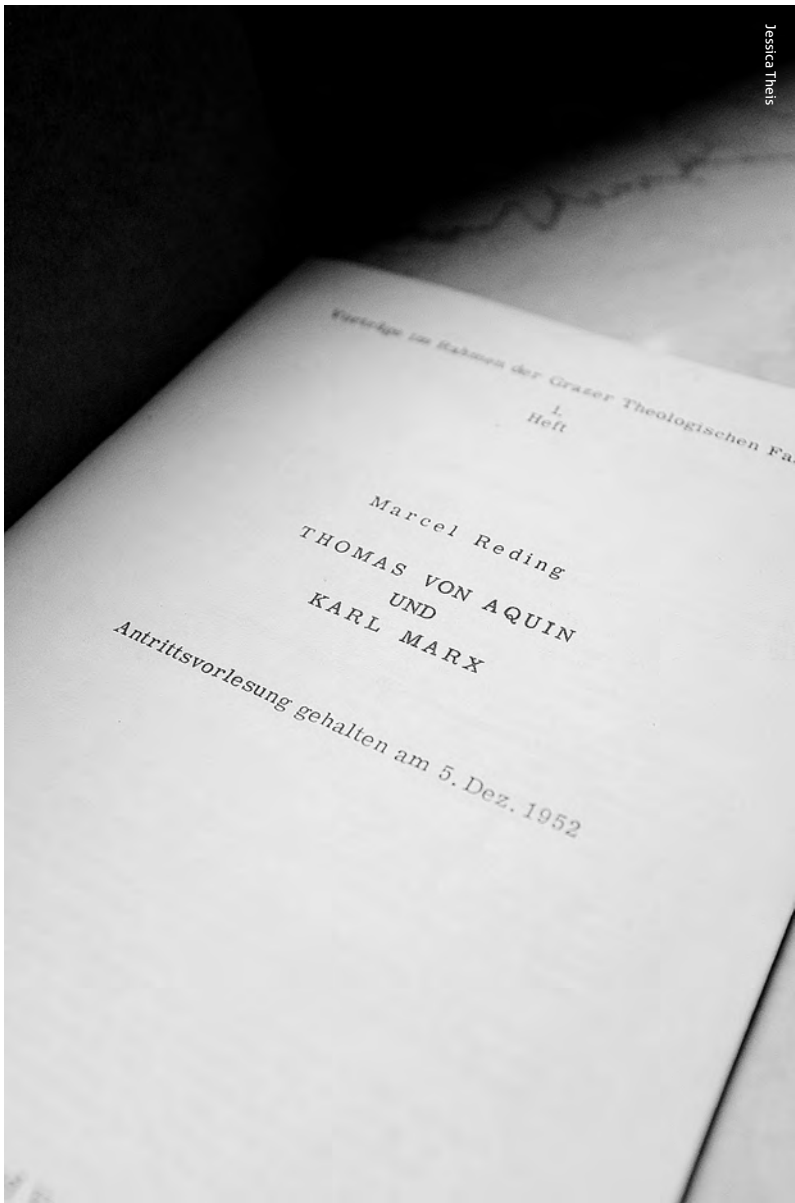
Au « Bischof von Graz-Seckau » de prendre son temps et de communiquer après mûres réflexions sa décision au « sehr geehrten, hochwürdigen Herr Univ. Professor ». À lire la lettre en date du 2 août 1955, l'on se rend compte que le prélat autrichien s'est certes résolu à donner son accord de principe au séjour moscovite, mais un accord soumis à bien des conditions impératives. En voici les principales: « 1. alles Politische mußte völlig ausgeschaltet bleiben. 2. jegliche Publizität mußte vermieden werden sowohl in Österreich wie in Rußland [...]. 3. Eine Zustimmung für irgendwelche Zwecke der kommunistischen Friedensbewegung darf gar nicht erwogen werden [...] » (Document n°8, Conzemius 2008 : 151).

Dès réception de la missive, Reding s'empresse de répondre à son supérieur dans un développement épistolaire en date du 8 août 1955. Lettre dans laquelle il partage les méfiances articulées par Schoiswohl envers un régime soviétique basé sur le principe de l'athéisme d'État: « Ich teile allerdings völlig Ihr Mißtrauen ». Tout en ajoutant: « Wenn ein echtes Interesse an religiösen Fragen besteht – aus politischen oder anderen Gründen und das sich dann in ernstlichen Zugeständnissen widerspiegeln wird – könnte es unsere Aufgabe sein, bei der Neuorientierung mitzuwirken » (Document n°9, in Conzemius 2008 : 152).

* L'inventaire détaillé des références bibliographiques et documentaires pourra être consulté sur le site du Land (www.land.lu) quinze jours après la parution de la troisième et dernière partie



« Beide, Thomas von Aquin und Karl Marx waren geniale und originelle Aristoteliker » – un ouvrage de Marcel Reding paru en 1967 et le texte de sa leçon inaugurale à l'université de Graz en 1952





Sept actrices et acteurs sur scène, c'est assez rare dans une production luxembourgeoise pour le signaler – ici ce mercredi pour les répétitions de *Stupid fucking bird* de l'Américain Aaron Posner, écrit en 2013 et que met en scène Anne Simon. Le texte de Posner est en fait une adaptation complètement déjantée de *La Mouette* de Tchekov, en en gardant l'essentiel, soit les réflexions sur les thèmes de l'art, de l'amour et de la vie. Pour cette nouvelle pièce anglaise d'Anne Simon, on aura plaisir à retrouver ses acteurs fétiches comme Elisabet Johannesdottir, Owen Sharpe ou Isaac Bush, mais aussi Raoul Schlechter, Matthew Brown, Catherine Elsen ou Rita Reis. Les costumes et les décors sont de l'artiste Clio Van Aerde, Tom Dockal assiste à la mise en scène. La première de cette nouvelle production, qui lancera l'année 2019 aux Capucins, aura lieu vendredi prochain, 11 janvier (jusqu'au 23, theatres.lu). jh

Politique



Un journal disparaît

« La *Theaterzeitung* est insérée chaque dernier jeudi du mois dans le *Tageblatt*, le *Quotidien* et le *Jeudi* », affirme la Theaterfederatioun (FLTP) sur son site theater.lu. Or, jeudi 27, qui fut le dernier du mois de décembre, l'amateur cherchait en vain le programme mensuel de tous les théâtres membres de la fédération – un support bien pratique pour planifier ses sorties du mois entre grandes scènes, asbls et centres culturels. En lieu et place du supplément gratuit, on y fut informé par une petite annonce que « le programme actuel [est] disponible en ligne à tout moment ». Interrogés par le *Land*, aussi bien le directeur du groupe Editpress Jean-Lou Siweck que la présidente de la Theaterfederatioun Carole Lorang confirment la suppression de ladite publication. Que s'est-il passé ?

La *Theaterzeitung* (photo : TPC) a été lancée en 2009 à l'initiative de la FLTP, pour promouvoir les programmes de ses membres. Elle fut d'abord publiée en supplément des médias des deux grands groupes de presse, Saint-Paul et Editpress – le premier étant payé pour ce faire, le deuxième le faisant gracieusement. En 2015, dans la foulée de sa réforme des conventions avec les associations culturelles, la ministre libérale Maggy Nagel (DP) amputa radicalement la dotation de la FLTP de ses 137 500 euros de 2014 à 110 000 euros. Le comité de la fédération décida alors qu'elle ne pouvait plus payer pour cette publication et le *Wort* en arrêta la diffusion. Mais les journaux d'Editpress continuèrent à la financer à leurs propres frais. Or, dans ses efforts pour réduire les pertes du groupe, Jean-Lou Siweck vient d'annoncer qu'il en facturera désormais les frais : 60 000 euros par an, plus 17 pour cent de TVA, soit plus de la moitié de la dotation actuelle de la Theaterfederatioun. Qui a dû se résoudre au constat qu'elle ne pouvait pas engager autant d'argent et préfère investir dans la refonte de son site internet, qui est actuellement peu pratique. Quoi qu'il en soit, la disparition de ce magazine de communication est une perte pour le public, qui y découvrirait de manière concise toute la programmation de toutes les maisons, associations et festivals, plus des portraits et interviews des professionnels des théâtres. jh



Politique



Boost your career

Depuis le 15 décembre, date du départ de son ancien directeur Jean-Paul Hoffmann (qui a rejoint la communication de l'Uni.lu), la *Radio 100,7* est dirigée par un « comité de transition » présidé par Nancy Braun, membre du CA. La veille seulement, le 14, l'organe de contrôle de l'établissement public a publié sur son site son offre d'emploi pour un nouveau directeur général (m/f). L'intéressé devra avoir une formation universitaire en « journalisme, communication, science des médias ou en gestion d'entreprise », une expérience d'au moins cinq ans dans un poste à responsabilité similaire et bien connaître le « tissu socioculturel, politique et économique » du pays, ainsi que les trois langues officielles plus l'anglais. En outre, il devra avoir de la « fermeté dans des décisions favorisant l'évolution de l'organisation ». Le CA n'avait pas apprécié la mutinerie publique de la rédaction face aux affirmations de son président Laurent Loschetter sérié en homme de confiance du ministre des Médias Xavier Bettel (DP), les journalistes s'inquiétant pour leur indépendance. Les candidats assez fermes ont jusqu'au 31 janvier pour déposer leurs dossiers au cabinet Marlière & Gerstlauer executive search à Belair, expert en *business solutions*. jh

Scènes



Am, stram, anagramme

Icon de Frederik Neyrinck et Sabryna Pierre, qui sera joué les 8 et 9 janvier au Grand Théâtre, est un opéra contemporain par l'Atelier Bildraum. Ses idées furent testées lors du *TalentLab #17* des Théâtres de la Ville et la production soutenue par le réseau Enoa. Se référant expressément à la *Factory* de Warhol, *Icon* réinterprète le mythe de *l'Inconnue de la Seine*, datant du XIX^e siècle, en le transposant dans notre époque inondée de flots d'images (theatres.lu). jh



Moulin²

Les récitals de la soprano d'origine luxembourgeoise Claudia Moulin-Galli (photo : avec son partenaire), qui a fait carrière à l'opéra national de Paris et à Salzbourg, sont aussi rares que courus au grand-duché. Ce dimanche, 6 janvier à 17 heures, elle présentera le programme de lieder *Les femmes, mon amour !* au Cape Ettelbruck. Claudia Moulin y chantera à côté de son mari, le pianiste Grégory Moulin, et du baryton Vladimir Kapshuk, des airs de *Così van tutte*, de *La bohème* ou encore de *Porgy and Bess* (cape.lu). jh

Politique



Persons at work

Tandis que la maison du livre à Esch-Belval vient d'ouvrir ses portes (*d'Land*, 2.11.2018), l'inauguration du nouveau bâtiment de la Bibliothèque nationale a pris du retard. Heureusement, car l'ancien ministre de la Culture Xavier Bettel (DP) avait menacé de faire passer les livres un à un dans une longue chaîne humaine entre la rue Notre-Dame et le Kirchberg pour les déménager. Envisagée pour l'automne dernier, une nouvelle date officielle, peut-être au cours du printemps prochain, n'est pas encore annoncée. On attend que l'humidité quitte le béton des magasins, a précisé la directrice Monique Kieffer hier sur les ondes de la *Radio 100,7*. Dans un environnement humide, les pages des livres ont la mauvaise habitude d'onduler, les reliures commencent à moisir... En attendant, les fonds internationaux seront nettoyés à partir de lundi et deviendront inaccessibles aux lecteurs jusqu'à la mi-février. Après une semaine en octobre, la réserve précieuse sera également fermée la semaine prochaine pour faire l'inventaire et se préparer au grand déménagement. Les fonds luxembourgeois et internationaux avaient déjà été fermés au public pendant deux mois et demi l'année dernière (photo : pg). rh.

Arts plastiques



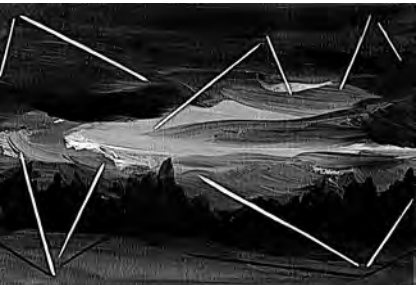
Une nouvelle Nancy Braun

Alors que Nancy Braun a quitté le Casino Luxembourg – Forum d'art contemporain en automne pour reprendre la coordination générale d'Esch 2022, le centre d'art contemporain vient de publier l'annonce d'emploi pour lui chercher un successeur. À lire les missions et le profil demandé (formation en gestion ou management culturel), le poste de « responsable administratif et financier » semble se réduire à la gestion de tout ce qui n'intéresse pas le directeur général Kevin Muhlen, des ressources humaines aux contrats et budgets (délai : 1^{er} février, sur culture.lu). jh



Peintresses

Il n'y a jamais assez de tableaux de Tina Gillen pour satisfaire tous ses fans. Jeudi prochain, 10 janvier à 18 heures, Nosbaum-Reding inaugurera la neuvième exposition personnelle de l'artiste luxembourgeoise qui vit et travaille en Belgique à la galerie (depuis 2001) : *Windways* (qui est également le nom du tableau ci-dessous) montrera ses dernières recherches visuelles. En parallèle, Alex Reding accueille pour la première fois, dans son deuxième espace, une jeune peintresse, Nina Tomás (nosbaumreding.lu). jh



Disparition

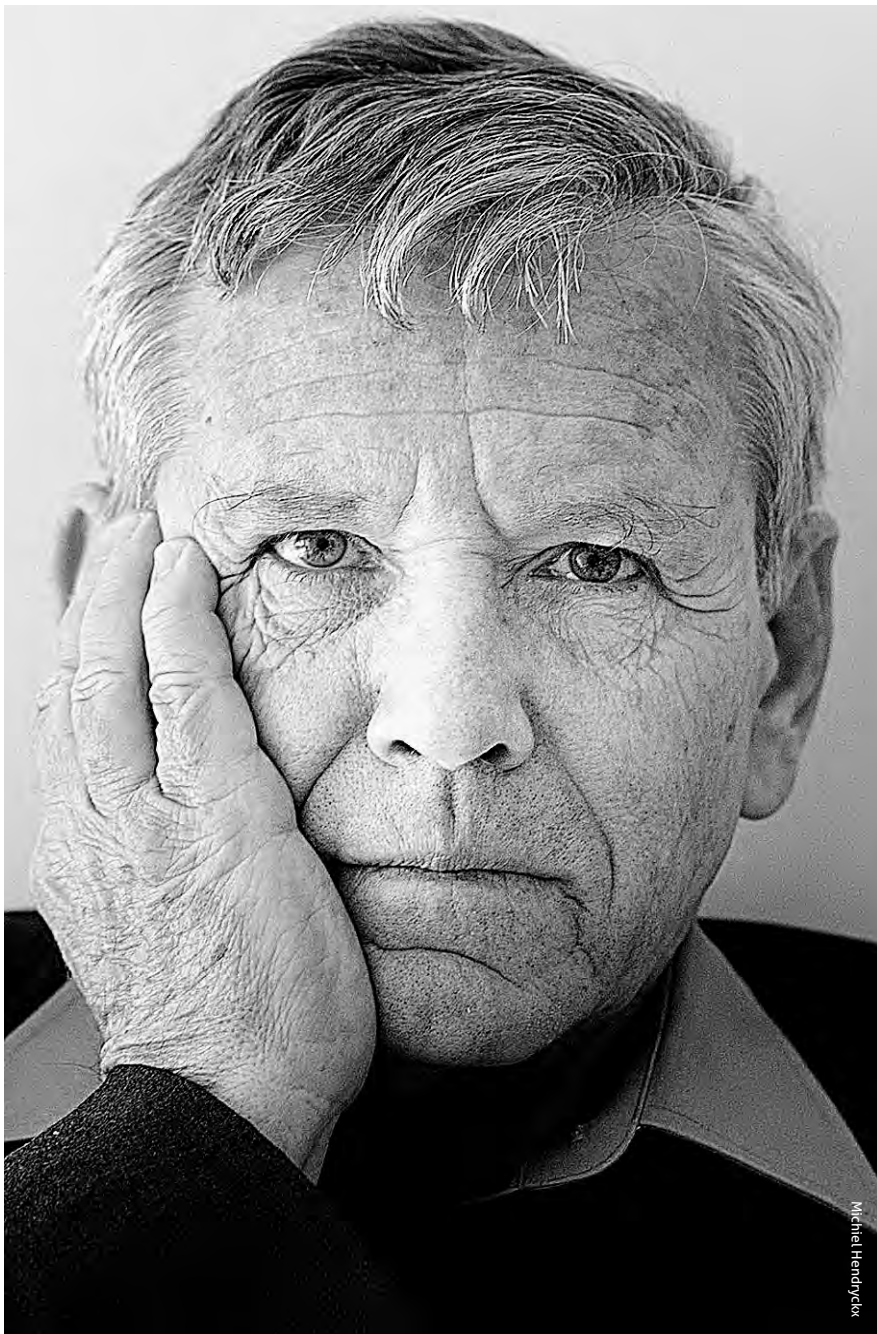
La lutte et les lettres

En mars 2011, Amos Oz envoya une traduction arabe de son roman *autobiographique Une histoire d'amour et de ténèbres* à Marouane Barghouti, le dirigeant palestinien emprisonné. La dédicace du romancier provoqua une vive polémique en Israël : « Cette histoire est notre histoire. J'espère que vous la lirez et que vous nous comprendrez mieux, tout comme nous essayons de mieux vous comprendre. Dans l'espoir de vous rencontrer libre et en paix. » Pour de nombreux hommes et femmes politiques de droite, Oz était allé trop loin. Certains exigèrent qu'il rende le prestigieux Prix Israël qu'il avait obtenu en 1998 pour ses accomplissements dans le domaine des lettres. Il faut bien savoir que Barghouti, qui de nos jours encore reste le leader politique le plus populaire parmi les Palestiniens, avait été arrêté en 2002 et condamné à la prison à perpétuité pour le meurtre de cinq personnes lors de la seconde intifada. Or pour Amos Oz, sioniste de gauche, Israéliens et Palestiniens avaient une histoire partagée. La reconnaissance de cette réalité était nécessaire pour construire la paix. Mais plus encore, il fallait que toutes les parties du conflit acceptent de faire des sacrifices et des compromis. Fondamentalismes et jusqu'au-boutismes étaient les ennemis de la paix. Interrogé sur sa vision pour l'avenir d'Israël, il expliquait avec son humour caractéristique que « le pays est très petit. Les Palestiniens n'ont nulle part où aller. La situation est la même pour les Israéliens. Ils sont semblables. Pourquoi ne dormiraient-ils pas ensemble ? Après un siècle de haine, on ne peut coucher ensemble d'un seul coup. Il vaudrait mieux d'abord partager la maison en deux appartements. »

Souvent il évoquait les deux styles qu'il avait sur sa table de travail. Le premier, il l'utilisait pour écrire ses textes politiques critiquant le gouvernement israélien. Avec le deuxième il racontait les histoires des hommes qui vivaient sur ces terres déchirées. Depuis son décès le 28 décembre 2018 à l'âge de 79 ans, l'on a beaucoup parlé de l'engagement de l'intellectuel en faveur d'une résolution pacifique du conflit israélo-palestinien basée sur une solution à deux États. Membre fondateur de mouvement La paix maintenant, Amos Oz avait rejoint les rangs du Meretz, social-démocrate, durant les années 90, ayant été déçu par les politiques du parti travailliste.

Toutefois il ne faut pas oublier le romancier souvent pressenti pour le prix Nobel de littérature. Grand humaniste, il chanta pendant plus d'un demi-siècle l'homme dans toutes ses contradictions, mettant en exergue sa grandeur et ses mesquineries, ses lumières et ses ténèbres, souvent avec une pointe d'ironie et toujours avec un profond amour et respect de l'humanité. Lui qui fut si souvent accusé de trahison pour ses prises de position politiques explora le thème du traître dans plusieurs récits, y compris dans son dernier roman traduit en français *Judas*. Son magnifique *Une panthère dans la cave* qui narre les relations délicates entre l'adolescent Profi, résistant en culottes courtes, et le sergent britannique Dunlop à l'aube de l'indépendance de l'État d'Israël est aussi une célébration de la langue hébraïque : Dunlop parle en hébreu biblique avec le jeune garçon qui maîtrise, comme seuls le peuvent les adolescents, tous les secrets de la langue parlée. Réflexion profonde sur la possibilité du vivre ensemble entre Arabes, Juifs et occupants britanniques, le récit est également un témoignage du miracle de la renaissance de l'hébreu comme langue vivante et langue littéraire.

Dans son message de condoléances aux proches du romancier, Mahmoud Abbas, le président de l'autorité palestinienne, souligna les « contributions culturelles et idéologiques » du romancier ainsi que son engagement pour la justice et la dignité humaine. En fin de message, il présenta ses « sentiments d'affection et de consolation fraternels ». Que Palestiniens et Israéliens puissent, en ces temps difficiles, parler de fraternité est aussi le fruit de la lutte menée par Amos Oz. Laurent Mignon



Amos Oz en 2005



Les réalisateurs de *Routwäissgro* ont pour ambition de dresser un portrait kaléidoscopique du Luxembourg

Films made in Luxembourg

The pursuit of happiness

josée hansen

Rencontres improbables À 90 ans, Arnaldo Ferragni garde cette folle élégance de bourgeois italien. Dès la matin, il est tiré à quatre épingles, avant que sa femme de ménage lui serve le premier espresso dans le salon. L'homme, qui travailla pour le Parlement européen, était venu au Luxembourg au début des années 1960 et a emménagé avec son épouse dans un bâtiment alors moderne du boulevard Royal, bâtiment qui venait d'être érigé dans ce quartier vivant et très central. À la fin du XX^e siècle, le 49, boulevard Royal était encadré entre le Centre Hamilius et le siège de l'assureur La Luxembourgeoise – jusqu'au début du chantier de démolition et de construction du méga-projet Royal-Hamilius. Quand nous rencontrons Arnaldo, au tout début de l'épisode 2/18 *Wat inwwreg bleift* de la série documentaire *Routwäissgro*, diffusé en automne 2017, le chantier a déjà bien avancé, Arnaldo a passé deux ans dans un boucan défer et ne voit plus qu'un trou béant au pied de son immeuble. Il est un des derniers résistants du quartier, lui et quelques autres propriétaires ayant refusé de vendre au promoteur. « Cet appartement, c'est une vie, je ne veux pas que le souvenir disparaisse », raconte-t-il à une amie venue le voir.

En parallèle à Arnaldo Ferragni, le réalisateur de l'épisode Serge Wolfsperger (connu comme acteur sous le nom de Serge Wolf) introduit aussi Achille Villa, chef d'équipe sur le chantier Royal Hamilius, un homme taiseux mais efficace, qui gère la logistique et les ouvriers avec l'aisance due à l'expérience. Il vient d'une dynastie d'ouvriers, son père, immigré au Luxembourg à la même époque que Ferragni, l'a précédé à son poste. De l'époque de son père, son fils dira que « c'était marche ou crève sur les chantiers... », mais qu'aujourd'hui, c'était devenu la norme de motiver les ouvriers plutôt que de les user jusqu'à la moelle. Le fils d'Achille, déjà adulte et papa d'une petite fille, lui a à son tour succédé : il est machiniste sur le même chantier. Wolfsperger, qui vient donc de la fiction théâtrale, a fait se rencontrer ces deux univers, celui des ouvriers et celui du fonctionnaire européen. Les deux anciens viennent de Lombardie, et le courant passe tout de suite. Mais voilà : la mise en scène est excessive pour une série qui se veut documentaire. Un jour, nous fait-on croire, par hasard celui où l'équipe de tournage est sur le trottoir, Arnaldo rencontre Achille en sortant de la maison et ils commencent à discuter. Aucune rancune pour les deux années de bruit et de poussière de la part du vieux monsieur, aucun sentiment négatif de la part du constructeur qui est pourtant bien emmerdé de devoir protéger cette vieille bâtisse, mais un échange aimable qui finira en une rencontre familiale...

Les images de Carlo Thiel sont magnifiques, les ambiances changeantes entre le chantier, l'appartement cosu et les restaurants dans lesquels se retrouve Achille Villa avec sa famille représentatives de la société compartimentée que décrit *Routwäissgro* depuis le lancement de la série, début 2015. Mais le malaise est là : s'il s'agit d'un documentaire, peut-on accepter une telle mise en scène poussive pour les besoins du *storytelling* tellement à la mode ? L'épisode date depuis bien avant le scandale autour du reporter jadis encensé Claas Relotius en Allemagne, dont les falsifications sans vergogne viennent de jeter toute une profession

dans une crise existentielle. Certes, les réalisateurs de *Routwäissgro* ne sont pas journalistes et la charte de mise en scène élaborée par le Kollektiv 13, à l'origine du concept, et la société de production Calach Films n'exclut pas la « mise-en-scène de situations réelles » (tout en laissant à chaque réalisateur la liberté de « décider pour lui-même jusqu'à quel point il veut diriger les scènes ou non »). Mais si l'ambition affichée est de proposer « le roman social et culturel de notre pays » ou de « développer une télévision sociale à la luxembourgeoise » (communiqué de presse), ces ficelles un peu trop grosses font douter de la spontanéité et, surtout, de la véracité de l'entreprise.

Mise en scène, mise en valeur Voilà la plus grande faiblesse de la dernière quinzaine d'épisodes diffusés à la fin de la deuxième et au début de la troisième saison (qui s'étale encore jusqu'à l'été 2020) : la mise en valeur des personnages à travers des rencontres et événements choisis. Où il se peut aussi que le côté documentaire glisse plutôt vers le marketing ou la publicité, surtout lorsque le portraité a une société – de gardes du corps, de nourriture pour sportifs, d'intelligence artificielle (avec la *start-up* de robots QT), voire une chaîne de télévision (*Off Air* de Loïc Tanson, qui montre les équipes RTL absolument parfaites dans leur couverture des élections).

Solidarité! ass e grousst Wuert du duo Karolina Markiewicz et Pascal Piron par exemple dépeint le maire CSV de Bettembourg Laurent Zeimet exemplaire dans son engagement aussi humaniste qu'enthousiaste pour l'accueil de réfugiés sur le territoire de la commune, rendant possible et défendant la construction d'un foyer pour soixante personnes, que ce soit lors d'une fête foraine ou durant une séance publique d'information. Mais les discussions avec le cafetier Ray Hickey, qui lui lance des mots-clés comme autant de perches, ou avec son épouse (qui est parfaitement audible grâce au micro-cravate qu'elle semble porter en revenant d'une promenade), sont autant de preuves des limites de l'exercice : le format interdisant les voix *off* et les interviews pour expliquer un thème complexe, il leur faut avoir recours à des artifices pour faire parler leurs personnages. Laurent Zeimet étant aussi secrétaire général du CSV et candidat aux législatives d'octobre 2018, RTL avait décidé de ne diffuser son portrait dithyrambique qu'après les élections, presque un an après le *public viewing* de décembre 2017. Zeimet n'a pas été réélu au parlement.

Le paradis des camera(wo)men Le duo Markiewicz & Piron évolue normalement dans les mondes des arts plastiques et de la réalité virtuelle, il s'est fait connaître avec ses documentaires sur les parcours de demandeurs de protection internationale, *Les formidables* et *Mos Stellarium*. Son épisode de *Routwäissgro* est surtout intéressant par son traitement de l'image, l'approche visuelle étant souvent intrigante, par exemple lors de la réunion d'information à Bettembourg où le son et l'image sont traités à part, l'image ne montrant pas forcément les citoyens qui posent des questions, mais plutôt le groupe ou des gros plans sur des mains ou des pieds. C'est déconcertant. Si Markiewicz & Piron ont fait les images eux-mêmes, d'autres camera(wo)men ont

La série documentaire *Routwäissgro* du Kollektiv 13 diffusée sur RTL s'essouffle. Voici pourquoi

aussi de grands mérites à la réussite des meilleurs épisodes : Nikos Welter, Carlo Thiel, Serge Benassuti ou Amandine Klee ont pleinement profité des dix jours de tournage par épisode pour faire des cadrages, réaliser des images et capter ces ambiances qui documentent le Luxembourg du début du XXI^e siècle.

Les perdants n'écrivent pas l'histoire Yann Tonnar, le *creative producer* de la série pour le Kollektiv 13, assure vis-à-vis du *Land* que même après trois saisons, les sujets ne manquent toujours pas, bien au contraire, les réalisateurs regorgeraient d'idées à chaque appel à propositions. Or, à visionner cette quinzaine d'épisodes d'affilée, on ressent clairement les faiblesses de la série. Le schéma des *geeks* ou *freaks* en tous genres, pratiquants de sports extrêmes ou ayant des hobbies originaux – *#allez_lifty* de Christian Neuman sur une bodybildeuse ayant eu des troubles de l'alimentation, *Alles ass Energie* de Michel Tereba sur un informaticien qui tente de parler aux morts via une tablette qu'il a inventée, *//@hack.lu* de Tom Alesch sur un collectif de hackers ou *De Bela an d'Tuesday Night League* de Claude Lahr sur un joueur de bowling malade – semble en être le fil rouge. Ils ont chacun une faille, une blessure quelque part, comme l'expert en sécurité Benoît Grolet, portraité par Rui Eduardo Abreu dans *Et weess een ni*, qui a perdu sa fille. Mais malheureusement, cette faille, qui ferait le véritable sujet de la série, celle sur le sens de la vie, n'est jamais vraiment abordée et reste beaucoup trop vague.

Un monde parfait C'est, au contraire, quand un épisode montre beaucoup plus prosaïquement un milieu social ou une génération à travers une documentation de son quotidien, sans que personne ne profère de grands messages programmatiques, que *Routwäissgro* est le plus réussi et touchant de vérité. C'est le cas de *Et wor eemol* de Rui Eduardo Abreu, qui présente la vie de Celia Giorgetti, quatorze ans, cavalière passionnée, héritière de l'empire Giorgetti, élève de l'International School et qui se rêve, comme ses amies, en mannequin ou en actrice. De Abreu se contente de la montrer ennuyée à l'école, se posant des questions sur son avenir avec ses copines, montant à cheval ou se présentant comme mannequin et on en apprend plus sur le Luxembourg d'aujourd'hui que dans n'importe quel magazine économique.

Le prochain épisode traitera de Jacques Molitor, un des réalisateurs du collectif et là, on se dit que, en glissant ainsi vers le *selfie*, la série s'essouffle vraiment.

Le prochain épisode de *Routwäissgro*, *Jacques*, de Kim Schneider, sera diffusé le 13 janvier à 19 heures sur *RTL Télé Lëtzebuerg*; tous les épisodes des trois saisons peuvent être visionnés ici : http://tele.rtl.lu/emissionen/documentaire-routwaeissgro/lu/3_staffel.

Music made in Luxembourg

On the easy, hard track towards musical fame

Jeffrey Palms

Pursuing a career in music is, famously, an ambition for the desperate, the ruthless, and the insane. But does the same go for musicians in Luxembourg? Of course it does. The Grand Duchy's musicians, however, like many of its other hopefuls, are sent down a racecourse whose bends and curves don't always resemble what you might find elsewhere.

Singer and pianist Adriano Lopes da Silva, better known by his stage persona Adrian, is winding through that racecourse now. If the simplest prerequisite for success is a sound that people like, Lopes has got it. His round, reverberating vocal style evokes, slightly, London Grammar's Hannah Reid, and his compositions are bare, like empty rooms in which his voice can dominate: emotive lyrics resonate over simple piano accompaniment, all packaged together as deep, slow pop.

Lopes, who locates himself in the neofolk style of Woodkid or the indie-rock colors of Laura "LP" Pergolizzi, may only be 20 years old, but he isn't new anymore: after releasing his first music video (*Chimney Sweeper*) in March 2018, he won several prizes for his performance at *Screaming Fields*, a battle of the bands for young musicians. A new single called *Discontinuous* will, together with its video, be released on 9 January 2019.

According to Lopes, starting out in Luxembourg is easy enough. Everyone knows everyone, somebody's mother works for a radio station, somebody's father knows a bar owner, and the first gigs seem to materialize without the need for too much horrible magic. "But getting to the next level," he explains, "is not easy at all. You get stuck with the many, many other musicians down at the entry level. I worked so hard to get noticed."

Noticed by whom? In Lopes's case, topmost on his list was the Rocklab. Mostly everyone knows the Rockhal, the large venue on Belval's outrageously named Avenue du Rock'n'Roll, but tucked into its third floor is also the Rocklab, a music consultancy, recording studio, and rehearsal space. For some artists in Luxembourg, getting the attention of places like the Rocklab, Kulturfabrik, or Music:LX is a huge deal.

This is because these institutions are professional, and working with pros is an obvious safeguard against a very common trap: getting labeled as a hobbyist. Indeed, an accountant might jam on the occasional gig, a teacher may play weekly open-mic nights, and neither may ever quit their day jobs. A whole gigging network exists on this model, which Paul Bradshaw of the Rockhal's booking team warns aspiring musicians against. As Bradshaw explained at a workshop recently, many people assume that if you love music, then you don't need real payment. Apparently, it happens all the time: a restaurant owner wants you to perform, and is offering remuneration in pizza. You get a free dinner, the patrons get music, the owner gets patrons—what's the problem? Well, Bradshaw pointed out, if you're



Adrian on stage

ambitious then the problem is that you're giving your time, art, and self away for next to nothing.

Lopes laughed when I told him this story. "Yeah," he said, "just a few days after *Screaming Fields* a farmer asked me to play at some party of his. He wanted to pay me in Lëtzebuurger Grillwurst." Such gigs are surely bartered everywhere, and Lëtzebuurger Grillwurst is undoubtedly delicious, but career-building musicians need more. And it starts with a network: "If you have the right people supporting you, it can go fast," noted Lopes. Three years ago, flying home from a song contest in Los Angeles, he admitted to himself that music was not just a hobby for him. He wanted to be famous and knew it would take serious, professional support. And how to find it?

"You've got to work," he laughed. "To work hard," he then added suddenly, and less lightly. Some of us may reckon, lazily, that musical success is down to an amazing voice, original licks, unbeatable chops, and so on. It is. But it's also about ambition, focus, and professionalism. Work, the way Lopes means it, involves getting "the right people" into orbit around you and, even harder, keeping them there. Agents, bookers, consultants, video producers, recording specialists, influencers, and peers must all be held by your gravity alone.

Then there is the business of your digital identity, or how you exist in the wireless spheres where many listeners will first encounter you. The internet is teeming with

How singer and pianist Adriano Lopes da Silva, better known by his stage persona Adrian, is winding through the racecourse of a career in music

musicians already, so pointed marketing efforts are required. In fact, nowadays, a regular part of the ambitious musician's daily rigamarole is to monitor the analytics of his or her SoundCloud, YouTube, Spotify, and Facebook accounts. One must also develop logos, branding, an image, messaging, targets, and the like. On one hand, these are of course ludicrous uses of time. But on the other, marketing has perhaps always been fame's postal service, and never – before the internet – has one market-place pitted so many artists against each other.

And of course, all of that comes at the wayside of the music itself, which must be original, mature, skillful, emotive, and accessible. "It takes drive," was the only way Lopes could sum it all up. And if your career goes well? Then you make a splash in a teacup, because Luxembourg's modest market is, of course, easy to saturate. "How many times in your life will you go to the concert of your favorite band?" asked Sam Reinard, director of the Rocklab, at a workshop a few months ago. "Four or five times in your life?" Too many shows in this country and your fans will be sick of you already.

This "fame bubble" exists in many sectors in Luxembourg. It works like this: the country's comparatively small population means that a satisfying slice of the competition is cleaved away, easing your way to the top – but the trade-off is that the top is not terribly high. For most, making a career in music therefore means winning over audiences internationally, which puts you on the starting line of a whole new racecourse in networking and marketing somewhere else.

Ultimately, it sounds like Luxembourg's familiar music scene should be treated almost like a focus group, from which a partly seasoned, artistically mature candidate for fame may be released into wider territories. For those still in the races, the message seems to be: work on yourself, work on your music, work on your network, and buy your own Lëtzebuurger Grillwursts.



Theatre

Predators on the prowl

Janine Goedert

Watching *Mis(s)treated* just before Christmas did have the feel of a fringe festival about it. “Wacky” is the adjective that came to mind. Three armchairs, a corner bar and four young actors on stage: there was Isis, the butler who is named after a dead dog, and there were his employers A, B and C, who are female pimps. After all, this is the age of job equality!

Purple Soup Crew are a new company whose enthusiasm was palpable: Anne Radunsky is Russian-American, Lis Dostert is from Luxembourg, while Geoffrey Lemonnier and Sixtine Païtard are French. Lis Dostert, who also directs the production, has written a play about prostitution and human trafficking. It raises all sorts of issues without ever becoming moralising. The 50-minute show turns out to be a combination of slapstick humour and over-the-top acting, a cocktail of tongue-in-cheek jokes, with the odd statistics thrown in. Rhythm and speed are key. The fourth wall is broken again and again, especially by the butler, who begs the audience for sympathy, while taking his employers’ insults in his stride. He has long seen through the power games the latter play, yet he feels trapped as he needs the job....

Lis Dostert’s play *Mis(s)-treated* raises all sorts of issues without ever becoming moralising



The show turns out to be a combination of slapstick humour and over-the-top acting

Meanwhile, the three women triumphantly strut the stage, priding themselves on making front-page news as the owners of the town’s most successful “business”. The money keeps rolling in. Actually, their sex trade is so lucrative that 100-dollar bills start raining on the audience at one point! They are constantly expanding their business, but when they become suspicious of Concepción, the star “employee” who does not turn up for a meeting, tempers flare and the situation escalates.

A turns on B, who turns on C. What looked like a solid partnership based on greed is but a brittle alliance spiked with distrust and resentment, after all. Once the veneer crumbles, we discover three very different personalities – a cool customer, a naïve, slow mind and a rather erratic hothead. The

game of Russian roulette they move towards has the expected outcome, but even then, another dimension is added when we hear the three women evoke key childhood memories.

Ultimately, *Mis(s)treated* shows that weapons, drugs and organ harvesting are part of the same underworld, as are the many prostitution networks that run parallel to the lives most of us lead. People have become as mobile and invisible as the secretive money that crosses borders thanks to globalised finance.

Sexual exploitation may happen outside our field of vision, but we all know that it is definitely there behind screens of debts, threats and fear. Stripped of decent living standards and of security, the women (and men) plying their trade become the silent victims of a modern slave trade controlled by trafficking rings. Yet all this bleakness takes on colour in Lis Dostert’s black comedy, which is fresh and full of energy. It shows how ducking and diving becomes a means of survival in a world human rights pass by. My only quibble is with the very last scene, which feels a bit too much like a surreal muddle. Are we still in the present or back in the past? – But then perhaps the confusion it creates is intentional.

In any case, if you missed this more than promising debut play, you should look out for further treats coming from Purple Soup Crew!

Mis(s)treated was at Théâtre du Centaure from December 19 to 22, 2018

Cinéma

Mal orchestré



Un air de piano rapide, des images accélérées montrant les foules immenses qui traversent les grandes stations de métro : c’est le quotidien et l’anonymat qui caractérisent une ville comme Paris. Mais quelques instants plus tard, Pierre Geithner (Lambert Wilson), directeur du département de musique du Conservatoire National Supérieur de Musique, va découvrir dans cette cohue un diamant, un génie. Assis devant un piano mis à disposition gratuitement dans un hall de gare, il aperçoit Mathieu Malinski (Jules Benchetrit), un jeune homme interprétant un morceau de Bach avec une virtuosité rare. Mais avant qu’il ne puisse l’aborder, Mathieu fuit des policiers qui semblent l’avoir reconnu. La poursuite qui s’ensuit sur un air ressemblant vaguement à la chanson *Lust for life* d’Iggy Pop, évoque du coup inévitablement le début de *Trainspotting* et annonce déjà la couleur d’*Au bout des doigts*, écrit et réalisé par Ludovic Bernard, grand amateur de musique classique et assistant réalisateur de Luc Besson.

L'intrigue autour d'un jeune de banlieue se refusant à l'opportunité de sa vie nous sert un à un tous les clichés, les bons sentiments et les sensations de déjà-vu que l'on redoute et qui sont mis en scène de façon très moyenne. Après une condamnation, Pierre fait en sorte que Mathieu serve ses dix mois de travaux d'intérêts généraux au conservatoire, où il va partager ses heures entre le nettoyage des locaux et des cours avec la très sévère comtesse de Buckingham (!), interprétée par Christine Scott Thomas. Parmi les autres étudiants du conservatoire, c'est surtout Anna qui attire son attention et qui va rapidement devenir son amie en lui confiant qu'elle apprécie ce « mec différent » parmi tous ces jeunes qui se font financer leurs études. À aucun moment, elle ne semble pourtant remarquer que Mathieu nettoie aussi les couloirs du bâtiment et porte parfois la blouse de l'entreprise de nettoyage lorsqu'elle le voit. Elle tombe des nues lorsqu'elle apprend qu'il est aussi au conservatoire pour purger ses mois de TTG.

L'intrigue d'*Au bout des doigts* de Ludovic Bernard nous sert un à un tous les clichés, les bons sentiments et les sensations de déjà-vu que l'on redoute

Outre ces problèmes de cohérence, et contrairement à *Good Will Hunting* (1997, Gus Van Sant), film dont il s'inspire ouvertement, le scénario ne s'attarde pas non plus sur la psychologie de ses personnages, réduisant souvent la performance d'un bon casting à un amas de clichés. Le jeu le plus atteint par ce manque de détails dans l'écriture est celui de Jules Benchetrit dans le rôle principal. Son refus de regarder les autres personnages dans les yeux et ses coups de gueule sont rapidement utilisés en tant qu'instruments de jeu parce que le contenu des séquences n'a pas assez à offrir.

Au bout des doigts s'empresse à cocher tous les points de sa *check-list* dramaturgie pour arriver le plus rapidement possible à son crescendo mélodramatique. Mathieu a une chance unique de représenter son école à un concours d'excellence internationale et veut se rétracter une énième fois. C'est évidemment à ce moment-là qu'un événement tragique le pousse à saisir sa chance malgré tout. Pour le côté génie caché, on préfère donc *Good Will Hunting*, pour l'apprentissage musical hors norme on recommande *Whiplash*. **Fränk Grotz**

après, le livre de Peter Sloterdijk, *Der Zauberkamp*). Il est vrai qu'avec Freud on ne ratisse jamais trop large. Fin du XIX^e, il est à rapprocher des révolutions de Marx, de Rimbaud ; lui-même, se retournant plus loin en arrière, évoque trois démentis apportés à la mégalomanie humaine, avec Copernic, Darwin, lui-même enfin, montrant que l'homme n'est pas maître dans sa propre maison.

Si Freud se considérait comme le Schliemann (qui a découvert le site de Troie) de la psychanalyse, l'exposition ne manque pas d'illustrer cet aspect des choses, l'archéologie, et son amour des antiques, notamment par un moulage de *La Gradiva*, bas-relief du musée du Vatican, femme relevant légèrement les plis de son vêtement pour une démarche empreinte de grande noblesse, qui a inspiré Jensen, que Freud a commenté, avant Robbe-Grillet. Telles œuvres d'art dans l'exposition sont certes des fac-similés, peu importe, d'autres, des originaux, de

Rops, de Redon, de Kubin, de Klinger, lient éloquemment vie sexuelle et science des rêves. Et pour l'art en général, la constatation de Freud a sa valeur : « C'est seulement dans l'art qu'il arrive encore qu'un homme consumé de désirs fasse quelque chose qui ressemble à leur satisfaction. »

Il reste un point qui tient, lui, au lieu de l'exposition, pas seulement. Freud se disait juif sans dieu, il voulait avoir fait simplement œuvre de science, universellement valable. Impossible d'éviter la question de la part juive dans la naissance de la psychanalyse. Au moins deux choses s'y laissent rapporter. D'un côté la démarche même de l'exercice, interprétative, proche ou héritée même de l'herméneutique talmudique. De l'autre, et c'est Freud qui y a insisté, peut-être qu'il a dû à ses origines, d'une famille juive gagnée par les idées des Lumières, son esprit d'insoumission. Il l'a payé cher, pour des membres de sa famille, cela a été pire.

Sigmund Freud – Du regard à l'écoute, au Musée d'art et d'histoire du Judaïsme, 71, rue du Temple, F-75003 Paris, exposition ouverte jusqu'au 10 février 2019, du mardi au vendredi de 11 à 18 heures, samedi et dimanche de 10 à 18 heures ; *mahj.org*.

Exposition

De la Salpêtrière à Normale Sup’

Lucien Kayser

Toutes les expositions qu’il a faites, nombreuses, passionnantes, ont révélé Jean Clair comme un esprit encyclopédique, ce qui veut dire embrassant un bel ensemble de connaissances, et pour n’importe quel sujet, cela veut dire en montrer un large contexte. Freud ne pouvait pas y échap-

per, il s’y prête d’ailleurs mieux que personne, et dans ce sens, l’exposition au Musée d’art et d’histoire du Judaïsme à Paris, ne déçoit pas. Quelque 200 œuvres et objets, sûr que Jean Clair en aurait trouvé et aimé montrer plus, si les lieux l’avaient permis. Là, c’est un peu étriqué, il est vrai, pour

un parcours qui, si l’on prend le sous-titre de l’exposition : *Du regard à l’écoute*, invite à le décrire comme allant de la Salpêtrière à Normale Sup’. En d’autres termes, Freud, de Charcot à Lacan, on verra pourquoi et comment.

L’exposition s’ouvre sur une grande image, d’après André Brouillet, d’une leçon du docteur Charcot à la Salpêtrière, nous sommes dans les dernières décennies du XIX^e, Charcot tient une hystérique qui se cabre, dans l’assistance, à cent pour cent masculine, est-ce le docteur ou cette figure de la femme qui retient. Les séances, en tout cas, attiraient scientifiques, Freud viendra à Paris, écrivains et artistes, peut-être qu’on n’en était pas encore au même caractère mondain que dans les années soixante, un siècle plus tard, salle Béatrix Dussane, à Normale Sup’, pour les séminaires de Jacques Lacan, les mercredis, à midi trente.

On aurait pu de la sorte ouvrir et clôturer l’exposition. Lacan est là, autrement, dans une des dernières salles, un peu à l’étroit dans un coin, avec *L’Origine du monde*, de Courbet, dont il a été le dernier propriétaire, et l’on voit rarement, pour ne pas dire jamais, l’œuvre ensemble avec le panneau-masque de Masson, commandé par Lacan, rien que cela vaut la visite. De même tel commentaire accompagnant *la Fontaine* de Marcel Duchamp, l’urinoir qui, « semblable à une vulve géante à l’intérieur de laquelle l’homme se soulage, rappelle ce qui unit le sexuel à l’excémentiel ».

Retour au départ et à l’esprit encyclopédique. Bien sûr que le visiteur n’échappe pas, il serait déçu, à Vienne, à l’Autriche de fin de siècle et de civilisation, ni à Paris à la même époque. Et c’est le défilé des sciences qui marquent, Freud neurologue, Freud initié au darwinisme, entre autres, avec ce qui attire l’attention, suscite l’engouement au-delà, comme le magnétisme dont un gros baquet de Mesmer fait face à l’image de la leçon de Charcot (de quoi vous donner envie de relire, trente ans



Max Halberstadt : Portrait de Sigmund Freud, 12 février 1932 ; photographie

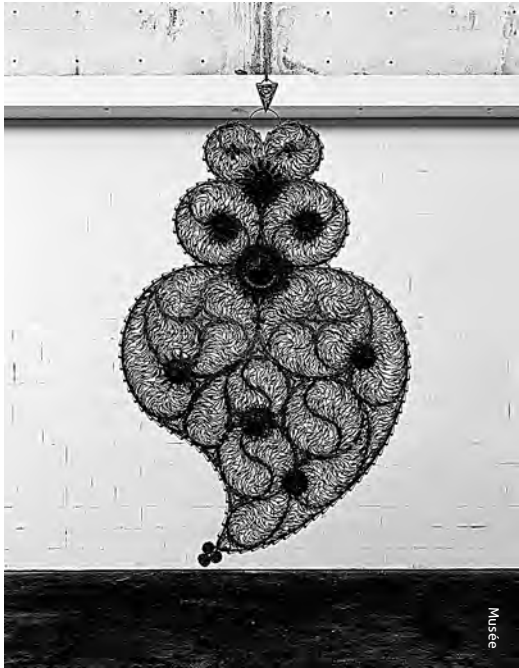
Freud, se disant juif sans dieu, en long et en large au Musée d’art et d’histoire du Judaïsme parisien

Art contemporain

She’s completely free, Joana !

Florence Lhote

Le Musée d'art moderne et contemporain de Strasbourg (MAMCS) consacre une exposition à l'œuvre protéiforme de l'artiste Joana Vasconcelos, qui vit et travaille à Lisbonne. *I want to break free* porte bien son nom, entre culture pop



Coração Independente Vermelho #1

et asservissement féminin millénaire, Vasconcelos impulse à cette évasion une ironie mordante, déjouant tous les codes pour notre plus grand plaisir de regardeur. S'appropriant objets usuels comme traditions séculaires, l'artiste fait le tour du propriétaire : la salle d'exposition devient son appartement. Corniche, moquettes et couloirs : il n'y manque rien. Chaque espace renferme ses secrets. Plongée dans l'univers féérique de Joana Vasconcelos au travers de six indispensables pièces revisitées.

La casserole Dans l'imaginaire collectif, la casserole est associée à la cuisine. La mère de famille n'en est jamais très loin, qui trône dans ladite pièce, son inénarrable tablier autour de la taille. Transcendant ses aînées Martha Rosler (*Semiotics of the kitchen*, 1975) et Chantal Akerman (*Jeanne Dielman, 23 quai du Commerce, 1080 Bruxelles*, 1975), la casserole et les couvercles en acier inoxydable se muent chez Vasconcelos en monumental soulier de verre : *Betty Boop* (2010). N'en jetez plus !

Le réfrigérateur Intimement lié à l'univers domestique, Joana Vasconcelos se sert uniquement des portes du réfrigérateur. À ces derniers sont associés des manteaux de fourrure. Des désodorisants d'ambiance et du fer achèvent de transformer ce *Menu do dia* (Menu du jour) en

pièce hybride et fantasque, à l'imprévisibilité toute vasconcelienne.

Le plumeau Si la casserole et le réfrigérateur étaient attachés à la cuisine, le plumeau, lui, l'est à toutes les pièces de la maison. Instrument de domination patriarcale par excellence (a-t-on déjà vu un homme muni d'un plumeau ?), Joana Vasconcelos le choisit couleur lila et en cascade. Le spectateur doit plonger bien loin son regard pour s'apercevoir que le cœur de *Flores do meu desejo* (Fleurs de Mon Désir, 1996-2010) est bien cet objet si usuel.

La pizza à décongeler Plongée dans l'obscurité et dans le temps (*Strangers in the night* de Sinatra fredonne à nos oreilles), la pièce suivante choisit de faire l'inventaire de notre vie de consommateur. Dans *Vista interior* (Vue intérieure, 2000), l'artiste range vaisselle, linge de maison, objets de décoration, télévision et nourriture (pizza à décongeler). Les stores en PVC non encore baissés, ce rangement se fait le récit de nos existences contemporaines.

Les rouleaux Autre objet féminin par excellence que l'artiste se plaît à revisiter : les rouleaux. Passé Sinatra, le quotidien reprend le dessus et la conscience d'une forme de répétitivité existentielle n'empêche pas une belle

À Strasbourg, Joana Vasconcelos impulse à l'évasion une ironie mordante



Entre culture pop et asservissement féminin

mise en pli. Dans l'appartement de Vasconcelos, cette *Mise* (2000), amoncellement de cheveux synthétiques et de rouleaux, se fait dans le salon.

Le crochet en laine et en coton Les rouleaux dans l'installation précédente l'annonçaient : la laine n'est jamais bien loin qui, à l'instar des cheveux, s'enroule frénétiquement. Ce n'est pas un hasard si c'est justement à un chariot de coiffeur que le crochet en laine fait main de *Choucroute* (2018) s'arcboute.

La revue de certaines pièces phares de l'univers de Joana Vasconcelos ne saurait être complète

sans évoquer la monumentalité de la sculpture *Material girl* (2015), crochet de coton fait à la main et composé de nombreux autres éléments hétéroclites s'agençant pour se déployer dès la nef du musée, puissante. Cette sculpture fait partie de la série des *Valkyries* imaginée par l'artiste depuis 2004. Dans la mythologie nordique, les Valkyries sont ces icônes féminines puissantes dotées de pouvoirs magiques. À l'image de Joana Vasconcelos ?

L'exposition de Joana Vasconcelos, *I want to break free*, dure encore jusqu'au 17 février 2019 au MAMCS, Strasbourg ; www.musees.strasbourg.eu/musee-d-art-moderne-et-contemporain.

Ausstellung

Tänze des Lasters

Martin Ebner

Nackte Weiber, langhaarige Kerle, Ab- und Ausschweifungen aller Art – fromme Schwaben haben immer schon gewusst, warum sie sich von Kunst fernhalten. Mit der Zeit haben Fleiß, Pünktlichkeit und Tüftelei dann aber zu derart viel Reichtum geführt, dass selbst in Stuttgart, der Heimat des protestantischen Pietkong, die Eröffnung eines Kunstmuseums nicht zu verhindern war. Und was bei derartigen Veranstaltungen rauskommt, das sieht man jetzt ja.

In dem Glaskubus am Schlossplatz wurde zuletzt zum Beispiel *Jazz in der Kunst* gezeigt oder auch Gemälde von Patrick Angus, einem Chronisten des schwulen New York. Nun widmet sich das Stuttgarter Kunstmuseum der „kunst- und kulturhistorischen Bedeutungsgeschichte der Ekstase“: Zum „Zustand des Außer-sich-Seins“ werden in Kooperation mit dem Berner Zentrum Paul Klee rund 230 Werke von 70 durchweg berühmten Künstlern präsentiert.

In der Schweizer Hauptstadt, auch nicht gerade für überbordende Lebensfreude bekannt, wird nächstes Jahr der Schwerpunkt auf moderner und zeitgenössischer Kunst liegen. In Stuttgart dagegen wird Ausflippen als „ein Phänomen der globalen Gesellschaft“ von der Antike bis zur Gegenwart behandelt. Die Museumsdirektorin Ulrike Groos erläutert, dass Kontrollverlust „in indigenen Kulturräumen vornehmlich positiv konnotiert“ sei, dagegen in unseren strengen Industriegesellschaften oft auf argwöhnische Vorbehalte stoße.

Verschiedene Facetten der Sehnsucht nach Bewusstseinsweiterung werden in neun Themenräumen systematisch abgearbeitet, nämlich von Religion bis Sex. Zunächst tummeln sich unter dem Titel „Dionysischer Kult“ betrunkene Bacchanten und lüsterne Satyrn; Exzesse von Corinth, Klee und Picasso. Überraschender ist vielleicht die Abteilung „Religiöse Ekstasen“: Der himmelnde Blick, die barocke Vereinigung von Gott und Mensch ist heutzutage wohl nicht mehr so geläufig. Im Anschluss wird „Candomblé“ vorgestellt, ein afrobrazilianischer Kult. Um Trance geht es auch im Raum „Schamanis-



Werbung an der Fassade des Kunstmuseum Stuttgart

mus“: Joseph Beuys und Marina Abramovic vibrieren und performen mit vollem Körpereinsatz. Zur „Jugendkultur“ sind Videos zu sehen, zum Beispiel von Rineke Dijkstra.

Im nächsten Stockwerk geht es mit „Sport“ weiter: Andreas Gursky hat die Gelbe Wand in Dortmund fotografiert, über 24 000 Borussia-Fans, die in ihrem Stadion schon mal in einen „stark emotionalisierten Zustand“ geraten. „Tanzekstasen“ von und mit vier Ausdruckstänzerinnen der 1920er Jahre ist für das Kunstmuseum Stuttgart praktisch ein Heimspiel, denn es besitzt von Otto Dix das Bildnis der Tänzerin Anita Berber. Diese Skandalnudel im eng anliegenden roten Kleid hatte zum Beispiel das Programm „Tänze des Lasters, des Grauens und der Ekstase“ aufgeführt. Gelegentlich auch splinternackt.

Entrückung und Wahnsinn im Kunstmuseum Stuttgart



Piccolo Teatro

Deux ans de rencontres théâtrales au Luxembourg

Un livre de Josée Hansen, avec des images d'Eric Chenal

Éditions d'Letzebuurger Land / 320 pages, 29 euros / ISBN : 978-99959-949-5-2
En vente en librairie, sur www.land.lu
ou en le commandant via courriel land@land.lu ou téléphone : 48 57 57-1

Durant deux ans, Josée Hansen et Eric Chenal ont écouté et observé les gens de théâtre autochtones, acteurs et metteurs en scène, auteurs et dramaturges, scénographes et costumiers, directeurs de théâtres et techniciens, politiques et critiques : les personnalités qui peuplent ce microcosme sont aussi passionnantes que leurs métiers sont divers. Ce livre est une tentative de capter cet instant précis de l'évolution du théâtre au Luxembourg, où les pionniers ont laissé la place à une nouvelle génération, qui trouve normal de faire du théâtre non seulement son métier, mais sa vie.

STIL

L'objet de l'année 2018



L'objet de l'année est donc une victime expiatoire : le coton-tige



L'endroit

Quand on descend dans la salle du sous-sol, toute en pierre rocheuse et style « casemates », on est étonné par la similitude avec les anciennes Caves gourmandes dont on adorait le charme rustique quelques mètres plus loin. En reprenant La bulle de vin derrière le Palais grand-ducal, Christophe Bréjaud n'a pas fait les choses à moitié. Ce Chef-restauteur, qui se voit obligé de refuser chaque samedi des douzaines de demandes de réservations dans son établissement messin, a aussi donné un sacré coup de neuf au rez-de-chaussée de l'établissement. Le tout correspond parfaitement à l'appellation **Les copains d'abord** (photo : GD), car on y est traité dès l'entrée comme des habitués, le sourire de Carole, la responsable, n'y étant pas pour rien. Son petit air généreux et sa légère ressemblance avec l'actrice Catherine Frot ont tout pour qu'on se sente de suite à l'aise. Ce qui ne fera que s'accroître lorsqu'on voit les belles planchettes et les plats bien dressés défiler sous son nez. Même si on n'est venu que pour déguster du vin, impossible de ne pas se laisser tenter par le grignotage. Car ici, une simple purée de pommes de terre est aussi crémeuse que la sauce de la volaille onctueuse. Les planchettes sont, elles, comme les vins : constituées de matières premières de qualité. Le tout à des prix bien mesurés, car on y trouve de bons crus entre 23 et trente euros, chose plutôt rare au centre-ville. Pour y avoir goûté du Galia et du Minervois, on peut confirmer notre retour très bientôt. Coup de cœur. GD

L'événement

Le « happening » aura lieu au hall trois de Lux-Expo du 11 au 13 janvier sous l'appellation bancale **Expo Creativ Luxembourg**. Appellation qui ne dit rien de concret mais se donne ambitieuse. Car lorsqu'on lit le mot « créatif » (alors que le site a comme adresse *luxkreativ.lu*, avec un « k », petite bévue de com' ? ; photo), on imagine qu'on fera connaissance avec un travail d'artisans de luxe, de l'architecte au styliste, du communicateur au fabricant d'objets insolites. Or, à voir le site internet, il n'en est rien. Sous un logo typographique sans inspiration et aux couleurs arc-en-ciel, apparaissent des *cupcakes*, eux aussi multicolores, des tas de tissus désordonnés et des « œuvres » ressemblant fort à du travail de peintres du dimanche. En d'autres termes, cette expo est un peu « la foire-fouille » pour le bricoleur amateur. Les domaines y représentés vont du travail sur verre aux nounours, en passant par les patchworks et l'origami. À la limite, le matériel pour la couture, dont les boutons de toutes les tailles et formes, peuvent avoir un intérêt pratique parce qu'ils sont presque devenus introuvables dans les centres-villes. Les pâtisseries amateurs y trouveront peut-être aussi leur bonheur dans un concours de tartes et de gâteaux. Sinon, à moins d'être des chineurs passionnés, circulez, y a rien à voir. Et si on signale l'événement ici, c'est plutôt pour vous prévenir de ne pas trop vous laisser embobiner par le charme d'un nom alléchant, mais faussement vendeur. GD

Sur le web

Elle est Hongroise, vit et travaille au Luxembourg, est tombée amoureuse du Grand-Duché et plus intensément d'un de ses ressortissants. Son intégration s'est donc passée de façon exemplaire. Ce qui a incité Barbara Bessenyei (photo : blog) à créer un blog destiné à faciliter l'intégration aux nouveaux arrivants comme à ceux qui éprouvent encore des difficultés à se sentir entièrement chez eux dans notre pays. Aussitôt décidé, aussitôt fait. Sur *mylifeinluxembourg.lu* la jeune dame offre, dans un guide pratique, des tuyaux pour l'obtention d'un job ou pour celle du permis de résidence. Dans « living as an expat » (textes exclusivement rédigés en anglais), elle relate le blues qui guette l'expatrié dans son pays d'accueil ou comment mieux vivre son intégration. Ses « treasures around » se constituent d'escapades enthousiastes à Beaufort ou à Larochette, mais aussi par-delà les frontières à Bruges ou Londres. À une époque où de plus en plus de résidents étrangers visent à acquérir la nationalité luxembourgeoise et sont de ce fait obligés de parler la langue nationale, Barbara recommande surtout l'application Aurelux, téléchargeable sur le App Center et déclinable en sept langues étrangères. On y pose des questions de grammaire ou de vocabulaire à un robot et un professeur attiré répond aux questions. Le tout peut s'acquiescer sous forme ludique de jeux ou à l'aide de leçons classiques. La façon dont Barbara présente par ailleurs ses différents thèmes est enthousiaste et instructive. Même pour les autochtones. GD

Cyril B.

Non, au Luxembourg, l'objet de l'année 2018 ne sera pas le « gilet jaune », pour la bonne et simple raison que les seuls groupes vêtus de la sorte à avoir défilé en ville étaient constitués de groupes de jeunes enfants emmenés par les maisons-relais manger des churros au marché de Noël. Autant dire que les gilets jaunes étaient plutôt pacifiques, et que leurs revendications ont pu être rapidement satisfaites (« OK, tu l'auras ta pêche aux canards »).

Non, l'objet désigné par un jury totalement subjectif composé de moi-même pour commémorer la défunte année 2018 est un symbole de la prise de conscience écologique, du nécessaire engagement de chacun pour sauver la planète et, également, de la propension des politiques publiques et des puissants de ce monde à reporter leurs propres responsabilités sur l'innocent citoyen lambda, comme si c'était lui qui se laissait influencer par les lobbys de l'agro-industrie et de la pétrochimie. L'objet de l'année est donc une victime expiatoire, dont la condamnation a été prononcée à une écrasante majorité par le Parlement européen en octobre dernier (571 voix pour, 53 contre et 34 abstentions) : le coton-tige. 2018 aura, en effet, marqué un tournant qui marquera peut-être l'histoire : pour le glyphosate et le diesel, on va encore un peu réfléchir, mais on sera intransigeants avec la touillette à café et les gobelets en PVC.

Non civilisations construites sur le plastique ont donc décidé de bannir le fourbe coton-tige, avec les pailles jetables et la vaisselle de pique-nique. Si la date précise de l'interdiction n'est pas encore connue (la directive n'est pas encore adoptée et les États membres auront une certaine latitude pour la transposer), le verdict est tombé il y a quelques mois. Vous allez bientôt vivre dans un monde où vous serez condamnés à vous nettoyer les oreilles avec les doigts, vos clés de voiture, ou tout autre objet de votre choix tant que cela se passe dans votre salle de bain (personnellement, j'aurais plutôt voté pour une interdiction de se curer les oreilles en public, quel que soit l'ustensile utilisé, mais c'est une autre histoire). Les plus prévoyants peuvent encore profiter de 2019 pour se constituer des stocks, de boîtes de ouate, des cartons de coton, qu'ils pourront ranger à côté

de leurs centaines d'ampoules à filament, s'ils ne les ont pas revendues à prix d'or au marché noir à des gens lassés de voir tomber en panne tous les six mois les ampoules à LED dont la durée de vie était censée excéder une dizaine d'années. Les plus malins ont ainsi leurs idées de cadeaux toutes trouvées pour les anniversaires de l'année à venir : de *oriculis* (sortes de petites cuillères en bambou, d'origine japonaise, destinées à récolter le cérumen à l'entrée du conduit auditif), des bougies d'oreilles (technique soi-disant inventée par les indiens d'Amérique, consistant à faire brûler de petites chandelles posées au-dessus du conduit auditif pour que l'air chaud ramollisse les substances organiques et que l'effet de cheminée induit pas la combustion favorise l'évacuation des mêmes matières) ou des appareils munis de vis sans fin en silicone qu'il suffit de tourner pour faire évacuer tout bouchon, selon une technique déjà éprouvée dans d'autres domaines largement plus appétissants.

Les enfants de demain ignoreront donc à quoi pouvait servir ce miracle de la modernité, inventé en 1923 par l'américain Leo Gerstenzang, qui laissait penser que, après tout, Dieu existait peut-être puisque l'espèce humaine était dotée d'autant d'oreilles qu'il y a d'extrémités à un bâtonnet. Tout comme les enfants d'aujourd'hui ignorent ce qu'est un téléphone à cadran, une disquette ou une cassette vidéo, ils resteront perplexes devant ces cotons vestiges. Vous pourrez leur expliquer que c'est à cause de ces redoutables armes de destruction massive que l'humanité a exterminé les dauphins, trucidé les tortues et contribué à agrandir l'océan de plastique qui sera peut-être devenu, à ce moment-là de notre existence, un lieu de vacance privilégié, voire la principale base de notre alimentation à côté des nuggets de tofu et des surimis de farine animale.

À moins long terme, on peut aussi songer que, dans un Luxembourg qui sera bientôt vide de transgression, où il ne sera plus possible de frauder dans le bus puisque les transports publics seront gratuits et où il ne faudra plus se cacher dans le sous-terrain du centre Hamilius pour acheter ses barrettes de shit, l'usage de coton-tige fera partie des plus grands défis à l'ordre public.

Le cas des Luxembourgeois en France

Les internés civils de la Première Guerre mondiale

Le nouveau livre de Jim Carelli, élu meilleur mémoire de Master 2 par la Fondation Robert Krieps, révèle un aspect inconnu de la Première Guerre mondiale. Durant cette guerre, des milliers de civils étrangers, dont plus de 431 Luxembourgeois, furent retenus dans des camps de concentration français et privés

de liberté du simple fait d'être étrangers dans un pays en guerre. Jim Carelli, né en 1993, a étudié l'histoire à l'Université du Luxembourg et à la Friedrich-Wilhelms Universität à Bonn de 2012 à 2017, études qu'il a terminées avec un master en histoire européenne contemporaine.

Le livre de 376 pages richement illustrées est disponible en librairie au prix de 29 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 485757-32, courriel land@land.lu ou fax 496309.

